

Crim.

125

hh

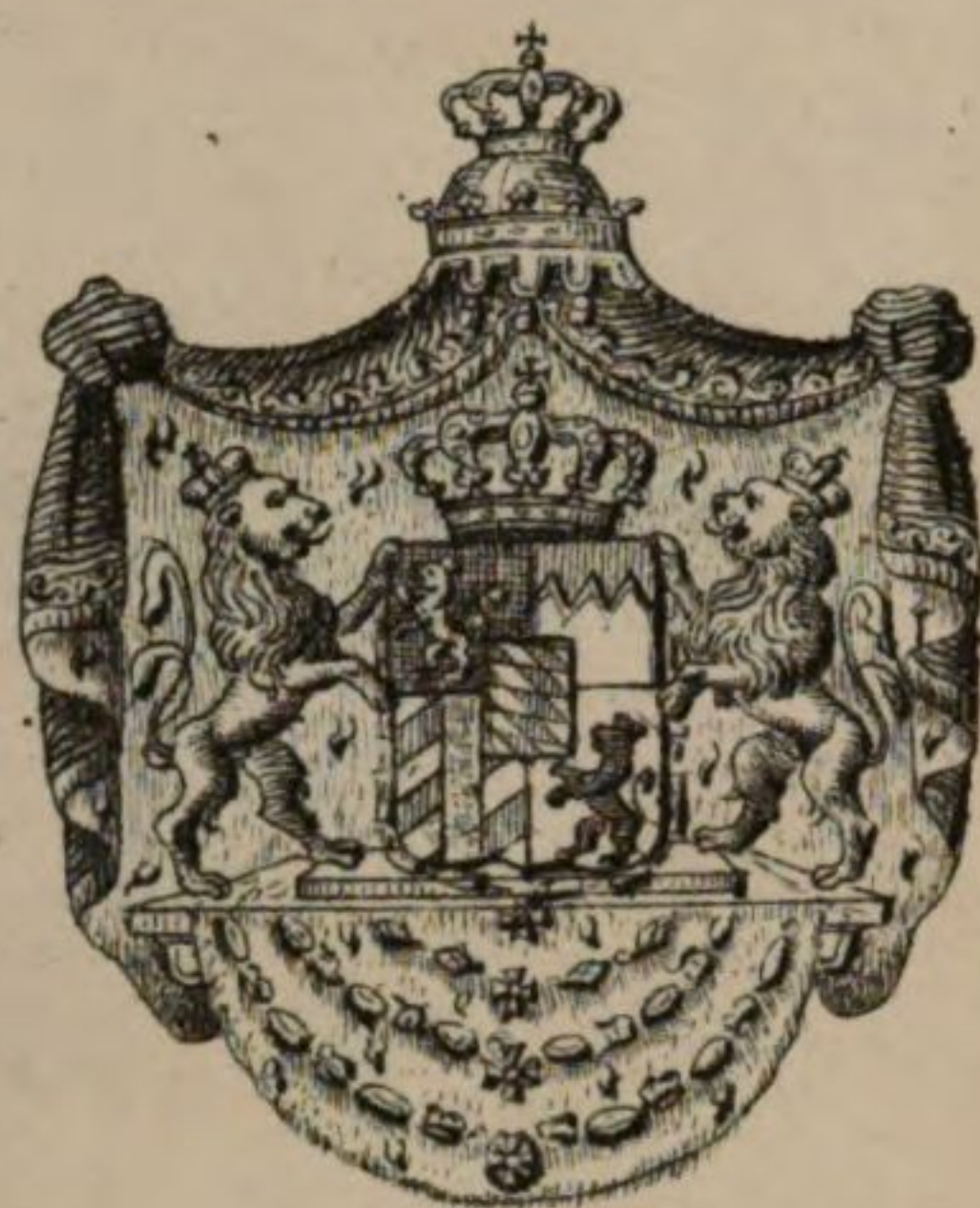
Vom

J u s t i z m o r d.

NB. Aufgeschnittene und beschmutzte Exemplare werden in keinem Fall zurückgenommen.

Crim. 125 bk Hase

Supplement



BIBLIOTECA
REGIA
MONACENSIS.

<36606328090010

<36606328090010

Bayer. Staatsbibl

V o m
J u s t i z m o r d e,
ein Votum der Kirche.

U n t e r s u c h u n g
über
Zulässigkeit der Todesstrafe
aus dem
christlichen Standpunkte.

Von
Rauug. Hase.

L e i p z i g,
b e i J. S ü h r i n g.

1 8 2 6.



Nachdem das deutsche Criminalrecht, zusammengetragen aus allerlei Herkommen blutdürstiger Zeitalter, unter den Einfluss der Vernunft gerathen ist, und eine allgemeine, obschon verschieden ausgeführte und beurtheilte Umwälzung als Wissenschaft erlitten hat, durch welche die Einführung neuer Criminalgesetzbücher in allen Staaten für nothwendig erkannt, in einigen vorbereitet, in andern vollzogen ist: so scheint angemessen, dass auch die Kirche ihre seit den Gottesurtheilen, seit den altgermanischen Sitten-gerichten oder Senden der Bischöfe, seit der Einwirkung des kanonischen Rechts ¹), seit den Ketzer- und Hexengerichten mehrmals veränderte Stellung zum peinlichen Rechte und Verfahren einer Revision unterwerfe, theils wiefern besondere Verbrechen, entweder vor das Gericht der Kirche selbst gezogen, oder doch als Verbrechen gegen Kirche und Religion vor dem weltlichen Gerichtshofe gehandelt werden, theils wiefern die Kirche bisher in eigenthümlichem Geschäfte thätig war bei Hegung des Blutbannes, endlich wiefern sie geistigen Einfluss übt auf die Gesetzgebung christlicher Staaten überhaupt.

Hinsichtlich des Ersten war durch den Eifer eines missverstandenen Christenthums, das sich zum Rächer der Beleidigung göttlicher Majestät aufwarf, das Criminalrecht irre geführt worden in seinen Urtheilen über Ketzerei, Apostasie, Infidelität, Schisma, Gotteslästerung, Kirchenraub,

Störung des Gottesdienstes, Meineid, Zauberei, Simonie und Unzucht. Die nöthige Revision wurde seit THOMASIIUS meist durch Juristen vollzogen, jedoch nicht unbegünstigt von den Grundsätzen einer nach Glaubensfreiheit strebenden Theologie.

Die neuern Streitigkeiten über Zulässigkeit des Eides und dessen Einschärfung durch Geistliche, über Unverbrüchlichkeit des Beichtsiegels in peinlichen Sachen, und über Geleitung des armen Sünders durch Geistliche zum Blutgerüste, beginnen eine Revision des zweiten Punktes.

Wenn endlich in seiner Gesetzgebung der Charakter eines Volkes erscheint, und vorzüglich gebildet wird durch die Religion, so war nicht anders möglich, als dass die Kirche allezeit mannigfachen Einfluss übte auf den Staat. Die feierlichste Urkunde des Jahrhunderts erkannte diesen Einfluss als höchstes Gesetz des Völkerlebens: „Ihre Majestäten, der Kaiser von Oestreich, der König von Preussen und der Kaiser von Russland, in der innigsten Ueberzeugung der Nothwendigkeit, dass die Staaten ihre gegenseitigen Verhältnisse nach den erhabnen Wahrheiten der ewigen Religion des göttlichen Erlösers ordnen, — erklären feierlich, dass die gegenwärtige Urkunde einzig den Zweck hat, vor dem Angesichte der Welt Ihre unerschütterliche Ueberzeugung auszusprechen, kein anderes Gesetz Ihrer Regierung zu befolgen, in der Verwaltung Ihrer eigenen, wie in Ihren politischen Beziehungen zu andern Staaten, als die Vorschriften dieser heiligen Religion, die Gebote der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens, welche fern davon, einzig für das Privatleben zu passen, vielmehr unmittelbaren Einfluss üben auf die Entschlüsse der

Fürsten und alle ihre Handlungen leiten müssen, als das einzige Mittel, menschliche Einrichtungen festzustellen und ihre Unvollkommenheiten zu heilen“ ²). Wiefern diese Urkunde ein Ideal aufstellte, dem ferne Jahrhunderte erst nachstreben können, war die schwärmerische Erwartung, dass dadurch ein tausendjähriges Herkommen plötzlich abgebrochen sey, nichtig in ihr selbst. Aber eine Weissagung ist sie, sey sie nun ausgesprochen im Momente einer schönen Begeisterung, oder wie die Segnung des Sohnes Beor, oder als eine fromme, wohlberechnete Redensart, eine Weissagung, welche erfüllt werden muss, weil sie nur das ewige Gesetz der Vernunft und der Vorsehung ausspricht. Als solche wurde sie von den Deutschen begrüßt. Nach der kleinlichen Erfahrung einiger Jahre wurde der deutsche Enthusiasmus von den Ausländern verspottet. Sie haben uns nicht verstanden. Die Voraussetzung des Verstandes hatten wir gleich ihnen, sie nicht mit uns die Weissagung der Vernunft. Wir haben uns nicht verwundert über dasjenige, was zunächst geschah, allein wir freuten uns, dass die Verwirklichung dessen, was irgend einmal geschehen muss, näher gebracht worden sey, durch seine, wenn auch nur scheinbare Anerkennung vor den höchsten Gewalten der Erde.

Wenn demnach dargethan wird, dass irgend ein Gesetz des Staates den Vorschriften des Christenthums widerspräche, so ist seine Abschaffung in einer unbestimmten Zukunft nicht allein gewiss nach dem Rechte der Vernunft, was sich von selbst versteht, sondern ist auch als eine möglichst bald zu vollziehende von den höchsten Gewalten verbürgt, und die Billigung derselben

kann ohne offenen Widerspruch einer Untersuchung hierüber nicht versagt werden.

Indem wir als Einleitung der oben geforderten Revision eine Untersuchung über Zulässigkeit der Todesstrafe aus dem christlichen Standpunkte ankündigen, kann von der Aufdeckung eines solchen offenbaren Widerspruchs weniger die Rede seyn, denn seit SONNENFELS und BECCARIA mit menschenfreundlicher Begeisterung ³⁾ die strenge Schule CARPZOV's angriffen, sind die Lehrer des peinlichen Rechts und die Gesetzgeber selbst hierüber getheilter Meinung, sonach allein davon, dass die eine Parthei einen mächtigen Bundesgenossen in der Kirche empfangt, und die Untersuchung, von einem noch weniger beachteten Standpunkte aus beleuchtet, an Allseitigkeit gewinne. Als Karl der Grosse die Todesstrafe gegen Strassenräuber erneute, zweifelten viele, ob jemand mit dem Tode bestraft werden könne; man frug desshalb die Bischöfe. Es gilt das Leben von Christen! Darin liegt die unmittelbare Forderung, dass die Kirche ihr Votum abgebe ⁴⁾. Die Theologen, so weit sie um den Streit sich kümmerten, beruhigten sich meist mit der aus dem Wiedervergeltungsrechte, dem Grundgesetze des Mosaischen Strafrechts, hervorgehenden Satzung: Wer Blut vergiesst, dess Blut soll wiederum vergossen werden! welchen blutigen Spruch auch die Carpzovianer fleissig ansprachen. Gott selbst hat dieses Gesetz eniht als ein allgemeines angesehen, denn sonst würde er nicht sechs Freistätten geheiligt haben, in denen zwar nicht der Meuchelmörder und absichtliche Todtschläger, wohl aber, der im Jähzorn einen erschlagen hatte, vor dem

Bluträcher sicher war, 2. Mos. XXI, 13; sonst würde diess Gesetz auch dem Herrn wegen seiner Knechte gegeben seyn. Knecht und Freier sind, deucht mir, vor Gottes Augen eins, und da niemand dem rothen Lebensstrom, der in den Adern eines Sklaven herumwallt, den Namen des Menschenblutes absprechen wird, so hätte das Gesetz, wenn es allgemein wäre, auch den Dienstherrn treffen müssen, der seinen Knecht erschlug. Dieser Mord aber, wenn der Knecht starb unter seinen Händen, wurde nicht am Leben gestraft, wenn er den zweiten Tag erlebte, gar nicht, mit dem 2. Mos. XXI, 21, angefügten Entschuldigungsgrunde: denn es ist sein Geld. Anderntheils verhängte das Mosaische Recht den Tod über Verbrecher, deren Blut der obige Grundsatz nicht forderte; Gotteslästerung und fleischliche Vergehen gingen daher auch in die Gesetzbücher christlicher Staaten als Todessachen über, unter welche der gemeinsam europäische Gerichtsbrauch noch jetzt das Feueranlegen, auch ohne Mordbrand, rechnet. Im allgemeinen aber ist die Ungültigkeit des Mosaischen Grundsatzes, dessen Würde auf seiner Zeit beruht, — ein rohes, aus langer Knechtschaft hervorgegangenes Volk war zu zügeln, — von den neuern Criminalisten anerkannt ⁵).

Die bisher bestehenden Gesetze über Mord und Todtschlag reichen nicht aus. Sie reden nur von einer vorsätzlich verübten Tödtung, und gleichwohl giebt es vorsätzliche Tödtungen, die nur die Form derjenigen Handlung haben, welche eigentlich unter Todtschlag verstanden werden. Ein Schwärmer, der seine Geliebte erschiesst, um verabredetermassen die Vereinigung im

Tode zu bewirken, die Beiden im Leben unmöglich war; oder ein Hochmüthiger, der seinem zum Tode verurtheilten Verwandten das Leben nimmt, um nicht die Schande seiner öffentlichen Hinrichtung zu erleben, tödtet, und tödtet aus Vorsatz. Aber das Gesetz vom Morde passt dessen ungeachtet auf keinen von Beiden. Jener verübt eine ihm ausdrücklich gestattete That, diesem fehlt die Absicht, dem Getödteten zu schaden. Der treffliche ⁶) Criminalist, dessen Werk wir anführten, erzählt unmittelbar vorher einen Rechtsfall der Beraubung und Ermordung eines vom Schläfe aufgestörten feindlichen Soldaten, durch Landleute der Nachbarschaft, aus allgemeiner Rachsucht und in der Meinung, dass auch das wehrlose Glied eines feindlichen Heeres von jedem aus dem Volke getödtet werden könne. Das Urtheil des Schöppenstuhles zu Leipzig brachte dem Hauptmörder das Schwert, seinem nächsten Helfer vierjährige Zuchthausarbeit. Dieser Spruch wurde durch den Schöppenstuhl zu Wittenberg dahin reformirt, dass ausser dem bereits erlittenen ($1\frac{1}{2}$ jährigen Untersuchungs-) Gefängnisse der Mörder nur ein halb Jahr mit Zuchthausarbeit, sein Helfer nur acht Wochen mit Gefängniss zu belegen sey. Referent selbst hatte einen Bedienten, einen der treuesten Menschen, der nicht leicht eine Fliege erschlagen hätte, dennoch als Todtschläger zu dreijährigem Zuchthause verurtheilt wurde. Eifersucht und eine vergebens eingeforderte Schuld von wenigen Gulden hatte ihn mit einem Bekannten entzweit, dieser lauert eines Abends seinem glücklichen Nebenbuhler auf, als er von dem gemeinschaftlich geliebten Mädchen kommt, der Angefallne hat gegen die hereinbrechen-

den Schläge keine Waffe, als ein kleines Taschenmesser, nach mehreren Ausfällen trifft ein unglücklicher Stoss des Gegners Herz. Indem dieser blos mit einem Stocke bewaffnet den Angefallnen nur blutrünstig geschlagen, dagegen der Leichnam mehrere Wunden hatte, welche das Mass der Nothhülfe überschritten: war allerdings eine strafbare Tödtung vorgefallen. Einst wurde mir ein Jugendfreund zu zwölfjähriger, in zweiter Instanz zu zweijähriger Haft verurtheilt, weil er seinen Gegner im Duell erschossen hatte. Besonders erschwerend war, dass der tödtliche Schuss nicht für das Werk unglückseligen Zufalls, sondern eines die Kugel sicher beherrschenden Willens geachtet werden musste. Der Sieger, in ihm selbst nachher unbegreiflicher Wildheit, hatte mit untergeschlagenen Armen vor dem Gegner gestanden, der bewusstlos in seinem Blute lag, und stolz vor sich hingesagt; „Das war ein Meisterschuss!“ Die rechtlichen Milderungsgründe lagen darin, dass der Mörder, der eine sichere Freistätte erreicht hatte, sich freiwillig stellte, und der Verwundete erst nach zweimonatlichem Schmerzenslager verschied; die sittlich-menschlichen darin, dass die Schuld des Duells weniger auf die Einzelnen, als auf einen ganzen Stand fiel, in dessen Vorurtheilen die Duellanten befangen waren, und gegen dessen geistigen Zwang der Staat sie bisher weniger schützen konnte; dass namentlich der Mörder dieses Pistolenduell nicht veranlasst, vielmehr auf alle Weise abzuwenden gesucht hatte, so weit nur immer die Befangenheit eines Standes, dem er sich verpflichtet hielt, ihm erlaubte. Beide Kämpfer achteten sich persönlich, denn an jugendlicher Kraft und schönen Talenten ging keiner

ihnen vor, aber sie standen einander gegenüber als die Häupter zweier Partheien, für welche zu leben und zu streiten ihnen durch lange Gewohnheit theuer geworden war, so dass mit ihren edelsten Gefühlen wilder Partheihass sich vermischte hatte. Die Partheien aber erwarteten im Schicksale ihrer Führer, die sich mehrmals schon im leichtern Kampfe mit zweifelhaftem Siege gemessen hatten, das eigne Schicksal. Die erste Kugel des Gegners, eines nicht geringern Meisters in jeder kriegerischen Kunst, streifte unserm Freunde das Haupthaar. Da ergriff ihn, der als Knabe schon einen Stuhl, an den er sich stieß, zusammengebrochen und durch's Fenster geworfen hatte, wilder Jähzorn, als die Kugel an seinem Ohre vorbeipfiff und für einen Moment ihn betäubte, zugleich stand die Ueberzeugung klar vor ihm, dass der nächste Schuss, den er seinen Gegner thun lasse, ihn selbst tödten werde, und mit ihr sein eigener Wille unerschütterlich wie das Verhängniss, dass er selbst ihm das Herz durchschossen wolle; er drückt ab, — einen Zoll unter dem Herzen durchschlug die Kugel Rippe und Rückgrat.

Diese sämtlichen Fälle gehören nicht unter diejenigen, welche im 150. Art. der Peinl. Gerichtsordnung zur straflosen Tödtung gerechnet werden ⁷⁾ und können es nicht, so lange irgend Recht und Sicherheit gelten soll, dennoch wurde selbst nach den bestehenden Gesetzen nicht auf den Tod erkannt, und die Theologen würden schaudern, nach jenem Grundsätze das Blut derjenigen zu fordern, welche das Unglück hatten auf eine allerdings strafbare, meist culpose Weise Blut zu vergiessen.

Die andre theologische Berufung geht auf den apo-

stolischen Ausspruch, Röm. XIII, 4, ⁸⁾ von der Obrigkeit, welche das Schwert nicht umsonst trage. Nichts aber veranlasst uns, in diesem Schwerte gerade ein Scharfrichterschwert zu sehen, vielmehr wird das Zwangs- und Strafrecht des Staates ganz allgemein dadurch bezeichnet, was auch die Bekenntniss-Schriften der Protestanten stets durch Gewalt des Schwertes ausdrücken ⁹⁾, im Gegensatze des Hirtenstabes der Bischöfe, d. h. der kirchlichen Gewalt ohne Zwangsrecht. Gesetzt aber auch, dass die Staatsgewalt nicht wohl durch dieses Sinnbild bezeichnet werden konnte, wenn nicht ein wirklicher und vorzugsweiser Gebrauch des strafenden Schwertes anerkannt wurde ¹⁰⁾: so lässt sich aus einer so flüchtigen Andeutung noch keinesweges eine durchgebildete Ansicht des Christenthums über einen die Religion nicht unmittelbar betreffenden Gegenstand erschliessen ¹¹⁾. Im Neuen Testamente ist auch die Sklaverei nicht verworfen, vielmehr scheint sie durch Ermahnungen der Knechte zur Treue gegen ihre Herren anerkannt und geheiligt, ja bestätigt durch die Thatsache selbst eines entlaufenen und an Philemon zurück gesandten Sklaven mit des alten Paulus Briefe, jenem unübertroffenen Muster von Herzlichkeit und Urbanität. Dennoch ward es mit allgemeinem Befremden aufgenommen, als der Ritter Hugo in seinem Lehrbuche des Naturrechtes, als einer Philosophie des positiven Rechts, die Leibeigenschaft durch das Beispiel des Neuen Testaments zu beschönigen suchte. Denn das Christenthum war es, das durch die Anerkennung des göttlichen Ebenbildes in jedem menschlichen Antlitze, durch die Erhebung zur Kindschaft Gottes und durch den Schluss des grossen Bru-

derbundes der ganzen Menschheit nothwendig die Sklaverei untergrub. Ein Mensch, für welchen der Gott Himmels und der Erden menschliche Gestalt annahm, um auch ihn zu erlösen durch sein theures Blut, konnte nicht ferner als die Sache eines Miterlösten angesehen werden, seine Menschenwürde war feierlich ausgesprochen in der Christenheit und vor der Gottheit. Wie lange auch der Vortheil des Herkommens diese nothwendige Folgerung unterdrückte, irgend einmal musste sie anerkannt werden im Rathe der Nationen, und auch in diesen Tagen wird WILBERFORCE, dem die Menschheit eine Bürgerkrone zuerkennt, das heilige Recht der Menschenwürde durchfechten wider Gegner, die allerdings beklagenswerth mit einem vieljährigen Besitze in Widerspruch gerathen sind gegen das unverjährbare Recht der Vernunft, und der Väter wohlerworbenes Erbe — Menschen — mit dem Muthe der Verzweiflung vertheidigen werden.

Bei der allgemeinen Anerkennung, dass die Wirkungen des Christenthums auf Staatsverhältnisse erst in spätern Jahrhunderten erfolgten, und das Evangelium erst darüber ist, die Welt mit dem heiligen Geiste zu durchdringen, kann auch eine Beurtheilung der Todesstrafe nach christlichem Gesichtspunkte keinesweges darauf sinnen, ihre Zulässigkeit durch Stellen der h. Schrift zu vertheidigen oder anzugreifen, sondern aus anerkannten Grundsätzen des Christenthums ist durch folgerechten Schluss ein Urtheil zu finden, wie es geschöpft worden ist aus dem Geiste des Christenthums über die Sklaverei, V. R. W. 12)

Um aber die Bedeutung dieses kirchlichen Votum

zu würdigen, scheint nothwendig, vorher die Debatte der Juristen zu überblicken, damit sich ergebe, wiefern diese eine fremde Einmischung vertrage und fordere. Da jedoch ein gründliches Urtheil über eine wichtige Streitsache des Strafrechtes nur aus dem Hauptgrundsatz desselben abgeleitet werden kann, und ein solcher keinesweges einstimmig anerkannt wird: so muss eine Rechtfertigung dieses Hauptgrundsatzes wider seine vorzüglichsten Gegensätze noch vorangehn ¹³). Denn müssten wir z. B. als diesen Grundsatz, d. h. das Recht, wodurch und den Zweck wozu das Strafrecht geübt wird, die Besserung des Verbrechers anerkennen: so wäre ohne weiteres entschieden, dass die Todesstrafe barer Unsinn sei, denn die Androhung derselben könnte allenfalls zur Besserung mitwirken, aber die wirkliche Vollziehung schneidet vielmehr alle Möglichkeit der Besserung ab.

Die B e s s e r u n g ¹⁴) kann aber desshalb nicht Grundsatz des Strafrechts sein, weil aus ihr weder Recht noch Zweck der Strafe hervorgeht. Denn Kinder sollen durch heilsame Zucht zwar erzogen werden, weil durch den fremden Willen die Freiheit ihres eigenen erst entwickelt werden soll, aber undenkbar ist, dass ein mündiger Mann durch den Zwang der Strafe zur Besserung genöthigt werden sollte, da ja diese allein von seiner Freiheit ausgehen kann, und jede erzwungene Legalität der freien Achtung des Sittengesetzes geradezu widerspricht. Wird aber ein solches Recht und hiermit auch die Pflicht des Staates erdichtet, so ist hiermit aller Tyrannei Thür und Thor geöffnet; denn der Staat, der sich berechtigt hält, durch Zwangsmittel die innere Sittlichkeit seiner Unterthanen

zu leiten, dringt ein in jedes Heiligthum des Geistes, er sucht die Gedanken, den Glauben zu beherrschen, die Inquisition schürt ihre Scheiterhaufen in der Sorge für das Heil der Seelen. Des unglückseligen SCHUBART zehnjährige Gefangenschaft auf Hohenasperg war eine Folge dieser Theorie. Herzog Karl von Württemberg, ein nicht unedler, aber durch jenes Vorurtheil, das seinem zügellosen Willen schmeichelte, gewaltsamer Fürst, der wohlwollend auch SCHILLERN auf eine Weise bevormundete, dass der Jüngling seinen hochstrebenden Geist nur retten konnte durch die Flucht aus dem Lande, das jetzt auf ihn stolz ist, seinen grössten Sohn in einem Jahrhunderte, der Herzog quälte SCHUBARTEN keineswegs aus persönlicher Rachsucht, sondern, wie aus der ganzen Behandlungsart erhellt, einzig desshalb, um diesen im Getümmel des Lebens allerdings verirrtten Genius zu bessern. Die Folge war in der That ein sogenannter Durchbruch. SCHUBART, wie aus dem durch ein Kerkerloch einem Mitgefangenen dictirten Theile seiner Lebensgeschichte erhellt, verwarf sich selbst als den verworfensten Bösewicht, und priess die Strenge seines Fürsten, durch welche ihm diese Erkenntniss geworden sey. Aber dem Menschenkenner erscheint diese Stimmung nur als das Kunststück eines Unglücklichen, der von allen Seiten bearbeitet, um der Langeweile zu entgehen, aus Verzweiflung ein Betbruder wird, und weit höher, als diesen zerbrochenen Menschen, achten wir jene Augenblicke, in denen dieser reichbegabte Geist im erhabnen Zorne über ungeheures Unrecht sich wiederum ermannend, seine Fürstengruft dichtete. Ein Mittel, seinem Schmerze zu entfliehen,

das noch über jene frommen Uebungen ging, wurde dem Unglücklichen die Schnapsflasche, er griff zu ihr, so oft er seine Kerkermeister täuschen konnte, und litt dafür alles, was nur ein höherer Geist, der aber nicht mit der Unbescholtenheit sittlicher Kraft sich gegen Gemeinheit zu schützen versteht, von rohen Gesellen erdulden kann. Der Unwille der ganzen deutschen Nation, der in dem Erlauchten Erben der Preussischen Monarchie eine fürstliche Stimme und Fürbitte gefunden hatte, befreite endlich das Schlachtopfer fürstlicher Zucht. Der Herzog wollte durch reiche Gunst ersetzen, der Dichter wollte den Genuss eines verlornen Jahrzehents nachholen; von Gastmalen aufgeschwemmt starb er nach wenigen Jahren als Hofpoet. Nicht leicht ergreift mich eine so tiefe Wehmuth, es wäre denn, da ich MACCHIAVELLIS Buch vom Fürsten lese, wo die Thräne der ganzen Menschheit gehört, als am Grabe dieses Menschen, der als Künstler in Tönen und Liedern, und als ein Mann des Volkes, in seinen einzelnen Talenten wenige über sich, im Vereine derselben keinen seines Gleichen hatte, und durch eigene und fremde Schuld ein allezeit zerrissnes Leben führte, dass ich unglücklicher als ihn nur den Fürsten achten kann, der einen solchen Mann durch Freundes Verrath in die Falle lockte, der sein Opfer, als es durch die dunkeln Hallen der Veste herein geschleppt wurde, empfing, der einen unschuldigen Mann ohne Urthel und Recht um sein Leben bestahl. Eine schreckliche Last, auf wem alle jene Seufzer lasten, die eine des Vaters beraubte Familie, die ein Gefangener ein Jahr durch, alle Minuten eines Kerkerjahres durch, wider seinen Peiniger ausstösst; schreck-

lich, wenn die Seufzer alle wie Rachegeister am Throne Gottes dem armen Sünder, welcher nach Gnade schreiet, entgegen kommen! — Es ist ein göttliches Privilegium, weil der Herzenskündiger allein freie Menschen zu erziehen versteht, zu züchtigen, wen er lieb hat; spiele niemand mit den Donnern der Gottheit! — So weit entfernt ist die Strafe, welche Menschen über einander verhängen können, den Zweck der Besserung zu sichern, dass sie vielmehr oft genug das Gemüth erst verhärtet, wo es die Gnade einer gesegneten Rührung eröffnen würde. Auch in anderer Hinsicht würde ein Dieb, der aus Armuth gestohlen hat, sichrer als durch Zuchthausarbeit von Wiederholung seines Verbrechens abgehalten werden durch Versetzung in eine ehrenvolle Wohlhabigkeit: diese hätte demnach ein auf jenen Grundsatz gebautes Criminalrecht zu gewähren. Ein Anderes ist, dass die durch andere Gründe gerechtfertigte Strafe vollzogen werde mit Rücksicht auf die Wahrscheinlichkeit einer sittlichen Anregung des Verbrechers. Die Pflicht einer solchen Strafeinrichtung geht einestheils hervor aus der allgemein menschlichen Pflicht, die sittliche Güte des Nebenmenschen, so weit es immer ohne Verletzung seiner Freiheit geschehen kann, möglichst zu fördern, anderntheils aus der gewöhnlichen Verwilderung des Verbrechers, der einer solchen Hülfe vorzüglich bedarf, und aus seinem gewöhnlichen durch eine andere Nothwendigkeit bestimmten Strafverhältnisse, wornach fast jede Einwirkung der Aussenwelt auf ihn abhängig ist von der Bestimmung des Gesetzes oder Richters, die sonach für eine heilsame Auswahl dieser Berührungen zu sorgen haben, da sie für den

Gefangenen gleichsam an die Stelle der Vorsehung getreten sind.

Wie eine Ueberbildung des Staates jenen Besserungsgrundsatz zum Haupte des Criminalrechts setzte, so erscheint als äusserster Gegensatz unter rohen Völkern die Rache, aus welcher daher geschichtlich die Hegung des Gerichtsbannes allerdings hervorging. Die Idee der Gerechtigkeit äussert sich zuerst als ein sinnliches Gefühl, dass derjenige kein Recht habe fröhlich zu seyn, der mir ein Leides zugefügt hat, und der eigne Kummer beruhigt sich, wenn ich dasselbe Leid mit willkürlichen Zinsen ihm wiederum zufügen kann. So lange der ungeordnete Staat gegen die Kraft des Einzelnen zurückstand, übte jeder dieses sein eigenes Rächeramt, und war Blut vergossen: so schrie dieses um Rache, und als heiliges Erbe ging die Blutrache auf die Blutsfreunde des Gemordeten über. Weil aber die Rache in ungemessener Willkür ausschweifte und dadurch immer die neue Rache des Widerparts aufforderte, wodurch ganze Geschlechter wider einander in Fehde geriethen und sich Menschenalter hindurch gegenseitig aufrieben: so setzte der Staat, sobald er zu einigem Bewusstsein gelangte, gewisse Bussen fest, bei welchen, wenn sie der Verbrecher gegeben oder erduldet hatte, der gekränkte Theil sich beruhigen musste. Die Criminalgesetzgebung Mosis, des ältern Griechenlandes und vorzüglich der alten Deutschen, besteht grosentheils aus diesen Abmessungen der Sühne. Weil auch innerhalb der Schranken des Gesetzes der Richter und Henker in eigener Sache leidenschaftlich zu sein pflegt: so entwickelte sich mit der wachsenden Staatskraft eine höhere

Bildung des peinlichen Verfahrens dadurch, dass der Staat das Gericht hegte und des Spruches Vollstreckung verbürgte, vor welchen Richtern aus der Gemeinde der in seinem Rechte Gekränkte oder sein Bluträcher mit dem altgermanischen Zetergeschrei (Gerüfte) über den Verbrecher, als Ankläger erschien ¹⁵). Dadurch entstand der eigentliche Anklageprozess, wie er jetzt noch statt findet bei Injurien und als feierliche Form bei der Hegung des hochnothpeinlichen Halsgerichtes, in welchem die Rolle des Anklägers und Bluträchers meist dem Scharfrichter übertragen wird. Versöhnte aber der Verbrecher durch irgend eine Busse seinen Gegner oder im Falle des Mords die Bluträcher seiner Sippschaft, und es erschien kein Kläger vor Gericht: so kümmerte sich der Staat nicht um Verbrechen in seiner Mitte. Die Anklage konnte vorerst den Grund haben, die Erstattung eines durch ein Verbrechen verlorenen Gutes zu erzwingen, und gehört in dieser Hinsicht zum Privatrechte. Ist das Gut aber unersetzlich (bei Verstümmelung oder Mord), oder wird auch neben der Möglichkeit und Forderung des Ersatzes auf Bestrafung des Verbrechers angetragen, so sei, nach der Annahme, dieses Antrages und der Klage Grund die Rache. Aus Befriedigung derselben erwächst dem Gekränkten kein Vorthail ausser der Schwelgerei eines unlautern Gefühls. Unlauter, denn es ist Freude am Leide eines Menschen, den kein Verbrechen aus dem goldnen Buche der Menschheit streicht, eines Bruders, den keine Schuld als den ewig verlorenen Sohn aus dem Vaterhause Gottes vertreibt. Darum gebietet die Vernunft durch ihren erhabensten Vertreter: „Vergebet, so wird

euch vergeben! Liebet eure Feinde!“ Und Gott spricht: „Die Rache ist mein!“ Der Staat, dieses Abbild göttlicher Vernunft, soll sich nicht dazu hergeben, einem unlautern Gefühle zu dienen. Man meinte zwar, dass die Rache von ihren Schlacken gereinigt werde durch ihre Uebertragung an den Staat; allein nur die Leidenschaftlichkeit derselben wird durch diese Uebertragung gemildert, was aber dem Einzelnen die Vernunft überhaupt zu üben verbietet, das kann er auch nicht als sein Recht vernunftgemäss an einen andern übertragen. Aus Anerkennung dieser unfehlbaren Sätze ging der Gedanke hervor, dass keineswegs der in seinem Rechte gekränkte Mensch gerächt werden solle, sondern das in ihm verletzte Gesetz ¹⁶⁾ und der Staat, als Schützer des Heiligthumes der Gesetze, erwartete nicht mehr den durch die Verletzung aufgeforderten Kläger, sondern stellte eigne und öffentliche Ankläger oder Fiskale auf, welche im Namen der Gesetze jedes Verbrechen, das innerhalb der Gränzen des Staats geschehen war, gerichtlich verfolgten. Die allmälige Bildung dieses Gedankens erscheint vorzüglich in den kaiserlichen Femgerichten Westphalens, dessen Schöffen schwuren, jedes Verbrechen, das in ihrem Gerichtssprengel ruchbar werde, unerbittlich zu verfolgen, und wo nur im ganzen Reiche jemand verweigere Recht zu nehmen bei seinem zuständigen Richter, als heimliche Ankläger gegen ihn aufzutreten, und ihn zu treffen mit den unsichtbaren Armen ihres Dolches.

Die Rache des Gesetzes hat jede Unlauterkeit des Gefühles abgethan, und erhoben zum Grundgedanken des Criminalrechts, erscheint ein von der vorigen Stellung

durchaus verschiedener Standpunkt, nemlich die Gerechtigkeit, die Ausgleichung der Sittlichkeit mit dem Glücke, der Unsittlichkeit mit dem Unheile, des Verbrechens mit der Strafe¹⁷). Der Gekränkte verzeiht seinem Beleidiger, die Geister der Erschlagenen schreien nicht um Blutrache aus dem Lande des Friedens und der Versöhnung, der Mensch wird geehrt noch im Verbrecher, der Untersuchungsrichter gewährt ihm jeden mit seiner Lage vereinbaren Trost, der Staat löst die Fesseln des Mörders, nachdem das Leben ihm abgesagt ist, erheitert sein Gefängniss und eröffnet es ihm, gleichviel, ob den Zerstreuungen der Welt oder den letzten Liebespfändern der Freunde; die Kirche, deren Mutterarme allezeit geöffnet sind einem heimkehrenden Sohne, eilet die Seele zu erretten, und bringt dem armen Sünder die Vergebung des Himmels, ehrwürdige Boten des Evangelium stehen ihm tröstend zur Seite auf seinem letzten Wege, dem die letzte Ehre erwiesen wird, gleich dem Leichenbegängnisse des Gerechten, das Blutgerüste wird zum Sterbebette eines Christen, und dem reuigen eingesegneten Schächer tönt der letzte Gruss des Heilandes entgegen: „Heute noch wirst du mit mir im Paradiese sein.“ Sterbliche und Himmlische haben verziehen, aber unerbittlich fordert die Gerechtigkeit das ihr verfallne Opfer. Ihre Wage halten ernst und schweigend Urthelsverfasser, ohne Hass und ohne Liebe; der Mensch ist ihnen nicht Mensch für oder gegen den sie etwas Menschliches fühlen könnten, er ist ihnen ein bloßer Begriff, sie messen das Verbrechen nach den ewigen Ideen der Gerechtigkeit, wie als Gemeinwille der Nation sie anerkannt ist in den be-

stehenden Gesetzen, sie lesen die Anzeigen der Schuld und die Verwicklung, in der sie geboren wurde, nur in den Acten, nicht in des Verbrechers menschlichen Zügen, wie die ehrwürdigen Schöppen des Areopag nur in der Nacht zu Gerichte sassen, damit das menschliche Antlitz und die schmerzdurchzuckte Miene des Schuldigen ihr Mitleid nicht anrufe wider den unverbrüchlichen Spruch der Gerechtigkeit. Und wie nach der altväterlichen Sage dieses Gerichtshofes bei der (durch Stimmengleichheit offenbarten) Ungewissheit des Rechtes nur ein Gott gewagt hatte, das Wort der Gnade auszusprechen: so ist zwar dem Landesherrn ein göttliches Recht freier Begnadigung anvertraut, aber ein auch über ihm stehendes Gesetz der Vernunft gebietet, sein königliches Vorrecht nur zu üben, wenn der Buchstabe des Rechtes im Widerspruche steht mit der Gerechtigkeit eines besondern Falles, dessen Milderungsgründe in der Allgemeinheit des Gesetzes nicht berücksichtigt sind. Ob aber ein solcher Fall vorhanden sei, oder nur gewöhnliches Mitleid ein erlognes Recht anspreche, das zu ergründen, möchte allerdings ein Gott erfordert werden. Der Richter ist verpflichtet dem Buchstaben des Gesetzes, er bedarf nichts, als des scharfen Verstandes, um einen nach allen Beweisen menschlicher Gewissheit verbürgten Thatbestand unter das richtige Gesetz zu ordnen, er hat nur seinen Verstandesschluss zu vertreten, über welchen eine jedem Menschenverstande darlegbare Gewissheit statt findet, nicht die Gerechtigkeit selbst, über welche nur der freie Geist entscheiden kann, ohne die Unendlichkeit der Idee nach klaren Begriffen messen zu können. Der Fürst nach seinem unbeschränk-

ten Rechte hat diese Gerechtigkeit selbst zu vertreten ¹⁸⁾, nur dass er Unrecht nicht mehr im Wahnglauben des Rechtes, ist durch eine glückliche Schranke ihm versagt ¹⁹⁾; das Vernunftrecht der Gnade soll er üben, aber jede Begnadigung ohne dieses Vernunftrecht entzieht der Gerechtigkeit, als dem Höchsten im Völkerleben, ein Opfer und eine Bestätigung, jede solche unrechtliche Begnadigung ist ein fruchtbarer Quell von Verbrechen. Denn das warnende Schreckbild des Gesetzes verschwindet, wenn zur Lust der Unthat sich die Hoffnung einer gleichen willkürlichen Begnadigung gesellt, daher eine einzige Gnade wider das Recht zehn Strafurtheile fordern kann, weil, was einem glückte unter zehen, viele hoffen, dass ihnen dasselbe glücken könne; vor dem sicher treffenden Henkerbeile schrickt zuweilen die Leidenschaft noch zurück, zu würfeln mit dem Tode scheut sie selten ²⁰⁾. Dennoch ist dieses Recht in seiner ganzen Unbeschränktheit ein unumgängliches Erforderniss aller Gerechtigkeit, das die Nation dem Vertreter ihres Gesamtwillens, ihrer individualisirten Vernunft anvertraut, weil der allgemeine Begriff eines Gesetzes niemals alle erdenkbaren Fälle unter sich fassen kann. Und weil bei der Uebung dieses Majestätsrechtes die ganze volle Menschheit sprechen soll, selbst die Schauer der Phantasie und die zitternde Hand eingerechnet sind, mit welcher der Souverän, Gnade verweigernd, ein Todesurtheil unterschreibt, und der Verbrecher auf diese menschlichen Fürsprecher ein Recht hat: so möchte selbst zweifelhaft sein, ob nach dem Geiste der Gesetzgebung ein milder Fürst, wie liebenswürdig er auch in solcher Milde erscheinen würde,

diese schauerliche Pflicht von sich abwenden und einem Unterthane, sei's auch dem Ersten derselben, übertragen könne, denn dieser tritt mehr in das Verhältniss des gewöhnlichen Richters, der sein Gesetz, hier des Souveräns Willensmeinung, die leichter ausgesprochen oder angedeutet ist, als ein Blutspruch unterschrieben, über sich erkennt und mit der sichern Ruhe eines Organs vollzieht. Aber ein erhabner Tempel der Gerechtigkeit erscheint das fürstliche Kabinet, ein Todesurtheil liegt auf der Tafel, die Feder schon eingetaucht daneben, ein Schriftzug wird sichrer treffen, als des Richters Schwert, es ist alles wohl erwogen, die Gerechtigkeit schreit zum Himmel nach Blut, aber der Fürst ist ein Mensch, ein guter fühlender Mensch; er geht mit ungewissen Schritten im Zimmer umher, er denkt an die Todesangst des Verurtheilten, an das Jammergeschrei der Kinder um eines Vaters Leben, er denkt an die eigne Todesangst, die einst ihn ergreifen, an das Wort der Barmherzigkeit, das auch er ein armer Sünder einst am Throne des Weltrichters bedürfen wird, und kein Gesetz steht wider ihn auf, keine Stimme darf laut ihn tadeln, wenn seiner Huld gefiele, all' den unsäglichen Jammer mit heiterm Königsworte zu lösen, zu verzeihen, wie die gnadenreiche Gottheit; er denkt's — und mit schwankender Hand und abgewandtem Blicke unterzeichnet er das Todesurtheil.

Wir haben absichtlich diese Vorstellungen, deren Halbwahrheit niemand läugnen wird, denn sie enthalten Wahrheit, nur eine anders zu begründende und von anderm Standpunkte zu betrachtende, wir haben sie in einer Bilderreihe verzeichnet, weil die Kraft ihrer Beweisführung

recht eigentlich auf dem Glanze der Phantasie beruht, durch welche bestochen, auch Philosophen, in der Begeisterung für dieses Ideal der Gerechtigkeit, und in Vergessenheit der wirklichen Dinge, diese Theorie besonnen dem Verstande zu rechtfertigen suchten, wodurch ihre schwache Seite an den Tag kam, welche in nichts weiter, als darin besteht, dass nicht göttliche Wesen, sondern Menschen zu Gerichte sitzen. Einleiten möchte diese Anerkennung das Bedenken, wie doch komme, dass bei dieser allgemeinen Abmessung des Wohlseins und der Würdigkeit desselben, nicht auch bejahende, beglückende Gerichtshöfe vorhanden seien, da doch offenbar, wenigstens nach den Grundsätzen des Gerichtsbrauches, viele Menschen weit unglücklicher sind, als sie zu sein verdienen, weit unglücklicher mancher Gerechte als mancher Verbrecher. Wollen wir vielleicht Prämienvertheilungen, als die Anfänge solcher Gerichtshöfe ansehen? Können wir unsern guten Willen vorschützen, so muss man doch gestehn, dass der Weltregent, dem die Mittel weniger gebrechen möchten, von diesen Ausgleichungstabellen auf Erden nicht viel wissen wolle, weder im Guten, noch im Bösen. Für das Letztere scheint er wenigstens wie in einer constitutionellen Monarchie seine unabhängigen Gerichtshöfe eingesetzt zu haben. Schade nur, dass er ihnen nicht zum Amte den Verstand, die Allwissenheit der Herzenskündiger gegeben hat. Lägne wer's kann, dass um wahrhafte Gerechtigkeit zu üben, der Richter das Herz des Verbrechers bis in seine geheimsten Fasern und halb gedachten Gedanken durchdringen, jede Einwirkung der Aussenwelt vom Schläfe unter dem Mutterherzen an bis

zur blutigen That kennen, die Kraft und Glut jedes Pulsschlages berechnen müsste, um aus diesen entgegenstrebenden Kräften den Ueberschuss der möglichen und doch nicht wirklichen Willenskraft zu berechnen, der allein der Gerechtigkeit verfallen ist. Wir wollen nicht die Forderung jener apokryphischen Erzählung an die Richter stellen: „Wer unter euch ohne Sünde ist, der hebe den ersten Stein auf!“ aber mit vollem Rechte lassen wir den schönen Advokaten des Kaufmannes von Venedig zu euch sprechen: „Wenn ihr einen einzigen Tropfen unschuldiges Blut vergiesset, wenn ihr um einen Gran Fleisch der Gerechtigkeit mehr opfert, als sie gebietet, so ist euer Haupt den Gesetzen verfallen!“ Sollte ein Richter, welcher den Stab bricht über den Missethäter, unbekannt genug mit der Welt sein, dass er meinte, unter den Tausenden, welche im heitern Lebensgeföhle das Halsgericht umgeben, seien nicht hundert, welche in gleicher Verwahrlosung von Kindesbeinen auf, im gleichen Drange der Verhältnisse dasselbe, vielleicht ein schwärzeres Verbrechen vollbracht hätten! Nicht die That bringt die Schuld, sondern der Wille, und getraut sich irgend ein Richter einzugehn in die geheimnissvolle Werkstätte, in welcher der Wille geboren wird, und wenn er's kann im einzelnen, seltnen Falle, wär' es möglich ohne die furchtbarste Gewissenstyrannie? Und wäre der Grad der Schuld vollkommen ausgemittelt, welchen Massstab giebt es denn, ausser einem willkürlichen, der ihr angemessnen Strafe, da zwischen innerer Sittlichkeit und äusserer Glückseligkeit, zwei ganz verschiednen und unvergleichbaren Zuständen, ein wesentliches Verhältniss der Ab-

messung gar nicht statt findet. Man entschuldige sich nicht: „Wir üben eben Gerechtigkeit, so weit menschlicher Beschränktheit möglich ist.“ Die Möglichkeit findet sich nirgends, in keinem Falle mit entschiedner Gewissheit, und was dem Menschen zu üben unmöglich ist, dazu hat er weder Recht noch Pflicht. Gott allein ist gerecht, man nennt ihn desshalb auch nicht den Allgerechten, als wenn er seinen Gerichtsbann mit uns getheilt hätte, wie seine Güte, seine Wissenschaft; greifen wir nicht der ewigen Gerechtigkeit in den Arm, versuchen wir Menschenkinder nicht Weltrichters zu spielen. Die heilige Idee lasst uns anbeten, ihre Verwirklichung hoffen im Weltgerichte der Geschichte, im Herzensgerichte jenseit der Gräber, aber der erste Schritt zur Gerechtigkeit sei, die Schranken unsrer Wirklichkeit zu bedenken.

Durch diese Reflexion ergab sich vorerst der eigentliche Abfall der Idee zur bloßen Wirklichkeit in der Abschreckungstheorie²¹⁾ des Criminalrechts, wornach einzig desshalb die Strafe vollzogen werden soll, damit durch den sinnlichen Eindruck derselben jedermann abgeschreckt werde, dasselbe Verbrechen zu begehen, oder überhaupt die Drohung der Gesetze zu verhöhnen. Die Theorie hat viel Aehnliches mit dem Falle, der sich vormals in den kleinen Reichsherrschaften zuweilen ereignete, dass ein Vagabund oder sonst ein nichtsnutziger Mensch gehängt wurde, damit nicht durch die Vakanz des Galgens über die gesetzmässige Frist das reichsfreiherrliche Recht des Blutbannes verjähre. Das Unhaltbare dieser Theorie erscheint zumal bei der Todesstrafe. Ein vernünftiges Wesen muss allezeit Selbstzweck, kann nie bloßes Mittel

sein. Der Mensch ist kein Opferthier, das hinausgeschleppt werden könnte blos zum Besten anderer, opfert er sich aber freiwillig, um durch die Sühne seiner Schuld andere, welche ihren Vorsätzen nach schon auf dem Wege zum Blutgerüste sind, von dieser Bahn abzuschrecken, und so auf dem ihm einzig möglichen Wege der Verneinung das Reich des Guten zu befördern, so wird aus dem Mörder ein Märtyrer.

Diese Einwendung scheint gehoben durch die Präventionstheorie im engern Sinne, nach welcher der Strafzweck Vorkehrung ist gegen künftige Uebertretungen eines einzelnen Beleidigers entweder durch Abschreckung mittels der an ihm vollzognen Strafe oder durch völlige Ausserstandsetzung desselben. Rechtlich begründet werde der Präventionszwang dadurch, dass die, für das rechtliche Verhältniss erforderliche, in jedem Momente gleichmässige Bestimmung des Willens bei einem Subjecte wirklich nicht vorhanden ist, und dieses daher, so lange dieser Zustand unverändert bleibt, als stets Gefahr drohend erscheint. — Nach dieser Theorie wäre ein grösseres Recht zur Strafe vor als nach dem Verbrechen, und dem Richter mehr die Gabe der Weissagung als der Gerechtigkeit zu wünschen. Da ferner der Richter wo möglich zu erforschen hat, ob in einem Subjecte die für das rechtliche Verhältniss erforderliche, in jedem Momente gleichmässige Bestimmung des Willens vorhanden sei, so wird er auf ein unsichtbares und sittliches Gebiet verwiesen, und jede Grausamkeit, welche Machthaber gegen solche üben möchten, deren Gesinnung ihnen gefährlich dünkt, erscheint gerechtfertigt ²²).

Bei diesem Schwanken der Theorien, denen noch minder bedeutende beigefügt werden könnten, ging die Sache selbst ungestört ihren Gang, den Hochgerichten wurden ihre Opfer geliefert, dem Fegefeuer der Zuchthäuser die gebührenden Seelen, auch zweifelten im Allgemeinen weder die Verbrecher, noch die öffentliche Meinung an der Rechtmässigkeit dieser Massregeln, nur die Gelehrten waren uneinig, nach welchem Rechte geköpft, zu welchem Zwecke gezüchtigt werde? Dass aber der hohe Gerichtsbann gehegt werden müsse, darüber trug nie ein vernünftiger Mensch Bedenken. Aus dieser Nothwendigkeit der That ergiebt sich ein einfaches und sichres Urtheil über die Theorie. Menschliche Bildung ist unmöglich ohne den Staat. Der Staat, geschichtlich entstanden im Drange des Bedürfnisses, wird von der ausgebildeten Vernunft als ein Werk ihrer Freiheit anerkannt, und als solches ausgebildet, er ist der Spiegel, die äusserlich gewordne, ihr selbst erscheinende Vernunft ²³). Der ursprüngliche Zweck des Staates ist, durch die vereinte Kraft der Gemeinde, also durch den höchstmöglichen Zwang jeden Einzelnen zu schützen in den Rechten, als den äussern Bedingungen des Lebens, welche er entweder als angeborne und unveräusserliche Rechte eines Vernunftwesens besitzt, oder welche er als solches durch freie Verträge mit andern Berechtigten erwirbt, vornemlich Leben, des Geistes und Leibes Unverletzlichkeit, Ehre, Eigenthum. Diese zu verletzen durch ein Verbrechen ist mancherlei Lust und Versuchung vorhanden. Es reicht aber die ganze Zwingkraft des Staates nicht aus, diese Verletzungen physisch unmöglich zu machen gegen die

Versuchungen des sinnlichen Vorthells, welchen das Verbrechen zusichert. Es blieb demnach nichts übrig, als ein geistiger Zwang, so dass nämlich durch allgemeinbekanntes Gesetz jedem Verbrechen eine so schmerzliche Folge, d. h. Strafe, zugesichert wurde, welche den durch das Verbrechen zu erwerbenden Vortheil überstieg. Der Grund aller Strafgesetzgebung ist also ihre Nothwendigkeit, der Zweck die Erhaltung des Staats ²⁴). Unvollkommen, wie alles Menschenwerk, wird sie nicht das Verbrechen unmöglich machen, denn der nahe Vortheil desselben kann die Leidenschaft verblenden über den entfernteren und vielleicht zu umgehenden Nachtheil. Aber es ist offenbar, dass in dem Augenblicke, in welchem die Strafgesetzgebung und Vollziehung aufhörte, Leben, Freiheit, Ehre und Eigenthum jedes Bürgers verfallen und in diesem Augenblicke der Staat aufgelöst wäre. Weil nun der Staat eine unbedingte Forderung der Vernunft ist, so wird jedes Mittel, ohne welches dieser Zweck nicht erreicht werden kann, gleichfalls von der Vernunft gefordert, und das Criminalrecht ist vernunftgemäss.

Auf diesem von den Spitzfindigkeiten der Speculation fernen Standpunkte, dem Resultate ächter Praxis, welche mit dem Verstande der Wirklichkeit die Vernunft der Idee vereinigt, ergiebt sich leicht, was an den obigen einseitigen Theorien Wahres ist, ohne dessen Beimischung sie natürlich niemals eine wissenschaftliche Geltung erlangt hätten ²⁵). Dass der Besserungsgrundsatz die Art der Strafe bestimmen müsse, so weit diess mit dem ursprünglichen Strafzwecke vereinbar ist, wurde schon anerkannt. Die Rache, als etwas Unsittliches, kann

von der Wissenschaft auf keine Weise begünstigt werden, wohl aber als die bewegende Kraft geachtet, aus welcher im Volksleben das ganze Criminalverfahren hervorging²⁶). Denn das ist die anbetungswerthe Weisheit der Vorsehung, dass sie selbst aus den Leidenschaften der Menschen den Sieg der Vernunft heraufführt, wie aus dem verlornen Paradiese die Kirche. Der Grundsatz der Gerechtigkeit soll auch in den Gerichtshöfen als der höchste gelten, allein nur als ein richtiges Unterordnen des rechtlich erwiesenen Thatbestandes unter das vom Staate ausgesprochene Gesetz. Es kann sogar geschehn, dass die innere und sittliche Gerechtigkeit verletzt wird durch diese äussere Gerechtigkeit, die sittliche Schuld keineswegs im Vergleiche mit andern Verbrechen gros genug ist, um die gesetzliche Strafe verwirkt zu haben, dennoch ist der Richter unbedingt an die Gesetze gebunden, denn diese sind die Bürgen der öffentlichen Freiheit, und wenn irgend einmal die richterliche Willkür sich erlaubte, zum Besten eines Schuldigen von der Strenge des Gesetzes abzugehen, so wäre noch weit mehr zu fürchten, dass die Leidenschaftlichkeit des Richters sich erlaube, zum Nachtheile des Beklagten vom Buchstaben des Gesetzes abzugehen, und das Schicksal eines Bürgers hinge fortan von der Willkür einiger Menschen ab, nicht vom leidenschaftslosen Gesetze, das als Ausdruck des Gesamtwillens der Nation über allen steht, allen gleich günstig, allen gleich streng. Daher wird zur Gerechtigkeit eines Richters nicht erfordert Abwägung der Sittlichkeit mit dem Glücke, die nur einem Gott möglich ist, sondern Beweisführung des Thatbestandes, und dessen Subsumtion unter das be-

stehende Gesetz, einfache Handlungen des Verstandes. Diese äusserliche Gerechtigkeit ist Grundveste des Staats, und wie der Rechtsgrund einer Androhung der Strafe die Nothwendigkeit ist, die Rechte aller zu sichern, so ist der Rechtsgrund der Zufügung die vorhergegangne Drohung des Gesetzes ²⁷). Denken wir z. B. an SAND. Obschon sein Meuchelmord als grässliche Verletzung alter deutscher Redlichkeit und Gastfreundschaft die ganze Nation kränkte und schmähte: so scheint doch aus den Acten hervorzugehen, dass er seine That nicht für unsittlich, ja für Pflicht hielt. Vor einem Richter über den Sternen möchte daher diese Schuld allein auf ihm lasten, dass er die ihm zu Gebote stehenden Mittel, vor allen die Lehren unsrer heiligen Religion nicht benutzte, um sich aufzuklären über seinen sittlichen Irrthum, welcher als ein verschuldeter allerdings Sünde ist. Musste nun nach der hierdurch wahrscheinlichen Unsittlichkeit das Mass der Strafe bestimmt werden, so würde sie, im Verhältnisse zur Unsittlichkeit andrer Verbrechen, ziemlich unbedeutend gewesen sein. Dennoch wurde die höchste Strafe, nach den Landesgesetzen der Tod, ausgesprochen, und von Rechts wegen auch im Reiche der Vernunft. Gegen einen Fanatiker, welcher das Märtyrerthum nicht scheut, kann zwar der Staat nicht schützen, allein wenn irgend etwas den Verirrten zur Vernunft bringen kann, so ist es das von der ganzen Nation ausgesprochne Gesetz, welches seine That mit dem Namen des furchtbarsten Verbrechens brandmarkt und mit bürgerlicher Vernichtung bestraft. Sollte dagegen der Entschuldigungsgrund des Verbrechers, sei er auch wahr, dass er seine

That für Pflicht gehalten habe, gelten: so wäre jedes einflussreichen Mannes Leben proscribirt, und jeder Narr, dessen Vorurtheilen sein Wirkungskreis gefährlich schien, könnte hingehn, um eine Recension mit dem Dolche abzufassen, ohne es besonders der Mühe werth achten zu müssen, über die Rechtlichkeit seiner blutigen That nachzudenken. Thatsächlich wäre durch solche Straflosigkeit der Staat aufgelöst. Daher ist zwar billig, was oben von der gegen Verbrecher zu beobachtenden Menschlichkeit erwähnt wurde, für einen solchen Jüngling kann sogar die ganze Nation Thränen haben und Achtung ²⁸): allein was unerbittlich, hochnothpeinlich ihn zum Halsgerichte führt, ist keinesweges jenes schwärmerische Amt sittlicher Gerechtigkeit, sondern die Nothwendigkeit des Staats, also auf eine nur verständige Weise die Vernunft selbst. Auch die Gesetzgebung hat es keinesweges auf jene in der Allgemeinheit einer Regel noch weniger mögliche Ausgleichung der Unsittlichkeit mit der Strafe abzusehn, sondern ihr leitender Gedanke ist, dass je größer und sichrer der Vortheil, der durch ein Verbrechen erlangt werden kann, und je größer die Verletzung desjenigen ist, an welchem das Verbrechen vollzogen wird, desto größer die Strafe sei. Das Erste, damit der sichere Nachtheil den höchstmöglichen Vortheil überwiege, das Andre, damit durch die Furchtbarkeit der gedrohten Strafe die wichtigsten Güter der Menschen vor Verletzung um so sicherer sein. Daher ist z. B. in England die höchste Strafe auf Banknotenverfälschung gesetzt, weil das Verbrechen leicht und lockend ist durch unermesslichen Gewinn, daher steht in der zweiten Hinsicht dieselbe Strafe

überall auf Mord und Brand, wenn gleich der Erstere um eines geringen Vorthells willen, der Andere oft nur aus Neid oder Rachsucht vollzogen wird, weil durch diese Verbrechen unersetzliche Verletzung geschieht oder gedroht wird. Daher ist Hochverrath das grösste Verbrechen, dessen Absicht schon im fernsten Versuche, denn nach einer beglückten Vollziehung fänd' es keinen Richter mehr, mit dem Tode gestraft wird ²⁹⁾, weil es das höchste Gut der Nation, den Staat selbst, aller äussern Güter Grund, angreift, so dass die höchste Strafe nothwendig, daher auch rechtmässig ist, obschon die Geschichte gern anerkennt, dass Männer, welche um keinen Preis einen Freund, noch sonst etwas der Menschheit Heiliges verrathen hätten, als Hochverräther starben unter Henkers Hand, welche, wären sie glücklich gewesen, als Wohlthäter ihres Volkes verehrt worden wären. Bei dieser rein politischen Vertheilung der Strafen kann sich derjenige, den sie treffen, um so weniger über Unrecht beklagen, da die Gesetze fest und bekannt sind, so dass jeder, der ein Verbrechen begeht, die nothwendige Folge desselben in Rechnung bringt, oder wenn nicht, durch eigne Schuld. Daher auch diejenigen, auf welche dieser geistige Zwang nicht einwirken konnte, d. h. Kinder, Wahnsinnige u. dergl. als Unzurechnungsfähige der gesetzlichen Strafe nicht unterliegen, sondern blos wie andre Naturgewalten durch leiblichen Zwang für die Zukunft unschädlich gemacht werden. Doch hat die Strafgesetzgebung dafür zu sorgen, dass sie der Bildung des Volkes angemessen sei ³⁰⁾, theils damit durch diese Angemessenheit der geistige Zwang mit höchster Wahr-

scheinlichkeit erreicht werde, (denn ein solcher wird bezweckt, nicht ein physischer, dessen Unausführbarkeit eine neuere Gesetzgebung dargethan hat) theils damit, was unsittlich wäre an sich, auch die dem Gesetze Verfallnen nicht mehr, als Noth ist, gepeinigt werden, denn nur so weit sie nothwendig, ist die Strafe gerecht. So braucht ein rohes Volk, das unbekannt mit den Annehmlichkeiten des Lebens, wenig macht aus Eigenthum, und gewohnt an Schlachten, wenig aus dem Leben selbst, grausame Todesstrafen und Leibeigenschaft, während ein höher gebildetes Volk von dieser Grausamkeit gekränkt dem Verbrecher ein unheilvolles Mitleid schenken würde. Daher müssen Gesetzgebungen veränderlich sein, die Gerechtigkeit ist ewig und unveränderlich. Die Sittlichkeit einer Gesetzgebung aber, da jede That des Einzelnen wie des Staates eine sittliche sein soll, besteht vorzüglich darin, dass die Sittlichkeit der Nation durch dieselbe mehr befördert als gekränkt werde. Sie wird gekränkt allemal, wenn das Gesetz des Staats mit dem des Gewissens in Gegensatz tritt, z. B. durch Gesetze gegen den religiösen Glauben und dessen freie Uebung, denn in solchem Falle muss der Gläubige entweder eine Gewissenspflicht unterlassen oder verläugnen, und wird dadurch unmittelbar zur unsittlichen Handlung veranlasst, oder er lehnt sich gegen das Gesetz auf, und verliert dadurch die Ehrfurcht vor den Gesetzen überhaupt. So war das Gesetz der römischen Kaiser unsittlich, durch welches, gegen die fromme Sitte der Vorfahren, gestattet wurde, Hausgenossen peinlich um Zeugniß gegen den Hausherrn zu befragen, denn die Treue des Familienle-

bens wurde dadurch gestört, welche durch das besonders in Baiern gültige Gesetz, dass Aeltern, Kinder und Geschwister niemals zum Zeugnisse gegen einander in peinlichen Sachen aufgefordert werden können, mit dem zartesten Gefühle geehrt wird. Es früge sich sogar, ob das Englische Gesetz nicht unsittlich sei, welches jedem Räuber, der einen Mitschuldigen verräth, das Leben zusichert, so wie das Württembergische von 1810, welches einen Inquisiten, der seine Mitschuldigen zu nennen verweigert, durch eine subtile Kerkertortur zu zwingen gebietet; denn beide Gesetze fordern einen Verrath, dessen Unsittlichkeit durch allen politischen Vortheil nicht aufgewogen wird, und namentlich das letztere bringt den Richter in eine Lage, in welcher er pflichtgemäss mit moralischen Trugschlüssen von Bürgerpflicht das Herz des Angeklagten und mit allen erdenkbaren Schrecken des Kerkers seine Sinnlichkeit bestürmen muss ³¹), während er sich doch im Innern gezwungen fühlt, eine Treue zu achten, die eines besseren Gegenstandes werth wäre. Diese Unsittlichkeit wird zugleich unpolitisch, wenn das Gesetz eine Strafe verordnet, die nur durch das ganze Volk vollzogen werden kann, und nur vollzogen werden könnte durch die Verkehrtheit eines sittlichen Urtheils. In solchem Falle leidet entweder die Ehrfurcht vor den Gesetzen oder unmittelbar die Sittlichkeit selbst.

Wie das minder Zweckmässige einer Gesetzgebung fast allezeit erst durch einzelne Fälle, in denen das Missverhältniss zur bestimmten Anschauung kommt, erkannt werden: so ergab sich ein in dieser Beziehung vielleicht zu erwägender Fall unlängst, als in einigen Staaten

die wegen Theilnahme an einer hochverrätherischen Verbindung verhafteten jungen Männer theils zu Festungsstrafe mit angemessener Beschäftigung, theils zu Zuchthausstrafe verurtheilt wurden. Man erzählt zwar, dass diese Festungsarbeit, denn die letztere Strafe ist, so viel uns bekannt, noch nirgends rechtskräftig geworden, so gleich mit der Billigkeit angekündigt worden sei, dass sie in Fortsetzung der Studien oder in beliebigen schriftstellerischen Arbeiten bestehen könne; indess ist hier nicht von der Sache, sondern von dem Begriffe die Rede, nach welchem die Vollziehung einer solchen Strafe die bürgerliche Ehre verletzt und gesetzlich den geringeren Grad der Anrühigkeit hervorbringt. Hiervon abgesehn, wiefern das Verbrechen als Hochverrath bezeichnet wird, scheint die Dauer der ausgesprochenen Freiheitsstrafen höchst gemässigt, und es müssen ausserordentliche, rechtliche Milderungsgründe statt gefunden haben, dass nicht einmal in erster Instanz irgendwo auf die gewöhnliche Todesstrafe erkannt worden ist. Noch ausserordentlicher scheint, dass in einem Staate sämtliche Verhaftete mit einigen Monaten der mildesten Haft bestraft, in einem andern völlig von der Instanz freigesprochen und nur mit einigen polizeilichen Massregeln auf Jahresfrist belegt worden sind. Ueberhaupt ein glänzendes Beispiel von Unmündigkeit der öffentlichen Meinung in Deutschland, dass seit mehr als zwei Jahren in allen Staaten des deutschen Bundes eine grose Anzahl junger, meist in ihrer Umgebung bisher hochgeachteter Diener des Staats oder der Kirche verhaftet wurden, und die öffentlichen Blätter davon wenig mehr enthielten, als die Anzeige der Ver-

haftung und die aus den Regierungsblättern abgedruckte Anzeige des gefällten Urthels. Es war natürlich, dass bei diesem ängstlichen Schweigen, aus dessen dunkler Umwölkung nur zuweilen jene Blitze zuckten, zwei gleich excentrische Partheien sich bildeten, davon die eine beabsichtigten Fürstenmordes und der schwärzesten Verbrechen die Verhafteten beschuldigte, die andre Märtyrer der öffentlichen Wohlfahrt oder doch Opfer des ungerechten Verdachtes in ihnen beklagte, und auch die Besonnenen, welche ihr Urtheil zurückhielten, doch ein allgemeines Misstrauen und Befürchten nicht zurückhalten konnten, wodurch jene allgemeine Versöhnung verzögert wurde, deren unser öffentliches Leben so sehr bedarf, um in gemeinsamer Kraft und in gegenseitigem Vertrauen alte Wunden zu heilen. Dieses Schweigen, während in England auch der gewöhnlichste Staatsverbrecher ein vielfach und gründlich beurtheilter Gegenstand des öffentlichen Interesse ist, geht allerdings zum Theil aus unsrer heimlichen Gerichtsverfassung hervor, aber nachdem in mehreren Staaten die Acten geschlossen, die Urtheil gesprochen sind, selbst die Entscheidungsgründe und Staatsreferate handschriftlich herumgegeben werden: so bleibt unbegreiflich, warum immer noch die öffentliche Aufklärung über einen der ganzen Nation wichtigen Gegenstand zurückgehalten wird. Eine gründliche Darstellung könnte offenbar nur von den Regierungen ausgehen, da diese jedoch in dieser Sache gewissermassen Parthei sind, so würden die auf diese thatsächliche Darstellung gegründeten Beurtheilungen der nicht ministeriellen Blätter erst das volle Vertrauen der öffentlichen Meinung gewinnen.

Diess jedoch wird durch die allgemeine Milde der Urtheil im Verhältnisse zur Klasse des Verbrechens, noch mehr durch das auch in unserm Cirkel bekannte Hauptreferat des Gerichtshofes, der bisher am strengsten gesprochen hat, schon jetzt unläugbar, dass die Verhafteten nicht gemeine Verbrecher, sondern gutmüthige Schwärmer waren, welche begeistert von einer einseitig aufgefassten Idee öffentlicher Freiheit und Vaterlandsliebe, ohne Kenntniss der Wirklichkeit und ihrer ernsten Forderungen, vielleicht auch gereizt durch die Sophismen einer gefährlichen Philosophie sich selbst verführten, vielleicht auch als getäuschte Werkzeuge geheimer und wahrhaft verbrecherischer Absichten verführt wurden, so dass die Bewegungen eines ganzen Zeitalters in ihre jugendlichen Herzen nur am tiefsten eingriffen, und Gefühle, deren Schuld die Zeitgenossen gemeinsam tragen, hier zur verbrecherischen Gesinnung wurden; denn von einer That oder ihrem unmittelbaren Beschlusse ist noch nichts verlautet. So billig nun ist, wenn dieses nicht anders sich verhält, dass diese jungen Schwärmer ihren Irrthum büssen, und einige Jahre auf der Festung werden hinreichen, sie zur Besonnenheit zu bringen, denn wir sind keinesweges gesonnen, das gemeine Wesen ungestraft durch Schwärmer verwirren zu lassen: so unangemessen scheint doch jede Strafe, welche störend auf ihr ganzes Leben einwirken, und sie verhindern würde, durch die Treue künftiger Dienste eine jugendliche Unbesonnenheit wieder gut zu machen, wenn ihre bürgerliche Ehre mit irgend einem Makel behaftet würde. Der Spruch des Gesetzes darf niemals die bürgerliche Ehre verletzen, wenn nicht

das Gewissen des Schuldigen die Verletzung der inneren Ehre ausgesprochen hat, und eben desshalb die öffentliche Meinung bereit ist, den Ausspruch des Richters zu vollziehen ³²). Gewiss! der Versuch einer Staatsumwälzung, wenn er, wie gewöhnlich geschieht, hervorgeht aus Ehrgeiz oder Verzweiflung der Privatverhältnisse, also aus Selbstsucht das gemeine Wohl zu verwirren trachtet, verletzt diese innere Ehre, sei er auch so glücklich als CAESAR'S Gang über den Rubicon. Dagegen diejenigen, an deren Verstande man zu zweifeln einige Ursache hat, an der Reinheit ihres Willens keine, denn es scheint die Liebe einer Idee, Selbstaufopferung allenfalls mit etwas Selbstgefälligkeit versetzt, sie verführt zu haben, zwar, wenn der Thatbestand des bezeichneten Verbrechens vollkommen vorhanden ist, (worüber das Publikum noch nicht urtheilen kann) und wenn die traurige Nothwendigkeit es forderte, auf das Blutgerüst geliefert werden konnten, aber mit jeder ehrenrührigen Strafe verschont bleiben mussten. Denn durch eine solche wären die Schuldigen im Bewusstsein treu bewahrter Ehre als durch ein offenes Unrecht nur verhärtet worden gegen die Anerkennung der Gerechtigkeit des ganzen Verfahrens, die Nation aber, welche ohnediess geneigt ist, jene als Märtyrer zu bemitleiden, würde durch solchen offenbaren Widerspruch eingenommen werden wider die gewiss nicht unbilligen Massregeln der Regierungen in dieser Sache. Daher ist auch unmöglich, diese Ehrenstrafen zu vollziehen, von denen allerdings wahrscheinlich wäre, dass sie jene Schwärmer am empfindlichsten treffen, und mögliche Nachfolger am sichersten abschrecken würden, denn die öffentliche

Meinung, durch welche die Vollziehung allein bewirkt werden kann, würde sie verweigern, denn Schmach um einer Idee willen wird nothwendig zum Ruhme. Wiefern die Gesetzgebung nicht einen Fall berücksichtigen konnte, der mit hoher Eigenthümlichkeit aus der Eigenthümlichkeit unsrer Zeit hervorging, und die Richter durch jene gebunden waren, musste hier pflichtgemäss der freie Geist des Landesherrn eine Verwandlung der Strafe vermitteln, was, so weit uns bekannt ist, auch überall geschah.

Hinsichtlich der Begnadigung nämlich ist dieses Majestätsrecht vorzüglich bestimmt, die Fehler der Gesetzgebung, d. h. ihre Unangemessenheit zur Bildung der Nation und zum Strafzwecke überhaupt, wie sie klar werden im einzelnen Falle, sogleich zu verbessern. Was früher gesagt wurde über die Bedenklichkeit und Gefahr einer jeden Begnadigung, ist allerdings wahr, allein keineswegs, weil dem Souverän die übermenschliche Pflicht obläge, die sittliche Gerechtigkeit selbst zu vertreten, sondern einzig aus dieser Ursache, welche in dem trügerischen Gewebe jenes Raisonnements nur so nebenbei angeführt wurde, damit das Falsche durch das Wahre seine Blöse deckte, weil die geistige Gewalt der Gesetze darin besteht, dass sie unfehlbar hereinbrechen, wie das Schicksal, daher eine einzige willkürlich vertheilte Begnadigung zehn Verbrechen zu verantworten hat, welche in der Hoffnung auf ein gleiches Reich der Gnade verübt werden. Der Fürst mag daher immerhin von allen Gefühlen menschlichen Mitleides bewegt werden (was oben gleichfalls zugestanden wurde, sogar dass der Verbrecher auf diese Gefühle ein Recht habe, jedoch im innern Widerspruche,

denn die geforderte Idee der Gerechtigkeit kennt nicht diess Mitleid einer zitternden Hand und gefühlvollen Phantasie); allein er hat zu erwägen, ob nicht durch eine ganze oder theilweise Begnadigung die Kraft der Gesetze untergraben werde. Diesem Ansehn der Gesetze, als der Grundveste des Staates, opferten BRUTUS und MANLIUS ihre Söhne als Bürger, und beweinten sie als Väter. Ein milder Fürst wird daher seinem Herzen nur folgen können, wenn solche Milderungsgründe vorhanden sind, und von der öffentlichen Meinung mit solcher Allgemeinheit anerkannt werden, dass nicht leicht ein künftiger Verbrecher die Hoffnung seiner Straflosigkeit auf diesen Fall gründen kann. Selbst dem einstimmigen Rufen der öffentlichen Meinung um Gnade muss ein weiser Fürst öfters die Unerbittlichkeit seines Willens entgegensetzen, besonders wenn gewisse Lieblingssünden einer Nation ausgerottet werden sollen. So setzt der italienische Meuchelmord aus Eifersucht meist einen geringen Grad von Unsittlichkeit voraus, und jeder Italiener ist geneigt, einen solchen Mörder zu entschuldigen und durchzuhelfen. Dennoch sollte grade dieses Verbrechen, wenigstens mit zehn Jahren Galeere, unerbittlich bestraft werden, wenn jemals das Leben gesichert und ein Schandfleck dieses schönen Landes abgethan werden soll; das unfehlbare Eintreffen der Strafe nur einige Jahre hindurch würde das Verbrechen immer seltner machen, wie die Strenge des französischen Gouvernements bewies. So geschah's in den letzten Kriegsjahren, dass ein französischer General in einer belagerten Festung die von den Einwohnern begünstigte Desertion seiner deutschen Truppen nicht anders zu hin-

tertreiben wusste, als durch Androhung der Todesstrafe für jede Begünstigung dieser Art. Ein lebenswürdiges Mädchen wurde überwiesen, durch entlehnte Kleider ihrem Geliebten zur Flucht behülflich gewesen zu sein. Bürger und Militär baten einstimmig um Gnade, den alten Krieger, als sie anschlagen mussten auf die schöne Gestalt, standen die Thränen in den Augen; es war keine Grausamkeit, dass sie erschossen wurde. So konnte zwar ein Lastträger kaum das gewichtige Pergament voll Unterschriften derjenigen forttragen, die sich für die Begnadigung des wegen eines falschen Wechsels im vorigen Jahrhunderte zum Galgen verurtheilten, berühmten Kanzelredners, Dr. DODD, verwendeten, dennoch liess der gnadenreiche GEORG auf den Rath seiner Minister die Todesstrafe vollziehen, damit niemand für ein häufig vorkommendes, verführerisches und einen Handelsstaat zerrüttendes Verbrechen Verzeihung hoffen könne, wenn für einen durch Talente und vormalige Verdienste so ausgezeichneten Mann sich vergeblich so viele verwendeten. Eines Königs Herz ist der Staat, und der wäre kein Fürst, dem Privattugenden gnügten ³³).

Diese Hauptrücksicht auf den Staat ist aber nicht mit der Abschreckungstheorie zu verwechseln, obschon diese der Wirkung nach in unserm Grundsatze aufgeht. Die Strafe wird keinesweges vollzogen, um als einzelne Strafe eine bestimmte psychologische Wirkung hervorzu- bringen, deren Eintreten nicht mit Gewissheit berechnet werden kann, sondern damit das Ansehn der Gesetze überhaupt, sonst leere Drohungen, Vogelscheuchen und Kinderspott, erhalten werde. Auch der Hinzurichtende

stirbt nicht als bloßes Mittel zur Abschreckung andrer, sondern die Nothwendigkeit des Staates, also die Vernunft selbst fordert seinen Tod, er stirbt für eine Idee, und zwischen ihm und einem Märtyrer ist einzig der Unterschied, dass dieser schuldlos und frei sich opfert, jener wegen einer Schuld geopfert wird. Endlich erhält auch die Prävention ihre Bedeutung, zuvorkommen soll die Strafe allerdings künftigen Verbrechen, aber nicht nach einer unbestimmbaren und daher unbeschränkten Einwirkung auf einen bestimmten Willen, sondern nach einer bestimmten und beschränkten Einwirkung auf das menschliche Gemüth überhaupt.

Das tausendjährige Herkommen der Todesstrafe — ohne weitere Verständigung über ihre Rechtmässigkeit, denn es ist Gerichtsbrauch, dass für Recht gehalten werde, was irgend einmal geschah durch einen angesehenen Rechtsgelehrten, wenn es gleich nie hätte geschehen sollen — wurde mit folgenden Gründen angegriffen und vertheidigt ³⁴).

1) Niemand hat das Recht, sich selbst zu ermorden, er kann daher dieses Recht auch nicht dem Staate übertragen.

Es hat aber jeder nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sein Leben an die Verwirklichung der Vernunft zu wetten und zu wagen. Da nun der Staat als eine solche gefordert wird und eine solche ist, so hat jeder Bürger dem Staate sein Leben zu verschreiben, das dieser von ihm fordern kann auf dem Schlachtfelde wie auf dem Blutgerüste ³⁵).

2) In der That hat auch niemand dem Staate diess Recht zugestanden, denn da jeder nur in denselben eintritt, um seine Güter zu sichern durch ein möglichst kleines Opfer derselben, so wäre der höchste Unverstand, die Aufopferung des Höchsten aller Güter mit einzubringen.

Angenommen diese niedrige Ansicht des Staates, als einer bloßen Assecuranzanstalt, so wird doch jeder Verständige einwilligen, dass ihm das Leben geraubt werde, wenn er selbst Angriffe auf das Leben eines andern thue, wiefern durch dieses Gesetz, dass nur zu seinem Vortheile gereichen kann, da der Nachtheil ihn nur durch eigene Schuld treffen könnte, sein höchstes Gut am sichersten geschützt wird ³⁶),

3) Der Massstab der Gerechtigkeit einer Strafe d. h. ihres Ebenmasses mit dem Verbrechen ist der zur Abhaltung des Verbrechens hinreichende Grund des Leides. Nun gibt es mindere Strafen als Todesstrafen, die Grade des Leides genug besitzen, um auch von den schwersten Verbrechen abzuhalten, eine höhere Strafe ist also ungerecht.

Im Vordersatze ist zugestanden, dass Todesstrafe die höhere, also zur Abhaltung des Verbrechens wirksamste Strafe sei. Indem nun erfahrungsgemäss nicht einmal die höchste Strafe zureicht zur gänzlichen Abhaltung des höchsten Verbrechens: so würde der Gesetzgeber nicht verantworten können, wenn er demselben einen noch unwirksamen Grad der Strafe entgegensetze.

4) „Es scheint mir eine Ungereimtheit, dass die Gesetze, die der Ausdruck des allgemeinen Willens sind, der Menschenmord verabscheut und straft, selbst Men-

schenmord begehn, und sogar einen öffentlichen Todtschlag anbefehlen, um die Bürger vom Morde abzuschrecken. — Wenn die Leidenschaften und die Nothwendigkeit Menschenblut zu vergiessen gelehrt haben, so sollen doch die Gesetze, die den Menschen Milde und Sanftmuth einzuflössen bestimmt sind, nie die Beispiele von Barbarei vermehren, die einen desto unseligern Einfluss haben, mit jemehr Eifer und Gepränge der gesetzmässige Tod vollzogen wird. — Welche Meinung hegt der Mensch von Natur über die Todesstrafe? Wir können sie aus dem Unwillen und der Verachtung abnehmen, womit jedermann den Henker betrachtet, der doch ganz unschuldig ein Vollzieher des allgemeinen Willens, ein eben so nothwendiges Werkzeug zur öffentlichen Sicherheit im Innern ist, als die braven Soldaten, die den Staat gegen äussere Angriffe vertheidigen 37).“

Diese gefühlvollen Declamationen des Humanisten BECCARIA bezeichnen allerdings den angeborenen Abscheu des Menschen wider das Blutvergiessen seines Gleichen, allein man erwäge, dass dieser ächt menschliche Abscheu sich eben dadurch am vollständigsten ausdrückt, dass desjenigen Blut, der unschuldiges Blut vergossen hat, unabwendbar vergossen werde, obschon natürlich ist, dass in die vernünftige Billigung dieses Vergiessens des schuldigen Blutes, jener angeborne Abscheu gleichfalls als sinnliches Gefühl eintritt, daher Hinrichtungen stets mit einem gemischten Gefühle betrachtet werden, in welchem jedoch als in einem Vernunftwesen die vernünftige Billigung überwiegen soll.

Nach der Zurückweisung dieser Angriffe kam den Vertheidigern der Todesstrafe zu, ihre Rechtmässigkeit zu erweisen.

a) Das sittliche Gefühl eines jeden Menschen fordert eines Mörders Tod.

Es ist entweder nur ein sinnliches Gefühl, das um Blutrache schreit, oder ein sittlicher Irrthum, der sich einbildet, der Mensch sei zum Vollstrecker göttlicher Gerechtigkeit bestellt; in Beurtheilung der Grundsätze des Criminalrechts ist die Unzulässigkeit von beiden dargethan.

b) Der Mensch hat im Naturzustande das Recht, jeden, der sein Leben bedroht, zu tödten, der Mörder hat demnach sein eignes Recht auf das Leben verloren, und der Staat, der an die Stelle des Ermordeten tritt, das Urtheil zu vollziehen.

Im Naturzustande, der auch überall im Staate eintritt, wohin die schützende Gewalt desselben nicht reicht, ist gar nicht von einem Rechte, sondern von bloser Nothwehr die Rede, welche aufhört im Augenblicke, da der mörderisch Angefallne seinen Gegner entwaffnet hat, in welchem wehrlosen Zustande ihn noch zu tödten, eine blose Rache sein würde. Dieser wehrlose Zustand tritt ein, sobald der Staat den Mörder verhaftet hat, er könnte demnach nur als Bluträcher seinen Tod fordern.

c) Der Verbrecher thut nichts anders, als ein feindliches Heer. Niemand zweifelt am Rechte des Staates, diesem eine Schlacht zu liefern und die feindlichen Krieger zu tödten.

Einen wehrlosen und unschädlichen Gefangenen zu tödten, ist nicht nur gegen das Völkerrecht, gegen das Vernunftrecht überhaupt. Im Zustande der Bewaffnung war das obige Verhältniss der Nothwehr vorhanden, und hat aufgehört mit der Entwaffnung.

d) Der Mörder hat fremdes Leben nicht geachtet, darum soll auch das seine nicht geachtet werden, er hat die Grundbedingung des Staates verletzt, darum soll sie auch in ihm verletzt werden, man muss ihn niedermachen wie ein Raubthier.

Es fragt sich nur, ob der Mörder recht daran that, wenn aber nicht, so thut der Staat übel daran, seinem Beispiele zu folgen und ein Mörder zu werden, weil jener einer war. Zu Grunde liegen dieser Beweisführung eigentlich die Gedanken von Rache und sittlicher Vergeltung.

e) Nach vorhergegangener Androhung geschieht keinem ein Unrecht durch die Todesstrafe, da er wusste, was er durch sein Verbrechen zu erwarten hatte.

Ist nur Hinausschiebung des Streitpunktes, denn das Recht dieser Androhung, von welchem das der Vollziehung abhängt, wäre zu erweisen.

f) Die höchsten Güter des Menschen müssen durch die höchste auf ihre Verletzung gesetzte Strafe geschützt werden, diese ist der Tod, denn die Liebe zum Leben ist die gemeinste und heftigste Leidenschaft des Menschen. Man lasse die Verbrecher wählen zwischen Tod und ewigem Gefängnisse, und nach der grösten Anzahl beurtheile man, welche Strafe die furchtbarste sei. Der Druck des Elendes, in welchem die meisten Verbrechen begangen

werden, ist so gros, dass für die Armuth das Zuchthaus zum Versorgungshause wird. Es giebt noch heute viele Arme, die sich ihres Unterhaltes wegen von Jahr zu Jahr auf die Galeere verkaufen ³⁸). Auch der Verlust der Freiheit ist wenig schreckend für den Unglücklichen, dem zwar die Welt offen steht, aber Armuth und Elend überall gewiss ist. Die Idee der Freiheit an sich erwärmt nur edle Herzen in dem Masse, dass ihre Entbehrung furchtbares Leiden ist. Dazu kommt, dass nur vor dem Blutgerüste die Aufschrift steht: Lass die Hoffnung hinter dir! Auch in ewiges Gefängniss nimmt der Verbrecher seine Hoffnungen mit; Bitten der Seinigen, List, Gewalt, Regierungswechsel, Ereignisse öffentlicher Freude, Krieg, Revolution, tausend Zufälle können seine Ketten lösen. Diese Hoffnungen entkräften die schreckende Gewalt des Gesetzes, daher für die furchtbarsten Verbrechen die Todesstrafe unverbrüchlich sein muss, deren sicher treffendes Schwert als Schreckbild der Phantasie allein noch mächtig ist in den Augenblicken blutgieriger Leidenschaft.

Der obige Beweis betrifft zwar nicht die Rechtmässigkeit, sondern die Nothwendigkeit der Todesstrafe, da jedoch diese nach dem angenommenen Grundsatz des Criminalrechts vollkommen entscheidet, so ist einzugehn auf diese psychologische Untersuchung, bei welcher jedoch, da von äusserer Einwirkung auf menschliche Freiheit die Rede ist, nur die Wahrscheinlichkeit einer bestimmten Gegenwirkung dargethan werden kann. Es mag daher zugestanden werden, dass die Androhung des Todes bei einigen Characteren und in einigen Verhältnissen wirksamer sein könne, als Zuchthausstrafe, obschon diese

in den meisten Fällen, so weit sie nach Wahrscheinlichkeit sich berechnen lassen, dieselbe oder eine noch größere Macht übt auf die Gemüther. Vorerst möchte die Sonderbarkeit fast erklärt werden, wie man jemals auf Todesstrafen fallen oder sie fürchten konnte, wäre es nicht durch Rache oder in der Nothwehr geschehen, da doch der Stab seit ADAM's Aepfelschmause über die ganze Menschheit gebrochen ist, da die Richter, welche mit wichtigen Mienen über eine Todessache urtheilen, doch sämmtlich zum Tode verurtheilt sind seit dem Tage ihrer Geburt, und nur davon gehandelt werden kann, ob die Vollziehung des Urthels beschleunigt oder vertagt werden solle; wie ferner komme, dass der Mensch den Tod gesetzt habe auf die höchsten Verbrechen im wunderlichen Widerspruche mit der Natur, welche auf einen in der Hitze getrunkenen Schluck Quellwasser, auf den unschuldigen Genuss einer Pflanze, obschon sie kein Paradiesapfel ist, oder weniger Tropfen Blausäure ihr Todesurtheil gesetzt hat, und sich nur selten durch die Kunst der Defensoren und durch die Kraft der Appellationen zu einem mildern Spruche bewegen lässt. Dass sich dennoch der Mensch so entsetzlich vor dem nahen Tode fürchtet, ist nur aus der Feigheit seiner Natur erklärbar, welche blos durch die Folter und Kerkerluft der Krankheit mit dem Gedanken der Auflösung sich befreundet, daher der plötzliche Uebergang von blühender Gesundheit zur irdischen Vernichtung allerdings für die Phantasie etwas Furchtbares hat, obschon selten der Tod eines Frommen körperlich so schmerzlos sein mag, als der eines Geköpften oder Gehängten. Wenn aber irgend der Mensch

sich etwas ermannt, entweder in geistiger Erhabenheit, oder in blos sinnlichem Muth, so kümmert er sich wenig drum, ob der Tod ihn treffe am Morgen oder am Abende seines Lebens. SOCRATES empfiehlt in seinem Testamente, dem Gotte der Genesung einen Hahn zu opfern, und der rohe Soldat stürzt unerschüttert den offenen Schlünden einer Batterie entgegen, und sein Offizier wechselt wegen eines erbärmlichen Vorurtheils Kugeln über das Schnupftuch. Zum Morde gehört ein gewaltthätiger Sinn, der Blut sehen und Pulver riechen kann, der Muth eines solchen wird weniger geschreckt werden durch die Drohung eines einzigen blutigen Tages im unglücklichsten Falle, als durch die unabsehbare Aussicht des Elendes der Knechtschaft. Die obige Beweisführung musste sich auf solche Unglückliche beschränken, deren zum Verbrechen treibende Noth so ungeheuer ist, dass sie das Zuchthaus nicht zu fürchten brauchen. Allein ist diesem elenden Leben der Tod so besonders zu fürchten? Der Gemsenjäger der Schweiz, der Wildheuer in Tyrol, der Vogelfsteller in Island wagen täglich ihr Leben um geringen Gewinn, warum soll derjenige, der durch einen Raubmord sich und die Seinen aus der Noth reißen kann, nicht gleichfalls es wagen, wenn weiter nichts ihn schreckt, auf eine Lebensgefahr, denn mehr gilt's doch nicht, da die Hoffnung allezeit die Unthat begleitet, dass Dunkelheit sie bedecken werde. Wer seine Blösse nicht decken, seine erstarrten Glieder nicht wärmen, seine nach Brot schreienden Kinder nicht sättigen kann, wer sein krankes Weib hilflos muss verschmachten lassen, für den, wenn das Gefühl seines Elendes ihn treibt bis zu Raub und

Mord, hat der Tod seine Schrecken verloren, er nimmt nur die unerträgliche Last von ihm. Die Bemerkung, dass überhaupt Armuth die Mutter der Verbrechen sei, hätte einestheils die Meinung der am Verbrecher zu rächenden Gerechtigkeit längst widerlegen sollen, denn war es seine Schuld, dass er nicht geboren wurde unter den Glücklichen? anderntheils eine bessere Criminaljustiz, als durch Galgen und Rad, durch Beglückung und Aufklärung des niedergedrückten Volkes einführen sollen.

Es ist wahr, das Elend einiger Menschen war gros genug, dass sie sich auf die Galeeren verkauften. Aber wie viel Hunderte in jedem Lande, so dass dieselbe Zahl mit geringen Schwankungen alljährlich wiederkehrt, werden nicht zum Selbstmorde getrieben durch Verzweiflung! für diese also ist vielmehr das Leben ein Uebel. Da nun so viele sind, welche ihren Tod beschleunigen ³⁹), so dass ihr eine Strafe auf Selbstmord setzen musstet, und selbst noch gegen die Leichname der Unglückseligen wüthet; da noch weit mehr sind, Heiden und Christen, Fromme und Gottlose, welche den Tod herbeiwünschen, oder doch ruhig erwarten; aber unter allen Menschen wahrscheinlich nicht einer ist, der sich freiwillig oder gern zu zehnjähriger Zuchthausstrafe bequemt hätte: mit welcher Stirn mögt ihr noch sagen, dass ein Blutgerüst im allgemeinen sichrer schrecke vor dem Verbrechen als ein Zuchthaus! Was andre betrifft, die durch die Vollziehung eines Straffalles geschreckt werden sollen, so können sie ohnedem nicht in besondere Betrachtung kommen, allein wenn man erwägt, dass eine Hinrichtung für die Menge ein Schauspiel, für die andern Gegenstand ei-

nes mit Unwillen vermischten Mitleides ist, so wird auch in dieser Hinsicht der zu vieljährigen öffentlichen Arbeiten verurtheilte Verbrecher ein weit eindringlicher warnendes Schreckbild vorstellen ⁴⁰). Es ist möglich, dass bei gegebner Wahl die Mehrzahl der Verbrecher selbst ewiges Gefängniss vorziehen würde, obschon Beispiele nicht fehlen, dass viele, der Untersuchungshaft müde, den Tod als eine Lösung ihrer Ketten ersehnten, das Schwert als ein Alexandersschwert dieser furchtbaren Verwicklung. Aber jene Mehrzahl schreibt sich nur her von der Scheu vor gewaltsamen Massregeln, zu welchen sich, so lange die Wahl bei ihm steht, der gemeine Mensch kein Herz fassen kann; wollt ihr aber weiter fragen nach den Seufzern einer ewigen Knechtschaft, nach den Verwünschungen der Geburtsstunde, nach allen Stunden der Fühllosigkeit und der Verzweiflung: so würdet ihr eine selten unterbrochene, qualvolle Reue finden über jene Wahl. Uebrigens war der Schöpfer nicht so grausam, als ihr meint, dass er der menschlichen Natur irgend jemals noch den Athem ohne die Hoffnung gegeben hätte, sie begleitet den Verbrecher als die treue Freundin auch auf's Blutgerüste, nämlich eine Hoffnuug, welche gröser ist, als die auf List, Gewalt, Krieg und Revolution. Nach der herkömmlichen Denkweise darf der Verbrecher, welcher den gewöhnlichen Unterricht des Geistlichen erhielt und in aufrichtiger Reue über sein Verbrechen sich mit der Kirche versöhnte, an seinem Seelenheile keinesweges verzweifeln, und man muss gestehen, dass in dieser Ansicht nach kurzem Todesschmerze ihn nähere und wahrscheinlichere Hoffnungen erwarten, als den Sträfling im Zuchthause nach

dem, im grausamen Spotte sogenannten, Willkommen. Durch diese Hoffnungen verlor öfters die Todesstrafe ihre schreckende Kraft, so dass mehr als einmal, zuletzt noch von FRIEDRICH II. die Begleitung der Geistlichen, als diese Hoffnung vorzüglich begünstigend, eine Zeitlang aufgehoben wurde. Diese Wahrscheinlichkeiten der Seelenkunde, an die Goldprobe der Wirklichkeit gehalten, werden durch dieselbe wenigstens nicht widerlegt. Nach DIODORUS SICULUS hob der König SABAKOS die Todesstrafen auf und verwendete die Missethäter zu öffentlichen Bauten. Aegypten war unter seiner Regierung ruhig. Die öffentliche Sicherheit verschwand unter SESOSTRIS, der, ein Eroberer, für das Leben seiner Unterthanen keine Achtung trug. Die TSCHÉON schafften in China die blutdürstigen Gesetze ab. Die Gefängnisse wurden 40 Jahre durch alljährlich leerer. Sie fassten die Menge der Uebelthäter kaum, als durch die TSIN die Todesstrafen zurückgebracht wurden. In Russland hat unter der Kaiserin ELISABETH eine Erfahrung von 20 Jahren gezeigt, dass die Nichtvollstreckung der Todesstrafen die Verbrechen nicht mehre ⁴¹⁾. Dagegen Englands Gesetzgebung, die gegen 200 Verbrechen in die Register des Todes schreibt, seit Jahrhunderten die Galgen bevölkert, ohne mit den unzähligen Menschenopfern die öffentliche Sicherheit einigermaßen zu erkaufen; zumal, was die unmittelbare Abschreckung betrifft, so ist bekannt, dass im Volksgedränge von Newgate gemeinlich mehr gestohlen wird, als die Stricke kosten zum nächsten Hängetag. Nach diesen allen möchte sich als die höchste die schreckende Kraft der Todesstrafe auf kein Gemüth sicher be-

rechnen lassen, es wäre denn auf das der Urthelsverfasser. Bei der Ungewissheit aller menschlichen Dinge ist die Möglichkeit, einen Unschuldigen zu verurtheilen, der finstre Punkt der Criminalwissenschaft, welche in ihrer Lichtseite als der über den Staat gebreitete Schild das Interesse so mächtig anregt, als Criminalrecht in den Höhen der Philosophie die Fackel zündet, um die Institutionen, welche zum Schirme der höchsten Güter die Weisheit und Erfahrung der Völker ersann, zu beleuchten, und in den kunstreichen Verschlingungen des Criminalprozesses alle Abgründe der menschlichen Natur durchforscht, alle Wunden des Geistes mit der Sonde durchsucht, und begeistert von der erhabnen Nothwendigkeit des Rechts mit den furchtbaren Schlingen der Zeugnisse und Schlüsse näher und näher den Beklagten umgarnt, der mit dem Scharfsinne der Todesangst das ungeheure Schachspiel um Freiheit und Dasein eingegangen ist, aus jeder Niederlage neuen Vertheidigungsplan entwickelt, bis jeder Ausweg ihm abgeschnitten ist und er niederstürzt schachmatt; endlich in der Defension, die Unschuld zu erretten oder auch der in ihrer Schuld achtungswerthen Menschheit nicht mehr widerfahren zu lassen, als ernste Nothwendigkeit fordert, alles aufbietet, was Geister überzeugen oder erschüttern, was im Himmel und auf Erden nur aufgerufen werden kann, um hülfreich an die Seite des Angeklagten zu treten. Es ist allezeit schrecklich, in den Formen des Rechts die Unschuld verurtheilt zu haben, und eine im Kerker verblühte Jugend, ein im Zuchthause gebrochenes Herz kann kein Wiedereinsetzungsedict (*restitutio criminalis in integrum*) wiederherstellen. Indess

So lang' des Lebens Quelle
 An der Lippen Rande schäumt,
 Ist der Schmerz hinweg geträumt,
 Weggespült in Lethes Welle!

Ehrenerklärung, Güterersatz, die theilnahmvolle Miene eines ganzen Volkes, das erlittenes Unrecht zu vergüten sucht, kann vieles wieder gut, manches von Thränen verdunkelte Auge wieder heiter machen: aber es muss schrecklich sein, wenn die nach Jahren offenbarte Unschuld durch nichts anerkannt werden kann, als durch Herausgraben der Knochen unter dem Hochgerichte und ihre feierliche Bestattung in geweihter Erde ⁴²). Die ersten Criminalisten erkennen den Grundsatz, dass verdamrende Urtheile auch durch ihre Vollziehung nicht rechtskräftig werden, dass die Rechte der Unschuld unverjährbar sind, daher die Nullitätsbeschwerde zu allen Zeiten geführt, auf Erneuerung des Processes bei Auffindung neuer Entschuldigungsgründe zu allen Zeiten angetragen, und diese Forderung, wenn sie abgewiesen wird wegen vermeinter Geringfügigkeit dieser neuen Gründe in erster Instanz, durch alle Instanzen rechtlich durchgeführt werden kann ⁴³): ist es nicht ein Widerspruch gegen diesen siegreichen Gedanken der Humanität, dass in furchtbarer Eile Strafen vollzogen werden, deren Rechtskraft durch des Richters Schwert mit blutigen, unauslöschlichen Buchstaben niedergeschrieben wird! Ohne die höchste Noth sollte ein Volk nicht die Gefahr einer Blutschuld auf sich nehmen. Dennoch ist sie bei Todesstrafen unvermeidlich, wie würdig auch der neuere Criminalprozess sich erhoben hat über den Leichtsinn des früheren Verfahrens. Zeugen können getäuscht sein und

täuschen, Anzeigen schlingt oft das Schicksal mit grässlicher Laune wider einen Unschuldigen zusammen; ganz Deutschland hat neulich in FONK's Sache das Beispiel einer solchen Verwicklung gesehen. Demnach scheint der Criminalbeweis einzig durch Ueberführung und Geständniss des Inquisiten Gewissheit zu erhalten. Allein es ist gegen die menschliche Natur, dass jemand durch sein eignes Zeugniss sich verderben sollte, wenn wir es daher für eine Reliquie der alten Barbarei ansehen müssen, wo das L ä u g n e n und L ü g e n ⁴⁴⁾ eines Verbrechers durch subtile Kerkertortur oder gar durch Schläge u. dergl. in seiner Hartnäckigkeit geprüft und geahndet wird: so begrüssen wir mit Achtung jenes gerichtliche Verfahren, in welchem dieses Geständniss gar nicht gefordert wird, sondern blos die Frage gestellt: womit Beklagter ein Zeugniss oder Indicium widerlegen könne. Daher muss zwar die Gewissenhaftigkeit des z. B. in Baiern gültigen Gesetzes gerühmt werden, nach welchem bei der grössten Vollständigkeit des Anzeigenbeweises ohne das Geständniss des Verbrechers eine Todesstrafe nicht vollzogen werden kann, denn dieses Gesetz hebt wenigstens tatsächlich die Todesstrafe auf, wiefern sie ohne Einwilligung des Verbrechers fast niemals vollzogen werden kann, aber abgesehn von diesem unsern Standpunkte müssen die Criminalisten allerdings als eine Inconsequenz tadeln ⁴⁵⁾, dass nach Aufhebung der Tortur das Geständniss noch als nothwendiger Bestandtheil des Beweises gefordert wird, da doch jedes Mittel dem Richter genommen ist, dieses als etwas unbedingt Freies zu erlangen, das Criminalrecht aber, durchaus auf Zwang gegründet, darf nicht in die

Lage kommen, in den wichtigsten Fällen etwas von der Freiheit des Beklagten erbitten zu müssen ⁴⁶). Demnach muss sich die Wissenschaft für den in den meisten deutschen Staaten üblichen Gerichtsbrauch erklären, den auch FRIEDRICH II. sogleich bei Aufhebung der Tortur für den nothwendigen erkannte ⁴⁷), wonach das Gewicht des Anzeigenbeweises, da im Falle des Mordes Zeugenbeweis fast niemals stattfindet, ausreichend ist zur Vollziehung der Todesstrafe, hiermit aber auch die Möglichkeit eines Mordes der Unschuld nahe. Diese aber ist auch nicht einmal völlig undenkbar in Fällen, wo das Urthel gegründet ist auf das Geständniss, und daher der Widerruf desselben selbst noch im hochnothpeinlichen Halsgerichte die Handlung aufhält und Einholung eines neuen Urthels veranlasst ⁴⁸). Lebensüberdruß, schwärmerische Selbstanklage, vor allen die lange Qual des Kerkers kann ein erlogenes Geständniss veranlassen, wie vormals die Tortur ⁴⁹). Daher wird selten ein Fall vorkommen, in welchem die Richter das Todesurtheil zwar sprechen nach der Vollständigkeit des criminellen Beweises, aber auch mit voller Zuversicht ausrufen könnten: Sein Blut komme über uns und unsre Kinder ⁵⁰)!

g) Das Laster ist ein inneres sittliches Uebel, mithin ein grösseres, als das äussere und physische, die Verstossung aus der Gesellschaft oder der Tod. Demnach ist besser, dass ein Verbrecher sterbe, als dass er ferner seiner Bestimmung zuwider handele und sich immer weiter davon entferne. Daher liegt der Gesellschaft die Verbindlichkeit ob, das Beste eines solchen Menschen, der sein

Bestes nicht selbst zu befördern weis, zu besorgen. — Oft erkannten auch Verbrecher diess an und verlangten im Bewusstsein ihrer Schuld nach dem Tode, um durch die Sühne der zeitlichen Strafe der ewigen zu entgehen.

Wir ziehen diesen Beweis als einen theologischen ⁵¹⁾ (nicht gleichbedeutend mit einem christlichen) mit besonderm Rechte vor unser Forum. Am Vordersatze ist fälschlich vorausgesetzt, dass der Verbrecher nothwendig immer tiefer sinken müsse mit gänzlicher Verläugnung der möglichen Besserung. Ohnedem werden die Lehrer des Staatsrechts lächeln über diese Verbindlichkeit des Staates, jemanden zur Beförderung seines Seelenheiles todt zu schlagen, welche naive Forderung an die Kuren des Doctor EISENBART erinnert. — Der andere Theil des Beweises als Nutzanwendung von uns nach Tradition beigefügt, ist allerdings geschichtlich, es geht aber ein solcher Wunsch des Verbrechers vom religiösen Vorurtheile aus, unterstützt durch die bekannte Trägheit unsrer Natur, welche sich leichter entschliesst zum Leiden als zum Thun, zur Sühne als zur Besserung ⁵²⁾. Einige Begünstigung kann eine solche Ansicht finden in der Gnugthuungslehre der katholischen Kirche, obschon auch diese für verzeihliche Sünden nur geringere Bussen, für Todtsünden auch des Sünders leiblichen Tod nicht genügend achtet, dagegen die protestantische Kirche, mit Ausnahme einer neuern theologischen Schule, welche von einer allgemein versöhnenden Kraft der Leiden wiederum spricht, diese Büssungen gänzlich verwirft, und mit dem einen versöhnenden Blute der Unschuld das schuldbeladne Blut des Verbrechers nicht zu vermischen denkt, sondern auch ihm durch

den ohne Herzensbesserung unmöglichen Glauben an jenen ein für allemal vollbrachten Versöhnungstod die Barmherzigkeit Gottes verheisst ⁵³).

Als Resultat dieser Untersuchung ergibt sich, dass die angeführten Gründe gegen die Rechtmässigkeit der Todesstrafe nicht vollgültig sind, noch weniger die Beweise für dieselbe, daher, weil von einer That des Staates die Rede ist, diese zwar nicht entschieden gemissbilligt werden könne, allezeit aber sehr bedenklich sei. Diesem Resultate nähert sich die jetzt gewissermassen öffentliche Meinung der gemässigten Criminalisten ⁵⁴), besonders der Practiker, wonach sie zwar die Gerechtigkeit der Todesstrafe zu beweisen nicht unternehmen, aber die politische Nothwendigkeit derselben behaupten. Indem wir selbst diese Nothwendigkeit des Staates als Grundgesetz des Criminalrechts verehren, und in der That auch ihrer Folgerung für Zulässigkeit der Todesstrafe zum Theil beistimmen, so wird eine Entwicklung dieses Satzes erfordert.

Diese Nothwendigkeit ist entweder eine absolute, nach welcher der Staat oder ein wesentlicher Bestandtheil desselben ohne eine gewisse Bedingung wo nicht unterginge doch in die Gefahr des Unterganges gerieth, oder eine relative d. h. blose Nützlichkeit, nach welcher der Staat durch eine gewisse Thatsache eine Unbequemlichkeit vermindert oder einen nicht grade nothwendigen Vortheil erlangt.

Die absolute Nothwendigkeit der Todesstrafe kann eintreten unter gewissen Verhältnissen gegen Staats- und Kriegsverbrechen.

Wir sagen nicht: Hochverrath verdient nothwendig den Tod. Denn, wie neulich gegen den Artikel des Vertrags mit Südamerika, dass Hochverräther gegenseitig ausgeliefert werden sollten ⁵⁵⁾, ein ministerieller Redner im Parliament sich ausdrückte: „Was ist nicht alles zu Hochverrath gemacht worden, und was wird nicht heut zu Tage noch dazu gestempelt!“ TACITUS liefert dazu den mit DRACO's Dinte ⁵⁶⁾ geschriebenen Commentar, und das Urthel über unsern Herrn Christus lautete auf Hochverrath. Auch SCHILLER's Ausruf wird noch oft gehört werden: „Ist denn Fastnachtsspiel ein Hochverrath?“ Sondern wir sagen: Es giebt Verhältnisse, unter denen der Staat einen Hochverräther tödten muss.

Wer eine uneingeschränkte Monarchie einführt und den BRUTUS nicht tödtet, wer eine Republik einführt und die Söhne des BRUTUS nicht hinrichtet, der wird sich nur kurze Zeit erhalten. Es giebt Partheihäupter, deren Einfluss über die Meere und Berge ihrer Verbannung, durch die Mauern ihres Kerkers dringend die Staatsgewalt bedrohen würde, Männer von so ausgezeichneter Kraft und Kühnheit, oder von so gegründeten Ansprüchen auf einen Thron, dass in ihrem Dasein schon die Stärke einer revolutionären Parthei gegründet ist, und nur der Gedanke an sie die Zuckungen des Staates erneuert. In solchen Fällen muss der Staat alles aufbieten, um ihre blutigen Häupter dem Volke zu zeigen und die verbrecherischen Hoffnungen zu vernichten. Von Strafe kann hier gar nicht die Rede sein, es ist möglich, dass ein herrlicher Jüngling bloß desshalb fallen muss unter des Henkers Beile, weil er der Sohn ist königlicher Ahnher-

ren, weil sein Thronrecht noch tiefer in des Volkes Herzen geschrieben steht, als die Gewalt der neuen Dynastie; desshalb ist in diesen Fällen der Schein eines gerichtlichen Verfahrens, mit dem wir den edlen CONRADIN, die lebenswürdige MARIA, den ritterlichen ENGHIEU hinrichten sehn, nur ein blutiger Hohn, der die Gemüther empört. Klugheit und Muth eines Staates fordern vielmehr in solchem Falle offen die Nothwendigkeit auszusprechen, mit welcher das Recht der Gewalt geübt wird, der Staat spricht damit sein unlängbares Recht aus, denn jede Regierung hat ein Recht zu bestehn, so lange sie kann, und ihre Gesetzmässigkeit der Gesetzlosigkeit vorzuziehn, durch welche eine neue Ordnung der Dinge erst geboren werden könnte. Die Form des Gerichtes ist daher, wenn irgend eine Form beachtet werden soll, Standrecht. Wenn diese Nothwehr eintrete, muss dem Ermessen des Staates so unbedingt überlassen bleiben, als für den Augenblick der Noth dem einzelnen Bürger. Ueber diesen wird nach hergestellter Sicherheit das Gericht beurtheilen, ob die Bedingungen der Nothwehr wirklich vorhanden waren, über jenen wird die Geschichte, meist seine eigne, als Schicksal zu Gerichte sitzen, denn nur in Lebensgefahr ist rathsam das Gegengift des Bürgerblutes anzuwenden, vergossen ohne dieselbe, ist zu fürchten, dass die Gefahr erst durch die gewaltsamen Mittel herbeigeführt werde, das Volk sich erbittre über den Tod vermeinter Volksfreunde, Bluträcher aufstehn ⁵⁷), das Leben im Preise falle. Als EGMONT auf dem Blutgerüste stand, als ALBA die Tausende seiner Schlachtopfer wählte, war noch keine Revolution in den Niederlanden, dadurch wurde sie. Ein wohlgegründeter

Staat, ein mit dem Volke gros gewachsenes Fürstenhaus bedarf keiner Hinrichtungen in Staatsverbrechen, Recht und Politik mahnen daher ab vom Blutvergiessen, dessen Nothwendigkeit eintritt in dem Falle, wo der römische Senat aussprach: „Die Consuln mögen zusehn, dass dem Gemeinwesen kein Unglück widerfahre!“ wodurch erklärt war, dass der Staat in Gefahr sei, und mit Vertagung der Gesetze eine unbedingte Gewalt der Regierung übertragen wurde, um diese Gefahr abzuwenden. Nur ein solches Bekenntniss rechtfertigt die Nothwendigkeit der Todesstrafe ⁵⁸).

Dieselbe Nothwendigkeit erscheint in einigen Fällen des Kriegsgerichtes. Vorerst nämlich wenn eine dem Heere gefährliche Handlung mit der höchsten Strafe bedroht werden muss, welche, wenn der Thäter den Krieg überlebte, als Zuchthausstrafe und dergl. nicht weiter vollzogen werden könnte, daher durch diese Aussicht die Drohung ihre Kraft verlöre. Diess ist der Rechtsgrund, nach welchem Spione an den nächsten Baum gehängt werden, denn in den Friedensartikeln würde man ihre Auslieferung mit den andern Kriegsgefangnen stipuliren, in dieser Hoffnung verlöre das Handwerk seine Gefahr, und eine Armee wüsste sich der Kundschafter nicht zu erwehren. Eben desshalb muss sichrer, schneller Tod den Verräther treffen. Denn wüsste dieser sein Leben gesichert, so würde die erste Bedingung seines Verrathes sein, dass der Feind durch die Lebensbedrohung eines angesehenen Kriegsgefangnen oder wenigstens im Friedensschlusse seine Auslieferung fordere, und besonders ein besieger Staat, besiegt grade durch solche Verrätherei, würde in die schmach-

volle Lage kommen, den Verräther ungekränkt ziehen lassen zu müssen, um in Feindes Lande die Früchte seines Verrathes zu geniessen. Sodann muss jedes Vergehen der Feigheit mit dem Tode verpönt sein. Denn da diese dem drohenden Tode vor dem Angesichte des Feindes zu entfliehen sucht, und dadurch das Gemeinwesen in Gefahr bringt: so besteht die angemessene Abschreckung einzig in dem sichern Tode durch das Kriegsgesetz. Als nach der Schlacht von Bautzen viele Neuconscribirte an den Fingern der rechten Hand verwundet waren, verbreitete sich das Gerücht, dass sie sich selbst verletzt hätten, um das Leben zu retten aus diesem mörderischen Kriege. NAPOLEON war in Verzweiflung, denn in der That ein solches Beispiel der Demoralisirung hätte ihn besiegt noch vor den Feldern von Leipzig. Der furchtbare Verdacht wurde gründlich widerlegt durch die unermüdliche Thätigkeit des treuen Generalwundarztes. Im Falle der Bestätigung aber, wie beklagenswerth und entschuldbar auch jene Jünglinge gewesen wären, die man als Opfer eines gehässigen Kriegs aus dem Schosse ihrer Familien gerissen hatte, so war doch die strenge Nothwendigkeit vorhanden, die Thäter, mochten es Hunderte sein, auf's schnellste hinrichten zu lassen, selbst auf eine schmach- und martervolle Weise (*ut mori se sentiant*). Ein Glied, an das der Brand gekommen ist, muss abgeschnitten werden.

Auch die Hoffnung der Gnade ist in diesen Fällen gänzlich abzuschneiden, da der Tod nicht unfehlbar genug drohen kann. Hierzu kommt, dass meist eine Eile erfordert wird, in welcher Nachricht an den Souverän gar

nicht gelangen kann, daher ist billig, dass der Spruch des Kriegsgerichts sogleich vollstreckt werde. Der Tod ist hier überall Noth und Nothwehr, bei dem Verräther erscheint er zwar als Strafe, aber die Verwandlung einer Ehren- und Freiheitsstrafe in den Tod fällt gleichfalls unter den Begriff der Noth.

Die andern im Kriege herkömmlichen Todesstrafen, besonders bei Subordinationsfehlern, möchten durch gleiche Nothwendigkeit sich weniger rechtfertigen lassen. Zumal ist bedenklich, die Begriffe verwirrend und widersprechend, dass in derselben Zeit der Tod als höchste Strafe gedroht wird, in welcher der Krieger mit Todesverachtung den Feuerschlünden entgegengehn und in dem Tode für's Vaterland die höchste Ehre suchen soll. Militärische Todesstrafen in Friedenszeiten haben gar keinen Grund als eine Verwechslung des Spieles mit dem Ernste, der Zurechtung mit der That; das Leben des Soldaten gilt soviel als jedes andern Bürgers, die nothwendige Strenge des Dienstes kann durch andre Strafen erhalten werden.

Bei unsrer Ehrfurcht vor der Erfahrung beruft sich dieser Grundsatz von Unverletzlichkeit des Menschenlebens, mit Ausnahme dieser zwei Verhältnisse, auf die größten Practiker der Welt. Als die Römer MONTESQUIEU's Behauptung, dass die Strenge der peinlichen Gesetze mit den Fortschritten der Freiheit sich vermindere, bestätigend, die Unverletzlichkeit des Lebens jedem Bürger zusicherten, selbst die seiner Freiheit, wenn er zweifelnd an seiner Sache vor dem richterlichen Spruche in die Verbannung ginge, so wurden dieselben Ausnahmen gesetzlich festgestellt, Krieg und Gefahr des Staates. Im

Getöse der Waffen verhallt die Stimme des friedlichen Bürgergesetzes. Zugleich volksthümlich und altväterlich ist unser Grundsatz. Die alten Germanen, welche Blut sehen konnten, aber hochgebildet in Sachen der Freiheit, daher Bürgerblut zu sehen verabscheuten, strafte Treulosigkeit und Feigheit allein mit dem Tode⁵⁹). Die Priester vollzogen das Urtheil.

Die Nützlichkeit der Todesstrafe, nachdem ihre Bedeutung als Abschreckungsmittel schon zurückgewiesen ist, kann in nichts bestehn, als in Vermeidung der Unsicherheit und des Aufwandes, welche in einem Staate, der kein Siberien oder Australien hat, mit langer Aufbewahrung gefährlicher Verbrecher verbunden sind. Gegen die Unsicherheit giebt's Ketten und Mauern, die keine List noch Gewalt durchdringen kann, ausser durch Fahrlässigkeit der Aufseher. Obschon daher Flucht nicht durchaus unmöglich gemacht werden kann, so hält man doch allgemein diesen Uebelstand nicht für so wichtig, dass auch der gefährlichste Verbrecher, dem die dermaligen Gesetze Zuchthaus zusprechen, wegen dieser Möglichkeit des Ausbruches getödtet werden könnte. Die Kosten mindern sich bedeutend, wenn man für den andern Fall die Kosten einer Hinrichtung in Anschlag bringt. Dazu soll der Verbrecher arbeiten, und da wir ihn nicht weich zu betten denken, so wird bei dem geringen Betrage der Atzungskosten sein Verdienst noch einen grossen Theil der Bewahrungskosten aufbringen⁶⁰). Wird er krank und alt, so hat er denselben Anspruch auf die Mildthätigkeit des Staates als jeder andre Arme.

Das Christenthum, selbst Vernunft, ehrt überall die Vernunft, wo sie derselben begegnet, es denkt daher nicht nach dem Rechte, das frommer Missbrauch von uralten Zeiten her öfters priesterlichen Instituten gewährte, Asyle aufzuthun, oder den Verbrecher, dem auf dem Todeswege ein ehrwürdiger Zug der Götterfreunde begegnete, zu retten ⁶¹), es denkt nicht, die erhabne Nothwendigkeit des Blutvergiessens zu unterbrechen. Denken wir aber gegen die bloße Nützlichkeit der Todesstrafe — und im Frieden der Gesetze kann sie überall nicht mehr für sich aufbringen — die unverletzliche Heiligkeit des Menschenlebens im Geiste des Christenthums darzuthun: so wird, um einem Vorurtheile zu begegnen, nach dem Obigen kaum nöthig sein, einer Parthei feierlich abzusagen, durch welche unsre Sache übel berüchtigt wurde, weil sie ausging von den sogenannten philanthropischen Ideen, nämlich einer überspannten Weichlichkeit des Gefühls, welche nicht den Muth hatte, das Böse anzuerkennen in seiner wahren Verruchtheit und die zu seiner Ausrottung nöthigen Mittel zu ergreifen. Ich bin überzeugt, dass Zuchthaus, zumal lebenslänglich und verbunden mit jährlichem Aushauen am Pranger, eine weit grausamere Strafe ist, als der martervollste Tod, welcher gegen den unabsehbaren Jammer der Knechtschaft ein Gnadenstoss ist; der feige Mensch fürchtet sich nur davor, wie der Kranke sich weniger fürchtet an einer eiternden Wunde jahrelang zu sterben, als vor der Ablösung des kranken Gliedes durch raschen Schnitt. Hiervon also kann unter uns gar nicht die Rede sein. Wenn ihr irgendwo nur die Gerechtigkeit und Nothwendigkeit blutiger Strafen

darthut, so will ich nicht nur sagen wie LINGUET: es ist nichts am Leben einiger Schurken gelegen; sondern ich sage: auch am Leben einiger Gerechten ist wenig gelegen; oder wie das alte Sprüchwort: *fiat justitia et pereat mundus*, nach KANT's Uebersetzung: die Gerechtigkeit soll bestehn, und sollten alle Schurken in der Welt darüber zu Grunde gehn! ja ich übersetze: die Vernunft soll bestehn und sollte die Menschheit ihr aufgeopfert werden. Das Leben soll dem Lichte gleich leuchtend sich verzehren, wenn es sich verzehrt hat und untergeht im Dienste der Vernunft, so hat es seine Bestimmung erfüllt.

Im ganzen Alterthume — mit Ausnahme einiger Silberblicke indischer und platonischer Weisheit, Weissagung, Morgenroth der Zukunft — galt das irdische Leben als ein Gut an sich um seines Genusses willen. Die Glücklichen waren die Göttergeliebten, und der höchste Segen des Himmels war, lang zu leben und glücklich zu sein im Lande seiner Väter. Mit dem Christenthume öffnete sich eine neue Weltansicht, wie der Vorhang im Tempel zerriss, so rollte der Vorhang herab, dessen Atmosphäre die Erde umhüllt hatte, und der Mensch blickte in die Unendlichkeit des Himmels. Der Gründer der Kirche hatte Knechtsgestalt vorgezogen der Herrlichkeit des Lebens, und nachdem er eine von jeder Erscheinung unabhängige Religion des Geistes verkündigt und in der Freunde Herzen begründet hatte, war er unter Missethättern gestorben den Tod eines Verfluchten. Seine Jünger, die Heroen alle der jugendlichen Kirche, freuten sich, würdig zu sein, um Seines Namens willen Schmach zu leiden; auf Erden hatten sie nur einen Wunsch, abzu-

scheiden und beim Herrn zu sein. Durch Lehre und Geschichte des Christenthums ergab sich die neue Ansicht des Lebens, dass es keinen Werth habe an sich, nur eine Pilgerfahrt, ein Kreuzzug sei nach dem heiligen Lande der Heimath.

Dieses Gefühl wurde Jahrhunderte durch zu einem Heimwehe, das die Erde verödete, aber in starken Herzen verklärte es sich zu jenem heiligen Frieden, der schon den gewaltigen Apostel erfüllte, welcher diese Stimmen der Heimath am rührendsten aussprach, sie erkannten, dass nöthiger war im Fleische zu bleiben, und Christus sollte hochgepriesen werden an ihrem Leibe, es sei durch Leben oder durch Tod ⁶²). Wie die Welt als Schöpfung und Offenbarung Gottes, so empfing das weltliche Leben Weihe und Herrlichkeit durch die Erscheinung und Verwirklichung des himmlischen Lebens in demselben. Diese Lebensansicht als die höchste und einzig vernünftige ist nicht die einzige oder herrschende in der Kirche, welche in Gemeinschaft steht mit der Welt, sondern es finden sich theils Spuren jener überspannt Christlichen eines Lebensüberdrusses, noch mehr aber gilt natürlich das irdische Gefühl des Alterthumes. Aber sie soll die herrschende sein, und anerkannt werden von der Gesetzgebung, welche die höchste Vernunft eines Volkes darstellen soll.

Hieraus ergibt sich in Bezug auf die Todesstrafe, dass das Leben nicht geschont werden soll, wenn irgend eine Nothwendigkeit der Vernunft seine Aufopferung fordert, dass aber auch, weil das Leben einen unendlichen Werth hat, dasselbe einem bloß irdischen Zwecke niemals

aufgeopfert werden darf, denn es ist die Bedingung der Vernunft, die Bedingung des christlichen oder himmlischen Lebens. Wendet mir nicht ein, dass der Verbrecher, den eure Gesetze zum Tode verurtheilen, sich nimmermehr bessern und um die Vernunft bekümmern werde. Ihr könnt das nicht wissen, er ist, wenn er jemals es war, und ihr gründet darauf euer Urthel, so frei als ihr seid, und kann sich daher noch bessern. Wendet mir nicht ein, dass ihr ihn der Sicherheit wegen doch zeitlebens in Banden halten müsset, daher sich seine Besserung gar nicht erweisen lasse. Das Christenthum fordert keine Werkheiligkeit, sondern den Glauben allein, d. h. Vertrauen auf die durch Christum verkündigte Barmherzigkeit Gottes und eine diesem Glauben gemäße sittliche Gesinnung, welche sich erweisen wird in Werken, sobald von der Aussenwelt die Gelegenheit derselben kommt, aber glaubt mir, Gott braucht die Früchte nicht zu sehn, um die Art des Baumes zu erkennen, und man kann in Leiden eine so hohe, wenn auch dem Herzenskündiger allein offenbare, sittliche Kraft beweisen, als im Thun; und zum Beweise der erstern Art fehlt einem Gefangenen nicht die Gelegenheit. Hofft auch nicht, mit meinen eignen Waffen mich zu schlagen, wenn ihr sagt: „Nun ja, wir wollen auch den Verbrecher keinesweges vernichten, sondern da er der Gesellschaft allezeit gefährlich sein würde, und ihm selbst sein elendes Leben gar nichts mehr nützen könnte, so übergeben wir ihn blos der Barmherzigkeit Gottes, die ihn nach Seiner Weisheit in ein Zucht- und Besserungshaus oder in ein Paradies versetzen wird, je nachdem es seinem wahren Heile ange-

messen ist; und wie magst du, der das Land jenseit des Grabes in so gläubiger Einheit verbindet mit dem diesseitigen, aus dieser unbedeutenden Landesverweisung so viel Wesens machen?“ Ich hoffe allerdings, dass der barmherzige Gott eure Schuld nicht rächen werde an dem Unglücklichen, den ihr aus dem Leben verstosset, dass Er in seinem Welthaushalte einen Platz für ihn haben werde, wo die Ermahnungen der Busse ihn treffen, bis seine Zeit umgelaufen ist: aber was hat euch berechtigt, die Vollmacht zu zerreißen, die Gott auch dem Verbrecher gab auf's Leben, auf die Zeit seiner Besserung, die noch nicht abgelaufen war nach dem göttlichen Gesetze der Natur oder der Vernunft? Ihr alle habt kein andres Recht auf's Leben, als dieses unbestreitbare, dass ihr seid, und meint ihr, dass jemand, der dieses Recht euch abstreitet, sich darauf berufen könnte, dass er euch ja nichts Uebles thue, sondern euch in ein Land sende, wo ihr bessre Gelegenheit, schönern Lohn für eure Tugenden finden werdet! Ihr würdet lächeln über den Defensor, der den Mörder, den ihr zum Tode verurtheilt, mit solcher Sophisterei vertheidigen wollte, dennoch vertheidigt ihr euer Urthel mit nichts Besserm, dennoch wagt ihr, da ihr einem Menschenleben nicht einen Tag zusetzen könnt gegen den in der Natur ausgesprochenen Willen Gottes, mit der Fülle all' eurer Kraft über Tod und Leben nicht eine Stunde, bedenkt es wohl, auch euerm eignen Leben nicht! dennoch wagt ihr, mit allen Scheinheiligkeiten des Rechtes von einem Menschenleben Jahre abzuschneiden, die der barmherzige Gott ihm verstattet zur Reue und Besserung, der auch den ersten Bruder-

mörder nicht erschlug, sondern sein Leben bannte mit dem Cainszeichen und siebenfacher Rache, damit ihn niemand erschlüge, und er Zeit hätte zur Umkehr und Wiedergeburt.

In der heidnischen Ansicht, der das irdische Leben ein Gut ist durch sich selbst und der Güter Höchstes, dahinter Vernichtung, ein Schattenleben oder der Sinnenlust Fortsetzung, erscheint die Todesstrafe furchtbar aber bedeutungsvoll, Mord um Mord, ist sie gegenseitig ein Raub unersetzlicher Güter; in der christlichen Ansicht, nach welcher das Leben nicht der einzelnen Person gehört, sondern der Vernunft, welche nach Gottes Rathschlusse in diesem Leben sich bilden und verwirklichen soll, erscheint die Todesstrafe als ein Unsinn, ein aus der Kirche noch zu scheidendes Stück des Heidenthums. Aus Achtung vor dem Anstande und einem gewissen Zartgefühl der Kirche schaffte der erste christliche Fürst die Todesstrafe der Kreuzigung ab: die Kirche bittet die Fürsten der Christenheit, dass sie aus Achtung vor dem christlichen Geiste die Todesstrafe überhaupt abschaffen mögen. Die ersten Lehrer des Criminalrechts sprechen den Satz aus: „Jedes Strafübel, dessen Zufügung die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht nothwendig fordert, ist eine Rechtsverletzung und ein Verbrechen der Justiz“ (63). Wir haben dargethan, dass im Frieden der Gesetze die öffentliche Sicherheit nicht der Todesstrafe bedarf, wir haben bewiesen, dass die Vollziehung derselben dem Geiste des Christenthums, als dem höchsten Gesetze christlicher Staaten, widerspreche. Mord ist eine planmässige, gewaltsame und unrechtmässige Tödtung. Hiernach heisst in der

christlichen Kirche jede ohne die Rechtfertigung der Nothwendigkeit feierlich vollzogene Todesstrafe ein Justizmord.

Nachdem das Recht der Idee, wie sich gebührt, mit rücksichtslosem Ernste festgestellt worden ist, scheint billig, zur Abwendung von Missverständnissen, ihre Ausgleichung mit der Wirklichkeit anzudeuten.

Diese Stimme giebt sich aus für ein Votum der Kirche, obschon nur das Wort eines einzelnen, ungenannten Kirchenlehrers. Er hat aber das Recht, sich für ein Organ der gesamten Kirche zu halten, weil er keineswegs eine nur subjective Meinung vorzutragen dachte, sondern ein Urtheil, geschöpft aus der Fülle des christlichen Geistes. Diess Recht wird dauern, bis ihm bewiesen ist, dass er das göttliche Wort über den betreffenden Gegenstand falsch gedeutet habe. Ohne einen solchen Beweis hat er allezeit Recht, und ob viele ihm beifallen oder nicht, diess kann blos dem an sich Wahren die Auctorität der öffentlichen Meinung in der äussern Kirche zuzuer abthun, wodurch allerdings die Wirksamkeit unter den Zeitgenossen bedingt wird. Gegner und Freunde sind aber zu erinnern, dass sie den nothwendig doppelten Gesichtspunkt des Gegenstandes, den juridischen und theologischen, gleichmässig ins Auge fassen mögen. Denn blöse Juristen, die von dem idealen Gesichtspunkte des Christenthums gar nichts wissen wollten ⁶⁴), oder nach der alten Manier, um uns theologisch etwas hinauszugeben, mit dem Mosaischen Gesetzbuche angezogen kämen, könnten hier keine Stimme haben. Eben so wenig würden Theologen ohne Kenntniss der Grundbedingungen des

Staats- und Criminalrechts ein gründliches Urtheil abgeben können. Besonders würden unter diesen als den wahrscheinlichen Freunden die heftigsten Gegner aufstehn, wegen der zwei Ausnahmsgesetze des Verfassers, die vom bloß idealistischen Gesichtspunkte aus nicht gewürdigt werden können. Es versteht sich, dass hiermit nicht diejenigen perhorrescirt werden, welche nicht Doctoren sind beider Facultaten, dergleichen ja wohl Deutschland dormalen nur einen rühmt; nicht von gelehrter Kenntniss beider Wissenschaften ist hier die Rede, sondern einzig von den Grundsätzen des Rechts und des Christenthums, über welche jeder klar sein muss, der öffentlich sprechen will von Gegenständen des Lebens, das nicht einer Facultät angehört, sondern viel- und allseitig ist, wie der Geist des Menschen, und über welche Britannien, Amerika und Frankreich allen freien Bürgern ein Urtheil zumuthet, welche berufen sind zu richten über ihres Gleichen, deren auch wir keinen verwerfen, sondern der Anfrage, von wem wir gerichtet sein wollen, antworten mit der gewöhnlichen Formel: „Von Gott und von meinem Vaterlande.“

Indem wir die Abschaffung der Todesstrafe christlichen Völkern zur Gewissenssache machen, soll die Billigung unsers Rechts doch nicht den geringsten Einfluss üben auf die Abfassung der Urtheile in den peinlichen Gerichtshöfen. Die Urtheilsverfasser haben geschworen auf die bestehenden Gesetze, sie haben die Gerechtigkeit derselben nicht zu vertreten, sondern einzig ihr eignes Urtheil über den Thatbestand eines Verbrechens und dessen richtige Unterordnung unter das bestehende Gesetz ⁶⁵).

Das ist die erste Bürgschaft allgemeiner Freiheit, dass niemand anders gerichtet werde, als nach dem ihm bekannten Gesetze, Willkür des Richters, wenn sie erst gestattet wird für den Geist der Gerechtigkeit, richtet bald sich auch gegen denselben, mögen einige Justizmorde vollzogen werden, besser als dass die Freiheit der ganzen Nation richterlicher Willkür überantwortet werde⁶⁶). Aber sollten unsre Worte einen christlichen Fürsten überzeugen, der sein heitres Königsrecht üben kann nur Gott, seinem Gewissen und der Weltgeschichte verantwortlich: so würde ein solcher allerdings nicht leicht ein gewöhnliches Todesurtheil unterzeichnen können; indess unbedingt könnte auch seine Majestät die Unterzeichnung nicht alsbald verweigern. Neben dunkeln eine Hinrichtung begleitendem Unwillen und Mitleide, worin sich das christliche Gefühl bisher ausgesprochen hat, und woran sich die künftige Aufklärung anschliessen wird, hat dennoch die angeborne Neigung zur Rache, der an-erzogne Irrthum über die Gerechtigkeit, vor allen die Gewohnheit seit undenkbaren Zeiten den Glauben an das Erforderniss der Hinrichtungen, vorzüglich wegen Mordthaten, tief in des Volkes Herzen gegründet und vielfach mit seinen bessern Gefühlen verschlungen. Daher würde vielleicht bedenklich sein, diese sittliche Denkweise plötzlich abubrechen, die Masse des Volkes möchte durch eine allgemeine Erklärung des Fürsten irre werden über die Gerechtigkeit selbst, möchte eine Begünstigung des Verbrechens darin sehen, vielleicht dieses selbst frecher sein Haupt erheben. Desshalb mag ein Souverän sich verbunden fühlen, den Tod eines verabscheuungswer-

then Verbrechers der öffentlichen Meinung, die ihn fordert, zu gewähren, und nur wenn Milderungsgründe und menschliches Mitleid schon der Gnade eine Parthei erworben haben, wird er aus innerer Verbindlichkeit diese aussprechen. Das Volk aber wird allmählig von seinem Vorurtheile abkommen, wenn es hört, dass diejenigen, zu denen es Zutrauen hat, denn des Volkes Herz ist in der Hand groser Männer, anders denken über die Sache, eine Folge, die seit BECCARIA's Bemühungen schon vielfach bemerkbar ist, denn der gemeine Mann fängt schon an bei Hinrichtungen zu reflectiren, und Gründe für und wider zu wechseln, welche ihm mitzutheilen und ihn dadurch zum Genossen des Streites zu machen um so unverfänglicher ist, da auf keine Weise als in einer von Leidenschaft unberührten Sache, eine Störung daraus erfolgen kann, denn obschon sämtliche Bürger einer Stadt von Unrechtmässigkeit der Todesstrafe überzeugt wären, so würde doch keiner daran denken, für einen Menschen, den er verabscheut, und für dessen auf jeden Fall unglückseliges Leben, nur die geringste Unbesonnenheit zu begehn ⁶⁷). Wenn aber die öffentliche Meinung sich immer mehr abwendet vom Hochgerichte, und dadurch dem Fürsten freie Hand giebt und ihn bittet, sein freies Recht zu üben, wodurch die Idee allmählig mit der Wirklichkeit vermittelt wird, wozu auch die weniger in der Gesetzgebung als im neuern Gerichtsbrauche bedingte Seltenheit der Todesstrafe beiträgt ⁶⁸): so ist dadurch der Gesetzgebung die Bahn gebrochen, und sie kann gar nicht anders, als schaudernd sich abwenden von den 20000 Opfern, die der einzige CARPZOV auf's Blutgerüste lie-

ferte ⁶⁹), sie wird ein Fest der siegreichen Humanität feiern und unter dem Segen der Kirche das Menschenleben für unverletzlich erklären durch die Gesetze.

Bis dahin hat niemand, der unter den Gesetzen steht, etwas in dieser Sache zu thun, ausser seine eigne Meinung darüber zu bilden und zur öffentlichen beizutragen, denn ohne die Vorbereitung derselben vermag die Gesetzgebung nichts. Am wenigsten aber ziemte, auch wenn die ganze Kirche einig wäre über das Verwerfungsurtheil, den unmittelbaren Dienern derselben irgend eine Bethätigung ihrer Ansicht, wenn sie z. B. sich wegen derselben weigern wollten ihr gewöhnliches Amt bei dem armen Sünder zu verwalten, weil sie fürchteten, dadurch eine unrechtmässige Handlung des Staats öffentlich zu bekräftigen. Sie haben das Evangelium zu predigen, wo es gebraucht wird, und sich übrigens um die Handlungen des Staats nicht weiter zu bekümmern, als jedem andern Staatsbürger frei und ansteht. Ueberhaupt würde derjenige das Streben der reinen Wissenschaft, noch mehr das der Kirche verkennen, wiefern sie aus dem Gottes Hause, in welchem sie frei regiert, heraustritt, um ihr Urtheil über eine Angelegenheit der Nachbarschaft abzugeben, welcher meinte, dass es hier um ein unmittelbares, vielfach störendes Eingreifen in das Bestehende zu thun sei. Es kommt nur darauf an, dass durch gründliche Ueberzeugung die Edelsten, durch sie die Masse einer Nation allmählig gewonnen werde für eine Wahrheit, welche noch ein Fremdling in die Welt tritt, aber gerüstet mit dem Schwerte des Geistes und dem Schilde des Glaubens die unfehlbare Verheissung des Sieges hat.

Auch über diese Wahrheit ertönt die Weissagung des christlichen Geistes: „Oft noch wird des Richters Schwert geschwungen werden, und der eine Practiker dem andern zurufen: „„so du gericht hast, wie urtheyl und recht geben hat, so lass ich es dabei bleiben!““ 70) Aber es wird eine Zeit kommen, die Stunde weiss niemand, da man erzählen wird von der Barbarei, welche meinte, Gott einen Dienst damit zu thun, dass die Gesetze Menschen- und Christenblut vergössen.“

Noten zur Flugschrift: Vom Justizmorde. Ein Votum der Kirche.

1.

Hr. STÜBEL (Criminalverfahren. Leipz. 811. 1. B. §. 11.) setzt das Kanonische Recht, (besonders 5. B. der Dekretalen, s. *EMANUEL GONZALEZ TELLEZ, commentar. perpet. in sing. tit. V. Lib. Decret. Gregor. IX. L. B. 715.*) als Quell des Criminalrechts nach innerm Werthe und Einflusse dem Römischen Rechte vor. Vg. *M. G. WERNHER, de auctoritt. jur. can. in processualib. Vit. 750. TITTMANN, ds. de causis auctoritt. jur. can. in jure crim. germ. L. 789.* Die gesetzliche Gültigkeit ist jedoch gleich, und in Collisionsfällen, wenn Landesgesetze nicht anders bestimmen, wird das R. R. vorgezogen bei Verhältnissen, welche aus R. Gesetzen hervorgegangen sind, und umgekehrt. Vg. QUISTORP, Beitr. N. 53. p. 816 ff. Ueber Einrichtung der Strafen zur sittlichen Besserung wäre noch jetzt aus dem K. R. viel zu lernen, das seinem Ursprunge nach diese Tendenz vorzüglich ausbilden musste. Hinsichtlich der Form entstand der wichtigste Act des neuern Criminalverfahrens, der Untersuchungsprozess aus dem wahrscheinlich durch Innocentius III. eingeführten Inquisitionsprozesse des K. R., indem bei Verbrechen wider Gott und Religion, da selten ein Ankläger sich fand, ein allgemeiner göttlicher Auftrag zur Verfolgung der Beleidiger göttlicher Majestät ersonnen wurde, aus welcher Täuschung die Erkenntniss dieses wahrhaft göttlichen Auftrags sich entwickelte, dass der Staat ver-

bunden sei, auch ohne die Aufforderung eines durch das Verbrechen beschädigten Klägers, jedes innerhalb seines Gebietes vollzogene Verbrechen gerichtlich zu verfolgen, jedoch so, dass der Untersuchungsrichter zugleich die Rechte des Staats als Klägers und des Inquisiten als Beklagten vertritt, worin das Wesen des Inquisitionsprozesses besteht. *THOMASIUS, de orig. process. inquisitorii. Hal. 711. In s. dss. Vol. III. N. 88.* Dass jedoch schon zu Karl's, des Grossen, Zeit die Schöffen ebenfalls gegen Religionsverbrechen (der Name so widersinnig als die Injurie gegen Gott und als der Begriff!) zur Anklage verpflichtet waren, und derselbe Brauch nachher im Femgerichte nur fortgesetzt wurde, ist bewiesen durch PAUL WIGAND, das Femgericht Westphalens a. d. Quellen, (Hamm, 825.) p. 284 ff. Indess blieb das Verfahren der Feme immer Anklagsprozess, was auch EICHORN gegen KOPP und BERCK bewiesen hat.

2.

à Paris, le $\frac{14}{26}$ Sept. 1815.

3.

SONNENFELS, Sätze aus der Polizei, Handlung und Finanzwiss. 1. A. Wien, 765. Schon 1764, vor seiner Bekanntschaft mit dem Marchese BECCARIA, hatte er die Behauptung in öffentlicher Disputation vertheidigt, dass Todesstrafen dem Endzwecke der Strafen entgegen seien, welchem schwere, öffentliche Arbeiten angemessner und dem Staate nutzbarer. *BECCARIA, dei delitti et della pene. Napoli, 764. Uebers. Hamb. 766. Ulm, 767. Mit Zusätzen von HOMMEL, Bresl. 788. 2 B. Mit Zusätzen von J. A. BERCK, nebst Anmerk. von DIDEROT, (welche RÖDERER zuerst in die Ausg. v. 1797 der franz. Uebersetzung von MORELLET aufgenommen hatte). Leipz. 798. 2 B.*

4.

Daher die ältern Dogmatiker ausführlicher über die Frage handeln: *an capitales poenas irrogare licitum sit magistratui?*

Aus oben angeführtem Grunde wurde sie auch unter den Kirchenvätern meist bejaht, doch finden sich einige theologische Gegner, welche als unsre Vorgänger, wenn schon auf etwas sonderbarem Wege, zu nennen uns geziemend u. den Juristen vielleicht interessant ist. TERTULLIAN in seiner Schrift vom Götzendienste missbilligte, wie nachher die Waldenser, dass ein Christ den Blutbann hegte gegen seine Brüder. LACTANTIUS (*Institt. div. VI. c. 20.*) verwarf jede Anklage auf den Tod, weil gleich sei, ob man jemand tödte durch sein Wort oder durch sein Schwert, beides gegen das allgemeine Gesetz Gottes für Unverletzlichkeit des Menschenlebens. ST. AUGUSTINUS forderte von den Statthaltern Afrikas, dass zum Tode verurtheilte Verbrecher ihm übergeben und geschenkt würden, wenn sie Besserung und Busse versprächen; solche Forderung, behauptete er, sei seine Pflicht, gegen welche die weltliche Gewalt nichts vermöchte. MACEDONIUS, der ihm einmal nachgab, wunderte sich jedoch, wie das zu seiner Pflicht gehöre, und führte gewichtige Gründe dagegen an. Der Briefwechsel ist enthalten in den W. W. AUGUSTIN's, T. II. Mehrere vereinzelte Stimmen des Mittelalters vereinigen sich in den biblischen Beweisen, welche die Anabaptisten meist gegen Strafen überhaupt, insbesondere gegen Todesstrafen anführen: 1) Das Gesetz Gottes, du sollst nicht tödten, ist allgemein, verbindet daher auch die Obrigkeit. 2) Nach Jes. XI, 9, soll niemand verletzen noch beschädigen auf dem heiligen Berge, weil die Erde voll ist der Erkenntniss Gottes. Da nun der heilige Berg die Christenheit bedeutet, darf innerhalb derselben die Obrigkeit nicht tödten. 3) Nach Matth. VI, 12, sollen wir beten: Vergieb uns unsre Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern. Da dieses Gebet auch der Obrigkeit von Christo gegeben ist, soll sie vergeben und nicht aufs äusserste strafen. 4) Matth. XIII, 30, sagt Christus: „Lasset das Unkraut wachsen unter dem Waizen.“ Also hat die Obrigkeit kein Recht, es auszujäten. 5) Luc. IX, 55, tadelt Christus seine Jünger, welche Feuer wollten herab fallen lassen auf die Samariter, und setzt ihnen das Wesen des Neuen Testaments entgegen, welches eine Zeit ist der Gnade. 6) Röm. XII, 17: „Vergel-

tet nicht Böses mit Bösem!“ 7) 2. Cor. X, 4, sagt der Apostel, dass die Waffen unsers Dienstes nicht leiblich sind, was alle Christen, somit auch die Obrigkeit angeht. — Hieran schliessen sich die Photinianer: a. Es streitet mit dem Gesetze Christi, das die Liebe der Feinde gebietet, einem Menschen das Leben zu entreissen. b. Christus wollte nach Joh. VIII, 11, eine Ehebrecherin nicht verdammen, die doch das Gesetz zum Tode verurtheilte. Er wollte also einer christlichen Obrigkeit den Gebrauch des Schwertes nicht zugestehn. c. Im N. Testamente findet sich kein Gebot der Todesstrafe. Die Gesetze aber des A. Test. für dieselbe sind bürgerlich, und im N. Test. abgeschafft. Vg. die Darstellung und meist gründliche Widerlegung dieser Beweise in *GERHARDI LL. theol. ed. COTTA. T. XIV. p. 171 sqq.*

5.

HOMMEL, Gedanken über das Kriminalrecht a. s. Handschr. herausgg. 784. Mosaisch- peincl. Recht nebst einer Vergleichung des heutigen peincl. R. mit demselb. Braunsch. u. Hildesh. 778. Auch unter den Theologen bemerkt der Socin. Ostorod dagegen mit Recht in s. Institt. c. 27, p. 173: „Weil Christus nicht allein nicht zulässt, zu verschaffen, dass deme, so dir ein Auge ausreisset, wieder ein Auge ausgerissen werde, sondern auch heisset unsern Feinden Gutes thun, so wird ja offenbar, dass er viel an dem Gesetz Mosis, was diess Gebot betrifft, gebessert, und zu demselben gethan habe.“ Auch THOMAS BARLOV (Bischoff zu Lincoln) in s. *several miscellaneous and weighty Cases of conscience* griff die Allgemeingültigkeit der Mos. Gesetze aus dem Grunde an, weil es den Souverän nicht treffe. Die vollständigste Darstellung der theologischen Ansicht in Dr. MAREES (Superintendent zu Dessau) Untersuch. d. Verbindlichk. d. göttl. Gesetze v. d. Todesstrafe des Mörd. u. v. Vermeidg. blutschänd. Heir. Dess. 771.

6.

C. A. TITTMANN, Vorträge und Urtheile über merkwürdige Rechtsfälle aus Acten. Leipz. 815. p. 39. Vg. LINCK, *ds. de homicidio in volentem commisso. Altorf. 785.*

7.

FEUERBACH (Lehrb. d. peinl. R. Giess. 1. A. 801. p. 32.) behauptet zwar, dass an einem Menschen, der zum Tode verurtheilt sei, so wenig ein Mord, als an einem Infamen eine Injurie begangen werden könne, daher nur eine Polizeiahndung verdiene, wer durch Tödtung eines zum Tode Verurtheilten die Polizeieinrichtung des Staates, vermöge welcher ein Verbrecher nur durch öffentliche Personen hingerichtet werden kann, verletzt habe. Die Vergleichung wäre richtig, wenn das Todesurtheil vollzogen gedacht wird, wie das der Entehrung, dem Infamen ist nur gleich der Hingerichtete, an diesem ist allerdings ein Mord nicht möglich. Aber weil, so lange das Urtheil nicht vollzogen ist, in jedem Augenblicke noch Rettung eintreten kann, durch das zufällige Auffinden eines Grundes zur Nichtigkeitserklärung des Urthels oder durch Begnadigung: so hat der Hinzurichtende ein Recht zu leben bis auf den gesetzlich bestimmten Moment, und jeder, der den vom Schicksale noch nicht durchschnittenen Faden seines Daseins willkürlich abreisst, verletzt ein vom Staate beschütztes Recht und begeht ein Verbrechen.

8.

Paulus schrieb an neue Christen, welche man damals noch allgemein mit Juden verwechselte, und alle Juden waren im Verdachte, Revolutionairs zu sein. Damals regierte NERO. Da war's doch in Wahrheit nicht rathsam, dass irgend einer aus dem kleinen verdächtigen Christenhäuflein Untersuchungen über den *Titulum iuris Neroniani* angestellt hätte. Diese exegetische Bemerkung über eine Stelle, welche im ältern Staatsrechte eine ziemlich wunderbare Rolle gespielt hat, danken wir unserm SCHLÖZER, s. d. Aphorismen zu s. allgemeinen Staatsrechte. — Ausserdem berufen sich die Theologen noch auf Matth. XXVI, 52, und Offenb. Joh. XIII, 10, welche Stellen nicht ein Gebot, sondern eine Folge aussprechen, die sicher greifende Nemesis, und von denen besonders die Letztre leicht für das Gegentheil gedeutet werden könnte, dass nämlich die Obrigkeit, welche das Schwert führe, auch durch das Schwert umkommen müsse, da die Paral-

lele zu Anfang des Verses: „So jemand ins Gefängniss führet, der wird ins Gefängniss gehen,“ leicht von der Obrigkeit verstanden werden könnte.

9.

Jus gladii. Vg. bes. *Confess. August. art. VII. de potest. Eccles.*

10.

Das Schwert, welches der Pfalzgraf dem deutschen Kaiser vortrug, bezeichnete allerdings als Majestätsrecht die Criminalhoheit desshalb, weil ihr höchster Ausfluss geübt wurde durch das richtende Schwert. Allein das Symbol konnte auch im Staats- und Sprachgebrauche bleiben, ohne dass an Ursprung und Bedeutung weiter gedacht wurde: so trugen die Lictoren immer noch dem Consul die *Fasces* voran, als Zeichen seiner peinlichen Gewalt, nachdem ihren Beilen der Hals eines römischen Bürgers in der Toga durch die *Lex Porcia* unverletzlich war.

11.

Man könnte vielmehr, wollte man dem Buchstaben nachtrachten, die gewissermassen classische Stelle anführen, Matth. V, 21, wo Christus sagt: „Ihr habt gehört, dass zu den Alten gesagt ist, du sollst nicht tödten; wer aber tödtet soll des Gerichts schuldig sein!“ also nichts vom Hochgerichte, sondern bloß von einer dem richterlichen Spruche unterliegenden Strafe. Gegen Theologen des vorigen und gegen Juristen dieses Jahrhunderts dürften wir gleichfalls die Geschichte der Ehebrecherinn, Joh. VIII, 3—11, citiren. Durch einzelne Thatsache zeigt hier Christus, dass er die Todesstrafe des väterlichen Gesetzes nicht billige. Und was erwiedern mir die Urtheilsverfasser, wenn auch ich mich niederbücke, und schreibe auf dieses Blatt und zu ihnen spreche des Herrn Wort: „Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!“ oder schreibe ein Todesurtheil! — Es versteht sich, dass hier noch kleiner Krieg geführt und nur *jus talionis* geübt wird.

Daher wird auch ein katholischer Christ nicht dadurch die Sache für entschieden halten, dass die heil. Kirche, zwar nicht blutdürstig, doch manchen Scheiterhaufen geschürt hat, oder dass der heil. Vater als weltlicher Fürst Todesstrafen vollzieh'n lässt, wie wir noch neulich lasen, dass der Mörder eines Geistlichen nach der Sitte des Mittelalters unlängst auf eine Weise hingerichtet worden sei, wie man einen Ochsen abschlachtet. Kein vernünftiger Katholik glaubt, denn weder die Kirchenväter, noch irgend ein Dogma lehren es, dass die Kirche unfehlbar sei in Disciplinarsachen, und ohne im geringsten zu zweifeln an der Unfehlbarkeit des heil. Geistes der Väter zu Costnitz, kann die Ueberzeugung ausgesprochen werden, dass sie einen nicht minder grossen Irrthum bei der Hinrichtung des Ketzers Huss verschuldeten, als CALVIN bei dem Morde SERVET's und der „sanfte“ MELANCHTHON bei der Billigung desselben. Im Gegentheile aber scheint bedeutsam, dass nach Kanonischem Rechte (c. VII. distinct. 50.) die Todesstrafe eines Priesters in ewiges Gefängniss verwandelt wird. Die ganze Christenheit ist aber geweiht durch die Taufe zu einem priesterlichen Volke, dessen höchstem Stande nur vorläufig ein Recht zuerkannt worden ist, um es als Gemeinderecht der ganzen Kirche zu übergeben.

Vrg. vorzügl. J. D. MICHAELIS, Vorr. zum 6. B. des Mos. Rechts. Frankf. 775. GMELIN, Grnds. f. d. Gesetzgeb. v. Verbr. und Strafe. Tüb. 785. §. 14 f. CAESAR im 2. Zus. zu s. Uebers. des VALAZE (*des loix penal.* 784.) 786. u. in s. Dnkwürdigk. a. d. phil. Welt. 787. 4. B. 6. Abh. HERRMANN, *de fundamento jur. puniendi.* Lips. 793. J. H. ABICHT, d. Lehre v. Belohn. u. Strafe. 797. 2. B. p. 50 ff. C. H. GROS, *ds. de notione poenar. forens.* Erl. 798. ALOYS KLEINSCHROD, system. Entwickel. d. Grundbgr. u. Grundwahrh. d. peincl. R. Erl. (794 ff. 799.) 805. 3 B. 2. B. p. 22 ff. und über die verschied. Principe der positiven Gesetzgebungen, ebend. p. 140 ff. FEUERBACH, Revision d. Grnds. u.

Grundbegr. d. positiven peincl. R. Erf. u. Chemn. 799 f. 2 B. 1. B. 1. C. Ebend. Lehrb. d. peincl. R. p. 71 ff. THIBAUT, Beitr. z. Crit. d. Feuerbach. Theorie etc. p. 36 ff. HAECKER, üb. d. oberste Princ. d. Strafwürdigk. Würzb. 803. TITTMANN, Hndb. d. Strafrechtswissensch. Hal. 806—10. 4 B. 1. B. p. 48 ff. 101 ff. Juristisches Archiv. Tüb. 4. B. 4. H. 5. B. 1. H. GÖNNER, ü. d. Princ. d. Strafr. In s. Arch. 2. B. 1. H. N. 2. 2. H. N. 11. E. HENKE, ü. d. gegwärt. Standp. d. CRW. Als Anh. s. Gesch. d. deutsch. peincl. R. Landsh. 810. C. T. WELKER, d. letzt. Gründe v. Recht, Staat u. Strafe phil. u. n. d. Gesetzen d. merkwürd. Völker rechtshist. entwickelt. Giess. 813. BAUER, Grundlin. d. phil. CR. Gött. 825. p. 11—21. Die neuern Theorien der italienischen Schule von Carmignani und Romagnosi sind uns in ihrem Detail noch unbekannt.

14.

Z. B. BENJ. RUSH, Untersuchg. d. Wirkungen d. öffentl. Strafen a. d. Gesellsch. Die schärfste Widerlegung: (v. ARNIM) Bruchstücke üb. Verbrech. u. Straf. od. Gedanken üb. d. in den Preuss. Staaten bemerkte Vermehr. d. Verbr. etc. Frankf. u. Leipz. 803. 2. B. 1. Abschn. p. 8 ff. 126 ff. Politische Besserung, von der einige sprechen, z. B. KLEIN, Archiv d. Criminalr. 1. B. 3. St. ist ein uneigentlicher Ausdruck und gehört zur Präventionstheorie. Der Grundsatz moralischer Besserung verbunden mit moralischer Vergeltung, erneuert von E. HENKE, üb. d. Streit d. Strafrechtstheorie m. Vorsch. z. Versöhn. Regensb. 811.

15.

Vrg. AL. CREMANI, *de jure crimin. Ticini*. 791. §. 17, 18.

16.

Den Uebergang bildete eine Genugthuung für die Gottheit, denn in dieser ist die Person eins mit dem Gesetze. Theologen werden errathen, dass nach seiner Versöhnungstheorie in der

Theologie, HUGO GROTIUS (*de jure belli et pac. L. II. c. 20. §. 4, 5,*) in der Jurisprudenz denselben Uebergangspunkt bezeichne, nur dass er in jener die Gnugthuung für die Gottheit, wie GROTIUS sie als herkömmliches Dogma überkam, zur Gnugthuung des Gesetzes fortbildete, in dieser, von einem geringern Herkommen ausgehend, erst diesen Punkt erreichte.

17.

Das Jüdische und Kantische Princip einer genauen Wiedervergeltung, wenn es in seinem Grunde aufgefasst werden soll, gehört dieser Ordnung an. KANT, metaphys. Anfangsgründe der Rechtsl. 2. A. p. 171, 226 ff. JACOB, phil. Rechtsl. §. 306, 415 ff. u. a. Vg. dagegen: ENGELHARD, allg. peinl. Recht. §. 180. FEUERBACH, Revis. 1. B. p. 24 ff. TITTMANN, Grundlin. d. St.R.W. §. 47. Als neuster Vertheidiger (nach dem Grundsatz: *quod quisque juris in alterum statuerit, ut ipse eodem utatur*): J. N. BORST, Vers. einer neuen rechtl. Darstell. d. St.R. u. d. Strafbark. als Probe einer neuen rechtl. Darstell. d. Völkerr. Nürnberg. 811.

18.

Da Ludwig der Heilige einst aus dem Psalter betete, und jemand für einen zum Tode Verurtheilten um Gnade bat, winkte er Gewährung, da er aber sogleich auf die Stelle kam, Ps. CVI, 3, „Selig welche Gerechtigkeit üben zu allen Zeiten!“ widerrief er die Begnadigung mit den Worten: Der Fürst, welcher ein Verbrechen bestrafen kann und nicht bestraft, ist nicht minder schuldig vor Gott, als wenn er es selbst vollbracht hätte. S. CAMERARIUS, P. I. succis. medit. c. 100. p. 467.

19.

Ein adlicher Officier misshandelte einen Bauer auf empörende Weise. Der Bauer klagte, der Officier wurde durch seinen zuständigen Richter zu zweimonatlichem Festungsarreste verurtheilt. Der Officier wandte sich an die Gnade des Monarchen. Der Fürst sprach: „Nicht mit zwei Monaten, sondern mit

zwei Jahren soll dieser Bauernschinder gestraft werden.“ Unlängbar ging dieses Gegenstück zur Müller Arnold'schen Sache aus demselben Rechtsgeföhle eines edlen Fürsten hervor, der noch dazu fortgerissen wurde durch die öffentliche Meinung, welche über die Geringfügigkeit der Strafe, eines unvollständigen Gesetzes Folge, bittre Klage führte. Aber diese Volksmeinung, als sie nachher die Gerechtigkeit und Popularität des Fürsten pries, bedachte nicht, dass durch diese einzige Thatsache der Kabinetsjustiz Thür und Thor geöffnet sei, und wenn irgend einmal der Souverän wage, eine gesetzmässig ausgesprochne Strafsentenz zu schärfen, jede Sicherheit, die auf Festigkeit der Gesetze und auf Unabhängigkeit der Gerichtshöfe ruht, hiermit untergraben sei. — Referent bemerkt, dass Thatsache sammt Nutzanwendung durch einen zuverlässigen, aber nun verstorbnen Criminalisten ihm vor Jahren mitgetheilt worden sei, er selbst aber, bei seiner örtlichen Ferne von dem betreffenden Staate, niemals wieder von diesem Vorfalle hörte. — Einige Criminalisten reden zwar von einem oberrichterlichen Schärfungsrechte (*jus exasperandi seu odiosum*), nach welchem der Souverän für gewisse Fälle eine grössere Strafe bestimmen könne, als die Gesetze bestimmen, welches Recht aus der gesetzgebenden Gewalt fliessen solle. BECKMANN, *de aequitt. privilegii odiosi et iure imper circa illud*. Gott. 750. TITTMANN (Handb. 1. B. p. 134.) fordert zu seiner Ausübung schlechterdings Rechtsgründe. Sind diese wenigstens als allgemeine Normen anerkannt in der Gesetzgebung oder im Gerichtsbrauche (dergleichen die Fälle sind, auf welche WÖLKER in s. Abh. *de privilegiis odios. et poenal.* Alt. 718. im 4. Cap. dieses Recht zu gründen sucht), oder ergeben sie sich aus Concurrenz verschiedner Verbrechen: so muss der Richter ohnedem nach denselben das Urthel finden. Wenn aber nicht, so würde durch eine vom Fürsten ausgehende, nicht im positiven Gesetze gegründete Schärfung dem Verbrecher durchaus Unrecht geschehn, der diese härtere Strafe nicht kannte, welche desshalb auch nicht ihn mit diesem Masse des Zwanges von dem Verbrechen abmahnen konnte. Gegen diese schon von FEUERBACH (Re-

vis. 1. B. p. 333 ff.) vorgebrachte Einwendung, beruft sich Hr. T. auf die Milderung einer Strafe, welche der Verbrecher gleichfalls nicht voraussehn könne und dennoch zugestanden erhalte. Allein sind die Milderungsgründe positiv anerkannt, so konnte sie der Verbrecher allerdings voraussehn, auf jeden Fall kommen sie ihm zu als sein Recht; wenn aber nicht, so kann er sie einzig vom Fürsten als Gnade empfangen, als etwas Unverdientes, eine Vergleichung aber der Gnade mit dem Rechte findet gar nicht statt, und die Parallele ergäbe sich hier blos mit einer unverdienten Strafe. Der Hauptgegengrund aber ist die Willkür des Souveräns, welche einzig durch die Allgemeinheit des Gesetzes ausgeschlossen werden kann, daher der römische Despotismus auch das Schärfungsrecht als Kaiserrecht allezeit behauptete, wie selbst aus jenem Edict — (*L. 20. C. de poenis.*) der auf den 30sten Tag zu verschiebenden Vollziehung einer durch den Kaiser geschärften Strafe — hervorgeht, durch welches GRATIAN, VALENTINIAN u. THEODOSIUS, etwas Menschliches fühlend, ihnen selbst die Reue ihres Zornes ersparen wollten; die von THEODOSIUS in der Aufwallung befohlne, zu spät bereute Zerstörung von Thessalonich] gab die Veranlassung, mittels der Bussrede des H. AMBROSIIUS, s. d. angef. Gesetz *apud Thessalonicam* 11. q. 3. NICEPHORI *Hist. Eccles. XII, c. 41.* — RICHTER, *de poena ab irato principe extra ordinem imperata in diem 30. differenda.* Lips. 781. — Trefflich bestimmt das Baiersche Gesetzbuch, Art. 107: „Die Erhöhung des einem Verbrechen gesetzlich bestimmten höchsten Strafmasses kann nur durch richterlichen Ausspruch und niemals willkürlich, sondern bloss in den gesetzlichen Fällen und in gesetzlicher Art geschehen“, nämlich durch Zusammenfluss von und Rückfall in (schon bestraftes) Verbrechen.

20.

Einem Könige von Frankreich, der darüber klagte, dass ein vormals von ihm Begnadigter nun den dritten Mord verübt habe, sagte sein Narr: Nur den ersten Mord hat er selbst vollzogen, den zweiten und dritten Ihr.

21.

J. v. SODEN, Geist d. peinl. Gesetzgeb. Deutschl. 2. B. Frankf. 792. §. 36. KLEIN, üb. d. Natur u. d. Zweck d. Strafe. Im Archive d. CR. 2. B. 1. St. Nr. 4. Vrg. dgg. WIELAND, Geist d. peinl. Gesetze. 1. B. S. 308 f. FEUCRBACH, Anti-Hobbes. Erf. 798. 1. B. p. 205 ff. Ebend. üb. d. Str. als Sicherungsmittel etc. Nebst einer nähern Prüfung der KLEIN'schen Strafrechtstheorie. Chemn. 800. Diese Letztre wird aber auch privatrechtlich aufgefasst als Gnugthuungstheorie, und hierin schliesst sich an KLEIN das Erstattungsprinzip von E. L. G. SCHNEIDER, noch einige Worte üb. d. Princ. d. St.R. Dresd. u. Leipz. 806.

22.

Unter den Neuern Hauptvertheidiger: v. GROLMANN, Grunds. d. Criminalrechtswissensch. Giess. u. Darmst. (797.) 805. §. 1 ff. Ebend. über d. Begründ. d. Strafrechts u. d. Strafgesetzgeb. Giess. 799. TITTMANN, Handb. d. St.R.W. 1. B. p. 101 ff. Hr. STÜBEL u. Hr. v. ALMENDINGEN sagten dieser ihrer vormal. Ansicht öffentlich ab. Der vorzüglichste Gegner: Hr. v. FEUERBACH s. Revision nebst Nachtrag, u. Bibl. d. peinl. R. 1. B. 2. St. Nr. 1. Vrg. ebend. ALMENDINGEN, 1. B. 3. St. Nr. 1.

23.

Wie dieses Bild in der Vorrede zu EIKE v. REPGOW's Landrecht (Sachsenspiegel) anmuthig durchgeführt wird:

„Ein Spiegel der Sachsen
Soll diess Buch seyn genannt,
Darin der Sachsen Recht ist bekannt.
Gleich als in einen Spiegel die Frauen
Ihr klares Angesicht pflegen zu schauen.
Alle Leut vermahne ich dazu,
Dass sie diess Buch nutzen so.“

24.

Man kann demnach allerdings sagen: das Strafrecht der Staats und Regenten ist im allgemeinen Willen begründet. KLEIN,

SCHROD, a. a. O. 2. B. p. 22 ff. Es ruht auf einem Vertrage, nämlich auf dem Staatsvertrage selbst, und ist nothwendig in demselben begriffen, daher auch nach allen Regeln desselben zu beurtheilen. Hieraus folgt (FEUERBACH, Lehrb. d. peinl. R. 1 A. p. 20.): „Jede rechtliche Strafe im Staate ist rechtliche Folge eines, durch die Nothwendigkeit der Erhaltung äusserer Rechte begründeten, und eine Rechtsverletzung mit einem sinnlichen Uebel bedrohenden Gesetzes.“ Denn „nur was der Staat positiv als Verbrechen bezeichnet, ist ein solches. Wobei sich von selbst versteht, dass er die leitenden Principien wenigstens aus einer ächten Rechtsphilosophie und Gesetzgebungswissenschaft — in Anwendung auf die besondern Verhältnisse und Bedürfnisse der Nation — entlehnen müsse.“ So der Ritter v. WEBER in s. Andeutungen über Wesen und Reform der Criminalrechtspflege und Gesetzgebung, (Im N. Arch. d. CR. Hal. 817. 1 B. 3. St. N. 14. p. 369.) tiefere Blicke in die Wissenschaft und gewichtvollere Vorschläge der Reform, als in manchem gewichtvollen Handbuche des Strafrechts.

25.

H. B. v. WEBER, a. a. O. p. 372: „Der Staat straft nur darum, um seinen Rechtszustand in allen Beziehungen aufrecht zu erhalten und daher solche Handlungen, die diesen wesentlich stören und gefährden, zu verhüten. Die Zuvorkommung ähnlicher Uebertretungen der Gesetze, welche durch ein auf den Character des Volkes wirkendes öffentliches Beispiel erreicht wird, ist unstreitig die Hauptabsicht jedes Strafübels, man mag sie Prävention oder Abschreckung oder Sicherungsmittel nennen.“ Vrg. Ebendr. ü. d. Studium d. Rechtswissens. u. insbes. d. St.R.W. Tüb. 825. p. 95 f. Die relativen Theorien des Strafrechts, welche mehrere Principe des Grundes und Zweckes der Strafe neben einander stellen, erkennen das Obige nur in etwas ungeschicktem Ausdrücke an. Man könnte in dieser Art, statt als Zweck des Staates, Sicherung des Rechtes durch Zwang, oder nach der neueren Theorie, Bildung der Menschheit in der Gesellschaft, zu be-

zeichnen, jeden einzelnen Vortheil aufzählen, der aus dem Staate resultirt, für den sonach auch der Staat gegründet ist.

26.

Ausserdem kann die Wiedervergeltungstheorie berücksichtigt werden als Nebenbestimmung der Qualität einer Strafe, so dass sie vorzüglich dasjenige Gelüst schmerzhaft treffe, aus dessen Leidenschaft das Verbrechen hervorging. Der Grund dieser Regel, dass die Strafe im Geiste des Verbrechens liegen solle, besteht darin, dass die psychologische Wirkung des Strafzwanges durch eine solche Analogie befördert wird, worin schon enthalten ist, dass das materielle Wiedervergeltungsprincip, Aug' um Auge, Zahn um Zahn, oder Verletzung und Verlust des Gliedes, mit dem das Verbrechen begangen wurde, hierdurch keineswegs begünstigt wird. Die Anwendung der hier gebilligten Ansicht s. KLEINSCHROD, a. a. O. 2 B. p. 56 ff. Eine starke Anwendung des gemissbilligten Extremis machten die ältern Theologen in ihrer Ausbildung des kirchlichen Dogma vom Versöhnungstode, wonach Christus für die verschiedenen Arten unsrer Laster eine besondere ihnen entsprechende Strafe erduldet habe, sein Durst am Kreuze für unsre Sünden der Trunkenheit, seine Blösse für die der Wollust u. s. w.

27.

FEUERBACH, a. a. O. p. 18 f.

28.

Das süsse Gefühl aber, mit welchem einst die Jungfrauen von Leipzig (es ist von solchen die Rede, welche jetzt keine oder alte sind) einem Mörder auf seinem Todeswege Blumen streuten, (er wird als gemeiner Verbrecher, doch als ein schöner Schneidergesell bezeichnet) diess zarte Mitleid zu würdigen, mag ihren damaligen Verehrern unbenommen bleiben. — Dagegen angemessener, als das Zetergerüft des hnp. Halsgerichtes, das noch jetzt im Königreiche Sachsen nach allen seinen veralteten Formen

vollzogen wird, die Wirtemb. Verordn. üb. Vollzieh. d. Todesstr. v. 1. Mai 1816 bei dem Brechen des Staabes die furchtbare, dennoch menschlich-christliche Formel vorschreibt: „Euer Leben ist verwirkt; Gott sei eurer Seele gnädig!“

29.

Dass schon der entfernteste Versuch, so wie jede Theilnahme oder Mitwissenschaft mit der ordentlichen Strafe zu belegen sei, ist bestimmt: *L. 5. C. ad Legem Juliam majestatis*, und bestätigt durch die Goldne Bulle, c. 24. §. 3. Vrg. *H. v. ADRICHEM, ds. de poena perduellion. veroq. sensu L. quisquis C. ad L. Jul. L. B. 784.* LUDEWIG, Erlaut. d. G. B. 2. B. p. 411 ff. Auch neuere Criminalisten (z. B. v. GROLMANN, a. a. O. §. 330. v. FEUERBACH, a. a. O. p. 149 ff. u. a.) billigen diess Ausnahmegesetz vom gewöhnlichen Criminalverfahren aus dem oben angedeuteten Grunde. Allein die Theorie ist nur dadurch begründet, dass sie das Aeusserste setzt, in welchem allerdings nach Umsturz des Staates kein Tribunal mehr vorhanden ist für den Hochverrath. Aber die Wirklichkeit entgegnet, dass die zur Vernichtung des Staats bestimmte Handlung vollendet, sonach der Hochverrath vollzogen sein kann, während der Staat noch volle Kraft besitzt, ihn zu strafen. Es ist demnach keine Nothwendigkeit vorhanden, vom gewöhnlichen Verfahren abzugehen, welches dem bloßen Versuche eine geringere Strafe, dem bloßen Entschlusse, welcher, ohne zur Rechtsverletzung geworden zu sein, völlig frei zurückgenommen wird, völlige Straflosigkeit zusichert. Vrg. *L. I. §. 2. Quod quisque juris. L. 5. D. ad SCtum Turpill. L. 8. C. de his, quib. ut indign.* Vielmehr wenn man die Art erwägt, in welcher Staatsverbrechen gemeinlich beschlossen werden und lange im Dunkeln fortschleichen, so scheint angemessen, denjenigen, welche entweder die Annäherung des Ausbruchs erschreckt, oder deren Ueberzeugung sich ändert, einen Ausweg zu lassen zur Reue, verdammt sie aber das Gesetz nach der entferntesten Theilnahme unabänderlich, so dass nur eine eben so gefahrvolle als oft sittlich unmögliche Anzeige sie retten

kann: so werden sie dadurch mit den Rädelsführern der Verschwörung unabänderlich verbunden, und grade die Strenge des Gesetzes, welche nach dem ersten Schritte alle andern gleichgültig macht, verfehlt den Zweck desselben. Hiernach würde der Hochverrath erst vollzogen sein, wenn irgend eine Verletzung des Staates geschehen ist, dagegen Anschaffung von Waffen, überhaupt Verabredung über gewaltsame Mittel, erst die höchsten Grade des Attentats begründete. Dass nach gewöhnlicher Beurtheilung des Criminalverfahrens bis zu den geringsten Graden herabsteigen kann. Diese Ansicht ist durchgeführt im Württemberg. Hochverrathsgesetze von 1809, wornach Versuch und Mitwissenschaft mit willkürlicher Freiheitsstrafe, nicht über 10 Jahre, belegt wird, und der Gerichtsbrauch die entfernteste Theilnahme bis auf zweimonatliche Festungsstrafe herabsetzt. Unter den Criminalisten hat vorzüglich TITTMANN sie vertheidigt, a. a. O. 2. B. pag. 244 ff., wo pag. 256 auch einige ältere Auctoritäten dafür aufgeführt werden. Dagegen scheint der Grund sehr bedenklich, aus welchem die Milde dieses Criminalisten gegen Staatsverbrechen hervorgeht. 1. B. p. 91: „Die Verbrechen sind um so grösser, je wichtiger das Recht ist, welches durch sie verletzt wird. Daher Verletzungen der angeborenen Rechte (Verbrechen) grösser als Verletzungen der erworbenen (Vergehen), weil von der Erhaltung jener die Persönlichkeit des Menschen selbst abhängt, da hingegen auf diesen nur die Mittel zur Erhaltung der Persönlichkeit beruhen. Ein Mord ist demnach grösser, als die Vernichtung des Daseyns des Staates, denn durch jenen wird das höchste Recht (auf Leben) aufgehoben, durch diese nur die Schwierigkeiten (nicht Unmöglichkeit) es zu erhalten hervorgebracht.“ Dagegen ist zu erinnern, sowohl ideal betrachtet, ist der Staat als die äusserlich gewordne Vernunft, das höchste äussere Gut, als auch real, Grund der Anerkennung aller Rechte, daher eine Aufhebung des Staats, oder eine Umwälzung, welche den Durchgangspunkt der Anarchie, als des höchsten äussern Uebels nicht vermeiden kann, für das höchste Verbrechen gehalten werden muss, wie auch in allen Gesetzgebungen geschieht, z. B. im

römisch-deutschen Hochverrathsgesetze des Honorius u. Karl's IV, welches den Hochverräther zu viertheilen, sein Vermögen einzuziehen, seinen Namen zu verfluchen, seine Kinder und jeden für ihn sich Verwendenden (selbst die gerichtlichen Defensoren müssen desshalb erst eine besondere Erlaubniss des Staates nachsuchen) zu infamiren gebietet. — Ebenso willkürlich fordert Hr. T. als charakteristisches Merkmal des Hochverrathes, dass er in dem Missbrauche einer vom Staate anvertrauten Gewalt zur Vernichtung des Daseins desselben bestehe, sonach nur von Staatsdienern begangen werden könne (a. a. O. 2. B. p. 261). Keine Gesetzgebung hat dieses Merkmal in den Begriff aufgenommen, und der Name, auf welchen berufen wird, deutet nur an, dass derjenige, welcher im Schutze des vaterländischen Gesetzes auf Mittel sinnt, zu dessen Vernichtung, und die höchste Treue bricht, seinen Bürgereid, den höchsten Verrath übe. Daher gehört allerdings Bürgerpflicht zum Wesen des Hochverraths, und in so fern ist z. B. seit Aufhebung des Reichsverbandes ein deutscher Hochverrath nicht ferner möglich, denn der deutsche Staatenbund, welcher den Bürgern der verschiedenen Staaten keine nähern Rechte gewährt, als durch jeden Friedenstraktat stipulirt werden könnten, legt auch keine gegenseitige Bürgerpflicht auf, daher diejenigen Staaten, welche sich weigerten, der hohen Central-Commission zu Mainz ihre wegen Staatsverbrechen angeklagten Unterthanen auszuliefern, ihr specielles Staatsgesetz, einen Bürger seinem zuständigen Richter nicht zu entziehen, mit Recht vertheidigten durch jenen allgemein gültigen Satz der Criminalwissenschaft. Vrg. J. VAN BEUCKER, *de crim. laesae majestt. Franeq.* 729. C. A. SCHOTT, *üb. d. Vrbrch. d. beleidigt. Majest. Tüb.* 797. GRUENEBUSCH, *de cr. perduellionis apud prisc. Roman. Cell.* 802. KLEINSCHROD, *ü. d. Bgr. u. d. Strafbrk. d. Hochverr. In s. u. KLEIN's Arch.* 1. B. 1. St. N. 2. FEUERBACH, *phil. jurid. Unters. üb. d. Verbr. d. Hochver. Erf.* 798. Modificirt in s. Lehrbuche. BOSSE, *üb. Hochverr. etc. Gött.* 802.

30.

KLEINSCHROD, a. a. O. p. 86: „Es ist eine schon von andern gemachte Bemerkung, dass Gesetze nichts fruchten, wenn die Meinungen des Volkes damit nicht übereinstimmen. Die erste Sorge des Gesetzgebers muss also dahin gehen, der öffentlichen Meinung, wenn sie gut ist, zu folgen, oder wenn sie unrichtig ist, sie auf den rechten Weg zu führen.“

31.

GROLMANN, a. a. O. p. 741. b: „Leider vergessen die Richter in manchen Landen, in welchen die Gesetze die Tortur abgeschafft haben, dass der Begriff derselben nicht auf die Instrumente eingeschränkt sei, welcher man sich gewöhnlich für den Zweck derselben bedient hat. An die Stelle der Daumschrauben tritt der Stock, oder ein jedes menschliche Gefühl empörender Kerker, und das Regiment dieser Martern ist wirklich fürchterlicher und schädlicher, als das der Daumschrauben, weil man bei jenen nicht einmal die Voraussetzungen berücksichtigen zu müssen glaubt, welche die Gesetze für den Gebrauch dieser Mittel mit so grosser Vorsicht festgesetzt haben.“ H. v. ARNIM, der edle Justizminister, a. a. O. p. 32 ff. erzählt furchtbare Beispiele dieses neuern Verfahrens und seiner Folgen.

32.

FEUERBACH, (Lehrb. d. peinl. R. p. 61 f.) leitet mit Recht die Ehrlosigkeit nicht, nach dem Herkommen, von der Strafe, sondern vom Verbrechen ab. Indem er sonach den Spruch über Ehre im Gegensatze der Volksmeinung durchzuführen achtet, meint er offenbar die wahre innere Ehre, von welcher er aussagt, dass sie durch Geringschätzung der Gesetze und Nichtachtung der Rechte anderer verloren gehe. Dennoch betrachtet er mit Recht das Wesen des Verbrechens nicht als eine sittliche Verletzung, sondern als äussere Rechtsverletzung, die erst durch das Gesetz Verbrechen wird, und er selbst ist es vor allen, der das

Gerede von sittlicher Zurechnung in seiner philosophischen Impotenz dargethan, und bewiesen hat, dass die Freiheit als etwas Unsichtbares und Intelligibles gar nicht einer äussern Beurtheilung unterliegen könne, sondern zur juristischen Strafbarkeit bloss das Begehrungsvermögen erforderlich sei, oder das Vermögen sich zur Realisirung des Objectes zu bestimmen, (Willkür hätte es F. nach Begriff und Sprachgebrauch allerdings nennen können) wozu nur das Bewusstsein des Strafgesetzes und Subsumtion der Handlung unter dasselbe gehöre. Wären hiernach diesem grossen Grafen des Blutbannes wirklich nicht Fälle bekannt, da das Verbrechen vollzogen und mit allem Rechte vom Staate bestraft wurde, dennoch, weil sie keinesweges aus Unsittlichkeit hervorgingen, auf welcher alle wahre Ehre ruht, diese Ehre auf keine Weise verletzt wurde? Der ganze Trugschluss beruht auf dem Vordersatze, dass die Ehre sich gründe auf die Rechtlichkeit, bedenkt H. v. F. was er grade zur Entscheidung gebracht hat, dass diese Rechtlichkeit von Sittlichkeit völlig geschieden, auch als Folge einer bloßen Furcht vor der Strafe vollgültig sei, sonach ein dressirter Hund dieselbe Rechtlichkeit bewähre: so möchte er wohl zugeben, dass aus dieser noch keine Ehre hervorgehe, durch dieselbe sonach auch noch keine Ehre unbedingt verloren gehe.

33.

So — gegen den Grundsatz des spätern römischen Rechts: *quod principi placuit, legis habet vigorem*, und gegen den altfranzösischen Kabinetstyl: *car tel est notre plaisir*, — die deutsche Ansicht, s. WEBER, a. a. O. p. 381: „Die wesentliche Bedingung (der Begnadigung), dass Umstände vorliegen müssen, die, wenn sie bei Abfassung der Gesetze bereits bekannt und vorhanden gewesen wären, solches schon damals für den gegenwärtigen Fall beschränkt oder eine gesetzliche Ausnahme bewirkt haben würden — und Rücksicht auf das Staatswohl im Vergleich zur vorliegenden Uebelthat.“ Vrg. OHMEYER, von dem Begnadigungsrecht der Regenten. Wien, 799. (SALCHOW) über das Begnadigungsrecht d. Regenten u. d. richterlichen Ausspr. Jena,

802. KLEIN, üb. Begnadig. u. natürl. St.R. Im Arch. 6. B. 4. St. N. 1. Auch die protestantischen Theologen führten eine (in LÖSCHER's Unschuld. Nachrichten. 707. p. 778 ff. u. WALCH's Einl. in d. Religionsstr. innerh. d. luth. K. 3. B. c. 5. §. 15. p. 69 ff. erzählte) Contravers über das Recht eines evangelischen Fürsten, einen Mörder zu begnadigen. Dasselbe hatte behauptet: HANNEKEN (Wittenb. Theolog), *de jure gratiae principis christ. in reos noxae capitalis*. Dagegen geläugnet nach 1. Mos. IX, 6, (das, als göttliches und allgemeingültiges Gesetz, wie es betrachtet wurde, allerdings nicht durch weltliche Gewalt suspendirt werden konnte): RECHENBERG, *de jure princ. chr. aggratiandi circa homicid. negato*. Lips. (702.) 724. Gegen ihn: THOMASIUS *de jure agratiandi principis evangelici in causis homicidii*. (Hal. 707.) Jen. 739. Und wider ihn mit RECHENBERG: BODINUS, (ICTUS Hal.) *select. conclus. juris controversi. conc. III.*

34.

Literatur dieses Streites: MALBLANK, *Gesch. d. P. G. O.* p. 260. (BLUEMNER) *Entw. e. Literat. d. peincl. R.* §. 57. TITTMANN, *Grndlin. d. St.R.W.* §. 57. a. Recension der Meinungen: PASTOREL, *des loix penales. II. c. 1.* und ERHARD's Uebersetz. 1. B. p. 269 ff. GMELIN, *Grunds. d. Gesetzg.* §. 36 ff. ABICHT, v. Belohnngn. u. Strf. 2. B. p. 262 ff. *Jus poenae mortis ejusq. congrua applicatio*. Giss. 792. p. 43 sqq. KLEINSCHROD, a. a. O. 3. B. p. 16 ff. KLEIN, *Annalen d. Rechtsgelehramk.* 4. B. p. 34. 9. B. p. 19. 13. B. p. 214 ff. J. A. BERGK, im 2. B. p. 65 ff. seiner Uebers. des BECCARIA. Leipz. 798. TITTMANN, *Handb.* 1. B. p. 112 ff. Beizufügen ist eine a. A. v. V. BARKHAUSEN's Bemerkk. üb. (gegen) d. Todesstr. Hrsgg. v. H. L. W. BARKHAUSEN. Halle u. Leipz. 805. J. WERNER, *prüfende Gedanken üb. (geg.) d. Recht d. Todesstrafe*. Landsh. 810. GROHMANN, *historische Gründe, welche den Schluss in d. gerichtsarztl. Gutachten auf die Freiheit des Willens und das Territionssystem der Todesstrafen sehr in Zweifel setzen*. Abhandl. in NASSE's Zeitschr. f. Anthropologie. Leipz. 823. 2. H. p. 316—329. Ebendr. *Läuft der Staat Ge-*

fahr, wenn er die Todesstrafen wenigstens auf einige Zeit versuchsweise suspendirt? Ebendas. 4. H. p. 273—321.

35.

BERGK, (zu BECCARIA, 2. B. p. 184 ff. u. Philos. d. peincl. R. §. 38.) giebt demselben Beweise nur eine abstractere Form: das Leben zu erhalten, als Möglichkeit die Forderungen des Sittengesetzes zu erfüllen, ist Gewissenspflicht. Als dem Menschen angeboren und untrennbar von ihm, nicht erst durch das Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft erworben und bedingt, schlägt es gar nicht in das Rechtsgebiet ein, worauf die Thätigkeit des Staates beschränkt ist, der das Leben weder schützen noch entziehen kann. — Er kann und soll es aber allerdings schützen, so gewiss als die andern angeborenen Güter, und so gewiss er diese, z. B. die Freiheit ebendesshalb auch entziehen kann, so gewiss auch das Leben.

36.

DIDEROT in der Gegenbemerkung zu dem obigen Grunde des March. BECCARIA führt als Beispiel auf, wie tief eine solche Verabredung in der Natur gegründet sei, dass man sie oft bei besondern Verbindungen eingehe, wie z. B. bei Verschwörungen der gewöhnliche Bundesartikel: Den Verräther trifft der Tod!

37.

DIDEROT: Der Abscheu vor dem Henker rührt von dem Mitleide her, dass der Mensch für seines Gleichen fühlt, und das auch stattfinden würde, wenn er ihn in einem solchen Zustande erblickt, der seine Leiden nicht endigt, sondern sie anfängt. Man bewaffne den Henker mit Ketten und Peitsche, und schränke sein Geschäft bloß darauf ein, dem Verbrecher das Leben gehässig zu machen; dieses schmerzliche Schauspiel, das er aufführt, wird ihn eben so verabscheuungswerth erscheinen lassen. Die Strafe wird aber nicht desto weniger gerecht sein. Jener Abscheu ist also nicht ein Widerspruch der Natur gegen die Todesstrafe, sondern eine maschinenmässige Be-

wegung, ein physisches Widersträuben, das der Mensch fühlt, wenn er seines Gleichen leiden sieht.

38.

Z. B. TITTMANN, a. a. O. 1. B. p. 141, berichtet den Fall, wo gegen ein Urthel aus dem Grunde appellirt ward, weil es nur ein Jahr, nicht lebenslängliche Zuchthausstrafe bestimmt hatte. — Ueber den ganzen Beweis vrg. J. E. F. SCHALL, v. Vrbrch. u. Strf. Nachlese u. Berichtigg. zu BECCARIA. 779. p. 60 ff. FEUERBACH, der Tod ist das gröste Uebel und die abschröckendste Strafe. In d. Biblioth. d. peinl. R. 2. B. 1. St. N. 4.

39.

Vrg. BESECKE, ds. *de homicidio ex vitae taedio commisso, non mortis poena, sed perpetuis carceribus puniendo.* Hal. 772.

40.

Diess gestehen selbst die gemässigten Vertheidiger der Todesstrafe zu, z. B. H. v. GLOBIG in d. v. ihm u. HUSTER 1783 hrsgg. Abh. üb. d. Criminalgesetzgebung: „Je heftiger die Empfindungen des menschlichen Herzens sind, desto weniger halten sie an, weil die Heftigkeit selbst die Einbildungskraft ermüdet, dagegen machen schwächere Empfindungen, wenn sie wiederholt werden, einen anhaltendern Eindruck als eine starke augenblickliche Empfindung, welche jene in der Intensität, nicht in der Dauer aufwiegt. Wer wollte also den Eindruck der Todesstrafe mit dem vieljährigen Beispiele der Sklaverei vergleichen! Ja die gute Wirkung der erstern wird meistentheils durch das Mitleiden verdrängt, das sie erregt. Bei andern Strafen bleibt dem Mitleidigen die Hoffnung der Bessrung und Befreiung des Gepeinigten noch übrig, und diese Hoffnung vermindert das Mitleid selbst.“ Auf die Fälle, wie oft sie auch vorkamen, da die Strafe eine völlig umgekehrte Wirkung hatte, und Verbrechen nur in der Absicht begangen wurden, um das Leichengepränge einer Hin-

richtung zu geniessen, wollen wir uns gar nicht einmal berufen, da wir billig genug sind, einzuräumen, dass nur tief erkrankte Schwärmerei einestheils, die Form unsrer Hinrichtungen anderntheils hieran Schuld trage, obschon bemerkt werden könnte, dass eine weise Gesetzgebung auch den Schwachen Aergerniss und Versuchung möglichst ersparen müsse, und ohne Verletzung der Oeffentlichkeit und Humanität die Vollziehung des Halsgerichtes nicht wohl verändert werden könne. Der Kanzler v. AUTENRIETH, dieser grose Arzt und Staatsmann, dem nichts Menschliches fremd ist, schlug einmal vor, die Hinrichtungen wiederum nach dem richtigen Gefühle der Alten im Kerker zu vollziehn, während eine schwarze Fahne vom Gefängnissthurme wehte, vielleicht auch eine Trauermusik oder ein Sterbelied gehört würde, bis der Richter das blutige Haupt des Verbrechers dem Volke herauszeigte. In der That würden durch diesen zu erwägenden Vorschlag die dermaligen Unziemlichkeiten wegfallen, das menschliche Antlitz, im hochnothpeinlichen Schmerze nicht zum Schauspiel der Menge gemacht, würde geehrt, und dennoch durch den Schauer des Geheimnisses die Handlung um so furchtbarer werden für die Phantasie. Vrg. BENJ. RUSH, Untrsuch. d. Wirksmk. öffentl. Strf. a. d. Vrbrch. u. d. Gesellsch. Leipz. 792. Dennoch da Kertermord nicht ohne mancherlei Verdacht bleiben würde, scheint bedenklich, die von unsern Vätern empfangene Publicität des Gerichtsbannes aufzugeben, deren Wiederherstellung vielmehr in ihrem ganzen Umfange zu wünschen wäre. Vrg. PÜTTMANN, üb. d. öffentl. Vollstreck. d. peincl. Str. Sendschr. an (gegen) RUSH. Leipz. 792.

41.

Nach BERCK zu BECCARIA. 2. B. p. 81.

42.

Nach dem Gerichtsbrauche. S. QUISTORP, Grnds. d. peincl. R. 5. A. Rost. u. Leipz. 794. 2. B. §. 849.

43.

STÜBEL; Criminalverf. 5. B. §. 3465 ff. MITTERMAIER, a. a. O. 2. B. p. 578.

44.

Hr. v. GLOBIG (Vers. e. Theorie d. Wahrscheinlichk. z. Gründ. d. hist. u. gerichtl. Bew. Regensb. 806. 2. Th. 6. Absch. §. 5.) u. Hr. STÜBEL (a. a. O. §. 2155 ff.) haben vollkommen erwiesen, dass die gewöhnliche Meinung, welche das Erstere verzeiht und nun das Zweite bestraft, oberflächlich sei, denn Inculpat, welcher ein Verbrechen läugnet, kann durch die geringste Querfrage des Inquirenten sich veranlasst finden, Thatsachen zu erlügen; obschon er nach der in den Landen diesseits des Rheines geltenden Theorie des gerichtlichen Beweises, um wenigstens von der Instanz absolvirt zu werden, meist klüger handeln würde, einfach zu läugnen, ohne durch positive Rechtfertigungen dem Inquirenten Raum zu geben und Mittel zur Verwicklung in Widersprüche. MITTERMAIER, Hndb. d. peinl. Rechts. Heidl. 810—12. 2. B. p. 169, bei der Rechtfertigung der Strafe für das Lügen, erklärt das Lügen für straflos, „weil der Staat die Ungerechtigkeit fühlt, jemanden zu einer Aussage durch körperliche Schmerzen zu zwingen, die für den Gefragten bedeutend schlimme Folgen nach sich zieht. Der Staat erkennt hier die Stimme der Natur, welche stark genug den Verbrecher zurück hält.“ Warum aber soll dieselbe Stimme der Natur nicht erkannt werden, wenn sie in nothwendiger Folge der ersten Handlung und in einer bloß formellen Verschiedenheit des Contradictorischen und Conträren durch eine Lüge sich zu retten sucht! Man strafe beides oder keines. Von beiden Fällen ist aber verschieden die Erklärung des Inquisiten, dass er über einen gewissen Punkt sich nicht erklären wolle, welche, wenn sie nach der herkömmlichen Ermahnung und Aufklärung über die Folgen hartnäckig behauptet wird, offenbar gleich ist mit dem Falle der wiederholt verkehrt gegebenen Antwort, des völligen Verstummens oder unentschuldigten Nichter-

scheinens vor Gericht, woraus ein Contumacialbekenntniss über den betreffenden Punkt gefolgert wird, welches nach deutschem Gerichtsbrauche die Wirkung des unvollkommenen Criminalbeweises hat, worauf in peinlichen Fällen ein Urthel nicht gegründet werden kann, (wohl aber, wie das Baiersche Gesetz ausdrücklich bestimmt, fortwährende Haft) es wäre denn, dass, abgesehen vom Anklagepunkte, der bewiesne Ungehorsam, wie nach römischem Rechte, Einziehung des Vermögens nach sich zöge, nach Chursächs. Rechte in einigen Fällen mit Ehrlosigkeit verbunden (STRÜBEL, a. a. O. §. 820 ff. Überhaupt haben die alten Rechte in diesem Punkte vieles Eigenthümliche, so wird nach Altschottischem Rechte bei hartnäckigem Verstummen in Todessachen die Strafe zwar durch eine besonders grausame Art des Lebendigbegrabens vollzogen, dagegen die Güter des Verurtheilten in diesem Falle nicht eingezogen werden, wesshalb in den bürgerlichen Kriegen auf der That ergriffne Hochverräther meist auf diese Weise verstummt und starben, um ihrer Familie die väterlichen Güter zu erhalten. — Allein die Wissenschaft hat, so weit uns bekannt, den nothwendigen Unterschied nicht berücksichtigt, und die Praxis, z. B. in Wirtemberg verwirft ihn, wenn Inquisit verweigert, sich auf einen Vernehmungsartikel einzulassen, weil er behauptet, dass derselbe dem Gegenstande des Processes durchaus fremd sei, und durch sein Einlassen auf denselben ihm selbst eine vom richterlichen Verfahren unabhängige Beschädigung drohe, ein fremdes Privatgeheimniss verrathen, oder ein Freund (ohne den Verdacht eines Mitschuldigen) compromittirt werde. Auch das Baiersche Gesetzbuch v. 1813 spricht ganz unbestimmt, Art. 190, wenn Inquisit bei einer oder der andern Frage die Antwort verweigere, so könne die Art. 188, bestimmte Ungehorsamsstrafe eintreten, nämlich dreimal im Zwischenraume einiger Tage wiederholte fünf bis zwanzig Streiche. Es ist offenbar, dass ein unschuldiger Mann höhern Standes hierdurch wegen einer Ausübung seines Privatrechts, zu der sein Gewissen ihn vielleicht verbindet, eine Misshandlung erleiden kann, nach der ihm wenig anders übrig bleibt, als nach seiner Freilassung zwei Pistolen zu laden,

die eine für seinen Inquirenten, die andre für das eigne gebrochne Herz. Da nun der Anklagestand keineswegs die Privatrechte suspendirt, noch weniger fremde Rechte dadurch beschädigt werden sollen, sondern diese Beschädigung nur so weit rechtlich ist in der Untersuchung, als sie unumgänglich erscheint, einestheils auch Inquirent, besonders bei geringern Vergehen, aus Neugierde oder wegen eines privatrechtlichen Verhältnisses seiner selbst oder seiner Freunde zu dem Inkulpaten in der Nachforschung weiter gehn kann, als der gegebne Fall berechtigt, anderntheils aber auch Inkulpat als in eigener Sache und ohne Übersicht des Untersuchungsplanes nicht beurtheilen kann, wiefern eine Frage nothwendig sei: so muss nach der Analogie eines gewöhnlichen Interlocuts der Beklagte mit einer Defension gehört werden von der höhern Instanz, welche, nach dem Berichte des Inquirenten über das Verhältniss der betreffenden Frage in seinem vorzulegenden Untersuchungsplane, zu Recht erkennt. Dagegen findet die Rechtfertigung der Ungehorsamsstrafen und ihre Unterscheidung von der Folter, wie sie z. B. MITTERMAIER (a. a. O. p. 165) gründlich führt aus der Pflicht jedes Bürgers, dem Staate die Wahrheit zu sagen, hier keine Anwendung, denn nur ein Despot und kein Staat kann ein unbedingtes Recht ansprechen auf die Geheimnisse des Bürgers, das Recht des Staates ist nur so weit gegründet, als der Staatszweck, im vorliegenden Falle die Nothwendigkeit des criminellen Verfahrens dasselbe fordert, über diese Nothwendigkeit für bestimmten Fall, sonach über das Recht zweifelt aber eben Inquisit, und als Bürger hat er das Recht, dass eine unpartheiische Behörde über die dermalige Nothwendigkeit der Verletzung seines Privateigenthums entscheide. Erst gegen diese Entscheidung ist Ungehorsam möglich und strafbar.

45.

STÜBEL, a. a. O. 2. B. §. 1022 ff. 3. B. §. 1185 ff.

46.

TITTMANN, Hndb. 4. B. p. 563, nt. u. „Es würde höchst gefährlich sein, die Strafe von dem guten Willen oder Unverstande

des Angeschuldigten abhängig zu machen und es auf sein Geständniss ankommen zu lassen. „*Honny soit, qui mal y pense*, dass wir einer heitern Vergangenheit denken, in welcher die jugendliche Unbefangenheit so keck ist, sich an das Ehrwürdigste mit gutmüthigem Spotte zu wagen, wie die Narrenfeste des Mittelalters in das Heiligthum der unfehlbaren Kirche, ohne doch an Ehrerbietung für dasselbe etwas zu verlieren. Als Referent in studierte, hatte er mit lieben Freunden den Sommer durch sich auf einem benachbarten Berge angesiedelt. Um nun die Nüchternheit zu befördern, die grade damals nicht allzu heimisch war in jener Gegend, wurde ein Gesetz unter uns gegeben, dass unter den Brüdern vom Berge jeder, der eines Rausches schuldig funden sei, zum nächsten Abende dem ganzen Kreise der Freunde ein Gelage geben sollte. Da jedoch das Gesetz durch die Menge der Schuldigen, welche aus den Straffällen immer verdoppelt hervorgingen, seinen Zweck gänzlich verfehlte, wurde es nach dem Vorgange unsers neuen Criminalgesetzbuches dahin reformirt, dass, als in einem Capitalfalle, zum Beweise der Schuld auch die offenbarsten Indicien nicht zureichen sollten, sondern das Urthel einzig zu gründen sei auf ein nach eingetretener Nüchternheit erfolgtes freies ungefährdetes Geständniss. Hierauf geschah es, dass auf die eindringlichsten Vorstellungen und auf die unfehlbarsten Indicien die Inculpaten hartnäckig zu antworten pflegten: „Dem sei nun wie ihm wolle, ich gesteh' halt eben nicht!“

47.

MALBLANK, Gesch. d. P. G. O. Nürnberg. 783. p. 242 f.

48.

HOMMEL, Teutscher Flavius. 3. A. p. 577, 648, 669.

49.

Der letztere Fall z. B. wahrscheinlich herbeigeführt nicht ohne leiblichen und geistlichen Zwang untergeordneter Behörden,

trug sich 1823 nach der Ermordung des edlen Malers in Sachsen zu. Der Beklagte gestand den Mord. Obschon er nun dieses Bekenntniss nach einiger Zeit widerrief, so besteht doch gerade in diesem Königreiche ein Gesetz (Mandat vom 17. April 1810. Vrg. TITTMANN, üb. Geständn. u. Widerr. Hal. 810. §. 19.), nach welchem der Widerruf eines gerichtlichen Bekenntnisses, wenn keine Gründe vorhanden sind, um in Gewissheit zu setzen oder doch glaublich zu machen, dass Inculpat solches wider die Wahrheit abgelegt habe, dessen Kraft nichts benimmt, vielmehr auf dasselbe die ordentliche Strafe gegründet werden kann. Es ist aber einestheils nicht wahrscheinlich, dass Beklagter diese Gefängnistortur bis zu einem Grade ihrer Unrechtmässigkeit darstellen konnte, wodurch die Unwahrheit seiner Selbstanklage glaublich wurde, denn obschon die Sache selbst in England durch *JOHN ROUSSEL'S Tour in Germany* eine grose Publicität erlangte, so hat doch nichts verlautet von einer Bestrafung derjenigen, welche jene Gefängnisqual veranlassten, wesshalb bei der bekannten Gerechtigkeit dieses Landes weniger eine einzelne ungesetzliche Handlung, als ein verjährter Missbrauch der Gefängnisseinrichtung offenbar geworden zu sein scheint, dessen Abstellung um so sichrer ist, da die heftige Rüge desselben in der Uebersetzung des oben angezogenen Reiseberichts durch Deutschland (Leipz. bei Liebeskind. 825.) von der Sächs. Censur nicht unterdrückt wurde. Andernthails ist auch höchst wahrscheinlich, dass die vorige Ursache, fortwährendes Gefängniss, zu dessen Härte der durch das frühere Geständniss begründete Verdacht jetzt noch mehr Veranlassung gab, wiederum dieselbe Wirkung hervorgebracht haben würde, Zurücknahme des Widerrufs. Da nun auch Indicien, welche schon die Verhaftung veranlasst hatten, nicht gänzlich fehlten (obschon gesetzlich diese nach erfolgtem Geständnisse nur zur Vollständigkeit der Untersuchung in Todessachen weiter verfolgt, aber keineswegs unbedingt nöthig gehalten werden zur Begründung des Urthels, s. TITTMANN, a. a. O. §. 7—10. 12.): so konnte, wenn sich der wahre Mörder nicht während der Untersuchung gefunden und dadurch die ganze Lage der Dinge verän-

dert hätte, ein Sächs. Spruchcollegium nicht wohl anders, als den Tod über den Unschuldigen aussprechen, welchen nur die Gnade des Landesherrn retten konnte, und allerdings auch gerettet haben würde mit der frommen Gewissenhaftigkeit, die seit mehr als einem halben Jahrhunderte dieses Land vor Blutschuld bewahrte, und diesem in allem seinen Unglücke glücklichen Reiche die Wohlthaten der aufgeklärtesten Gesetzgebung durch den zuverlässigen Geist der ehrwürdigsten Persönlichkeit gab oder ersetzte. — Der seltne Fall ist hier mit Achtung anzuerkennen, dass die protestantischen Dogmatiker auf diesem fremden Gebiete den Criminalisten um ein Jahrhundert voraus waren. Folgende Stelle GERHARD's (a. a. O. T. XIV. p. 179.) würde auch jetzt noch ein Handbuch des CR. ehren: „*Juris interpretes recte statuunt, in criminalibus probationes luce meridiana clariores esse oportere. Consequens hujus regulæ est, quod propria confessio rei non sufficiat ad poenam infligendam, nisi de veritate delicti constet; multi enim taedio vitae ad poenas se offerunt, licet nihil admiserint morte dignum, et homines conscientiae stimulis impulsì quandoque rigidiores sunt in se ipsos quam leges. Genes. XLIV. 16. Josephi fratres et inter eos etiam Benjamin, licet innocentiae suae probe sibi consciù essent, nihilo tamen minus furti se reos fatentur; proinde ad probandum aliquod scelus non sufficit propria rei confessio vel metu, vel torquentorum cruciatu, extorta, sed necessaria sunt alia evidentiora indicia, ut ex hoc loco colligit Gesnerus disp. XXXIV. in Genes. 2 Sam. I. 10, Amalekita se Saulum interfecisse mentitur, cum nihil tale ab ipso fuisset factum. Sit ergo magistratui perpetuo in conspectu posita divina sanctio: Deut. XVII. 4. Si scelus aliquod renuntiatum tibi fuerit, atque audieris, inquire diligenter, ac si vera ac certa fuerit res illa, si commissæ fuerit abominatio ista, tunc produces virum. XIX. 18. Cum diligentissime perscrutantes judices invenerint falsum testimonium contra fratrem dixisse, reddent ei sicut fratri facere cogitavit.*“

50.

Besonnene Criminalisten, z. B. TITTMANN, Hndb. 4. B. Vorr. u. §. 793 ff. erklären sich gegen die neuere Möglichkeits-theorie, nach welcher zur Gewissheit des Thatbestandes die Unmöglichkeit des Gegentheils gehört, und fordern, weil fast alles auf historischer Treue beruhe, wo die mathematische Gewissheit des Augenscheines nicht stattfindet, zur Begründung des Urthels nur subjective Gewissheit, welche vernünftiger Weise das Gegentheil nicht für wahr halten könne, weil ausserdem ein Straf-urtheil äusserst selten oder nie gesprochen werden dürfe. Ganz recht, wir müssen sprechen nach subjectiver Gewissheit, d. h. hoher Wahrscheinlichkeit, oder aus Achtung vor der *justitia* ein ewiges *justitium* ansagen. Da nun das Gegentheil, so lange dessen Unmöglichkeit nicht bewiesen ist, allezeit als Wirklichkeit hervortreten kann, welche furchthare Möglichkeit bei jedem Todes-spruche!

51.

Von H. CORRODI, im Schweizer-Museum. 3. St. 783.

52.

Irren wir nicht, so erzählt FICHTE in seiner Sittenlehre die Anecdote eines Matrosen, den ein Geistlicher unter Vorstellung der ewigen Höllenqualen ermahnte, abzustehn von seinem ruchlosen Lebenswandel. Je nun, erwiederte der Matrose, ich werde ja sehn, ob's nicht in der Hölle auszuhalten ist.

53.

„Glaubt mir, der Allerrhöchste hat an Galgen und Rad kein Wohlgefallen. Er vergiebt dem bussfertigen Sünder, wenn er auch nicht geköpft wird, und thut der Verurtheilte keine Busse, so wird auch das vom Richter vergossene Blut die Sünde nicht abwaschen. So wahr, als der Herr lebt, er hat kein Wohlgefallen am Tode des Gottlosen!“ So spricht, nicht ein Theolog, sondern der kraftvolle HOMMEL in s. Gedankk. üb. d. Kriminalr. 784. — Dass dagegen der zum Principe des Strafrechts aufstrebende Grundsatz: das Handeln des Beleidigers als Thier hebe alle Gemeinschaft mit Menschen und alles Menschenrecht auf (S. d. gerettete Rechtmässigkeit der Todesstr. Deutschland, 797.) kaum einer Erwähnung verdiene, bemerkt schon TITTMANN, Hndb. 1. B. p. 53.

54.

Z. B. TITTMANN, a. a. O. 1. B. p. 112 ff. obschon behauptend, dass die Rechtlichkeit der Todesstrafe an sich vernünftiger

Weise gar nicht in Zweifel gezogen werden könne, hält sie doch nur zulässig für den Fall, wenn die Unsicherheit des Rechtsgebietes nur mit der Vernichtung des Urhebers derselben aufgehoben werden könne, daher sie auch nicht eigentlich durch ein positives Gesetz anzudrohn, sondern ihre Nothwendigkeit im bestimmten Falle nach den besondern Verhältnissen erst auszumitteln sei. Ebenso KLEINSCHROD, a. a. O. 3. B. p. 18 ff. u. a.

55.

Die Brüder BACHEVILLE, Capitäns der alten Garde, 1816 des Hochverrathes angeklagt und durch ein (nachher zurückgenommenes) Urtheil *in contumaciam* zum Tode verdammt, waren nach Jassy geflohen, wo der französische Consul ihre Auslieferung verlangte. Der Hospodar schrieb deshalb um Verhaltungsbefehle, der Reisseffendi antwortete: „Wenn es schlechte Leute sind, so jagt sie fort. Sind sie aber ordentlich und von guter Aufführung, so gestattet ihnen Schutz und Aufenthalt, ohne euch um ihre politischen Meinungen zu bekümmern.“ S. FISCHER's roman-tische Kriegs- und Lebensabentheuer. Frankf. 825. 1. Th.

56.

Omnium delictorum una poena mors. DRACONIS Lex. IV. S. Pardulphi Prateji jurisprudent. vetus in OTTONIS Thesaur. juris Rom. T. IV. p. 388. — Auch der Kurfürst von Sachsen wurde den 10. Mai 1547 wegen Hochverrathes zum Schwerte verurtheilt, (s. d. Urtheil bei HORTLEDER, B. 3. Cp. 70. p. 575.) und erlangte nur die Verwandlung in unbestimmte Gefangenschaft gegen Übergabe seiner Festungen, Verzichtleistung auf die Kurwürde und alle Lande Ernestinischer Linie für sich und seine Nachkommen, mit Ausnahme Koburgs, als Apanage seines Bruders Johann Ernst. Nach altkirchlichem Brauche dürften wir den Erlauchten Gefangenen zu den Märtyrern zählen.

57.

Als die republikanische Parthei von Florenz gegen die Gewalt COSMUS des Ersten erlag, schrieb ihr Haupt, STROZZI, bevor er sich im Kerker erstach, die Worte der Dido mit dem Dolche in die Mauer: *Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor!* Rächer haben dem schönen, unglückseligen Lande niemals gefehlt, aber Retter. MACCHIAVELLI hatte nur den Geist. Ein Executor seines Testamentes ward nicht erfunden.

58.

Die berühmte Instruction CATHARINA's für die zur Verferti-

gung des Entwurfes zu einem neuen Gesetzbuche verordnete Commission (Riga und Mitau. 769.) spricht denselben Grundsatz aus: „In dem gewöhnlichen Zustande eines gemeinen Wesens ist der Tod eines Bürgers weder nützlich noch nöthig. Nur in einem Falle kann er nöthig werden, d. i. in demjenigen, wo ein Gefangener noch Mittel und Kräfte findet, durch Empörung des Volkes Unruhe zu stiften. Es kann aber auch dieser Fall nirgends statt finden, als da, wo das Volk seine Freiheit zu verlieren, oder die verlorne wieder zu erhalten im Begriffe steht; desgleichen auch zur Zeit einer Anarchie, wenn die grösten Unruhen anstatt der Gesetze herrschen.“

59.

Noch die spätere *L. Baju. Tit. 2. c. 1. §. 3 sq.* behauptet den altväterlichen Grundsatz: *Ut nullus liber Bajuvarius a loco aut vitam sine capitali crimine perdat, i. e. si aut in necem ducis consiliatus fuerit, aut inimicos in provinciam incitaverit, aut civitatem capere ab extraneis machinaverit et exinde probatus inventus fuerit, tunc in Ducis sit potestate vita ipsius et patrimonium. Cetera vero quaecunque commiserit peccata, quousque habet, substantiam, componat* (durch das Wehrgeld) *secundum legem*. Nur Leibeigne wurden mit Entmannung oder mit dem Tode bestraft. S. EICHORN St. u. R. G. 1. B. §. 71. ROGGE, über d. Gerichtswesen d. Germanen. Hal. 820.

60.

Wir erinnern uns, vor kurzem in einer englischen Zeitschrift gelesen zu haben, dass aus dem Arbeitsertrage der sämtlichen Gefangenen in den vereinigten Staaten, nach Abzug der Atzungs- und Bewachungskosten noch ein jährlicher Ueberschuss von wenigstens 6000 Dollars bleibt. Dass eine solche Einrichtung gar nichts Unmögliches sei, hätte sich längst aus dem Gebrauche der Slaven ergeben sollen. Auch diese müssen ernährt und bewacht werden, dennoch ist ihr Preis hoch, ihre Arbeit einträglich. Zugestanden, dass die Bewahrungskosten von Verbrechern, weil sie meist so gewaltthätig und schlau als unter den Slaven nur die Ausgezeichneten, noch bedeutend höher kommen, so ist dennoch offenbar, dass aus der rechten Einrichtung ihrer Arbeit die Strafhäuser sich selbst müssten erhalten und noch ein ziemliches anbringen können, um die damit verbundenen Institute sittlicher Zucht zu verbessern.

61.

Auch eine achtungswerthe Seite dieses Gebrauchs ist nicht zu verkennen. Die Religion übte dadurch ihr schönes Recht, vor der Blutgier der Leidenschaften und Gesetze das Menschenleben zu retten und mildere Sitte einzuführen. Wonach wir jetzt streben mit der Kraft und Allgemeinheit des Gedankens, wie in geordneten Staaten allein geschehen kann, dasselbe versuchten jene, wie es ihnen allein möglich war, durch die Gewalt der Phantasie und durch die einzelne That. In gleicher Weise rühmen wir uns, dass der heilige AUGUSTIN zuerst wider die Folter sich erhob, wie denn auch THOMASIVS (*de tort. e foris Christianor. proscribenda. Hal. 705.*) mit den Waffen des Christenthums siegreich zuerst gegen sie kämpfte.

62.

Philipp. I, 20 ff.

63.

STÜBEL, a. a. O. 5. B. §. 3242.

64.

Wie niedrig auch ausgezeichnete Juristen in dieser Hinsicht zuweilen stehen, davon gebe die Art ein Beispiel, in welcher Hr. v. GROLMANN die Todesstrafe als gerecht oder doch indifferent darstellt. In s. Grunds. d. C.R.W. 2. A. §. 62: „Die absolute Sicherheitsstrafe soll dem Verbrecher die physische Möglichkeit, Rechtsverletzungen zu begehen, rauben. Sie muss daher die Möglichkeit, für willkürliche Zwecke in der Gesellschaft thätig zu sein, für ihn vernichten, und ihn daher als Menschen tödten. Das bloss thierische Leben ausser der Gesellschaft braucht sie ihm für ihren Zweck nicht zu entziehen. Sie kann sich daher, statt physischer Tödtung, als bürgerlichen Tod für den Verbrecher, durch Einsperrung desselben zu ewiger Slaverei, oder Deportation in menschenleere Gegenden, ankündigen. Dass dieses aber geschehe, ist keine Rechtsforderung, weil, wenn der Mensch getödtet ist, dem Thiere keine Rechte übrig bleiben. — Ob es Forderung der Humanität sei, ist schwer zu bestimmen, denn obgleich das Schauspiel des Schlachtens der Verbrecher, wenn es häufig gegeben wird, leicht Rohheit und Schwäche verrathen dürfte, so dürfte doch wohl auch schwerlich eine gute Vorstellung von der Humanität des Volkes möglich seyn, welches darin einen Beweis von Humanität finden könnte, dass man ihm ein thierisches Leben, ohne menschliches, anbietet.“

Diese ganze Demonstration ruht auf dem Grundsatz, dass der Mensch ausser der Gesellschaft oder in einem Kerker, aus welchem nur der Todesengel ihm führt, nichts als ein Thier sei. Bisher dünkte uns, dass Sokrates im Kerker ein fast göttliches Leben geführt habe, und herrlicher, als ein Tempel der Freiheit, erschien uns das Gefängniss des H. Paulus zu Cäsarea und Rom, in welchem er das Reich Gottes predigte und lehrte von dem Herrn Jesu mit aller Freudigkeit, und aus welchem jene Briefe hervorgingen, die erhabensten Denkmale christlicher Frömmigkeit; nun erfahren wir, dass jene ein blos thierisches Leben in ihren Banden geführt haben können. Wir wählten etwas schlagende Exempel und räumen gern ein, dass ihrer die Welt nicht viele aufzubieten habe: aber was irgend einmal durch Freiheit möglich war, das ist auch zu allen Zeiten möglich, ward jemals ein Ebenbild Gottes und der schönsten Humanität im Kerker erfunden, so kann auch noch heute etwas Sokratisches und Paulinisches in jedem Zuchthause sich finden, und die Behauptung nothwendiger Thierheit ist nichts als ein Geschwätz, welches nicht bedenkt, dass, wenn Freiheit irgend statt fand, sie unabhängig von der Aussenwelt immer statt finden müsse, und die aus der Freiheit hervorgehende Menschenwürde nicht auf dem beruhe, was der Mensch thut, sondern was er ist. Ueber die Einseitigkeit jener Behauptung hat sich selbst das Herkommen des Staates längst erhoben, welcher dadurch, dass er den Zuchthäusern eigne sorgfältig gewählte Seelensorger giebt, auch in den Verbrechern ihre höhere Natur achtet und zu erwecken sucht; wie viel auch hinsichtlich der sittlichen Zucht unsre Strafanstalten noch lernen könnten von denen Pensylvaniens.

65.

FEUERBACH: „Wenn das Gesetz das Gegentheil (des Rechts) verordnet, so muss es der Gesetzgeber verantworten und der Richter befolgen.“

66.

Der, wo neue Gesetzbücher noch nicht eingeführt sind, jetzt fast allein geltende Gerichtsbrauch, welcher Gesetze antiquirt, z. B. die Strenge der Goldnen Bulle gegen Münzfälscher und Kinder von Hochverräthern, ist wenigstens durch seine Festigkeit ein Analogon des Gesetzes und ein nothwendiges Übel bei fehlender Revision der Strafgesetzgebung. S. TITTMANN, Handb. 1. B. p. 21 f. So wie Auslegung und Ausdehnung eines Gesetzes durch den Richter nothwendige Folge des Mangelhaften an jeder Gesetzgebung, welche mit der Allgemeinheit des Be-

griffs nicht die besondern Modificationen aller besondern Fälle umfassen kann. J. F. H. üb. d. Gränzen d. richterl. Willkür. In HAGEMANN u. GÜNTHER's Arch. etc. 788. I. N. 2.

67.

Dagegen kann die Gefahr politischer Hinrichtungen nicht angeführt werden, denn diese geht aus ganz anderm Grunde hervor.

68.

Auch auf diesen Beweis der Erfahrung sind diejenigen zu verweisen, welche nicht abkommen können von ihrem Vorurtheile, dass Todesstrafe die höchste Abschreckung enthalte. Sind Landfriedensbruch, Nothzucht, Entführung, Kindermord, Kirchendiebstahl, Zauberei, Gotteslästerung, Münzfälschung, Wilddiebstahl (selbst einfacher Todtschlag z. B. nach Baierschem Gesetze) etc. häufiger geworden, nachdem der Gerichtsbrauch gegen die Verordnung der Carolina oder der alten Landesgesetze nicht mehr gegen sie auf den Tod erkennt, oder doch der Staat die Sentenz nicht vollzieht?

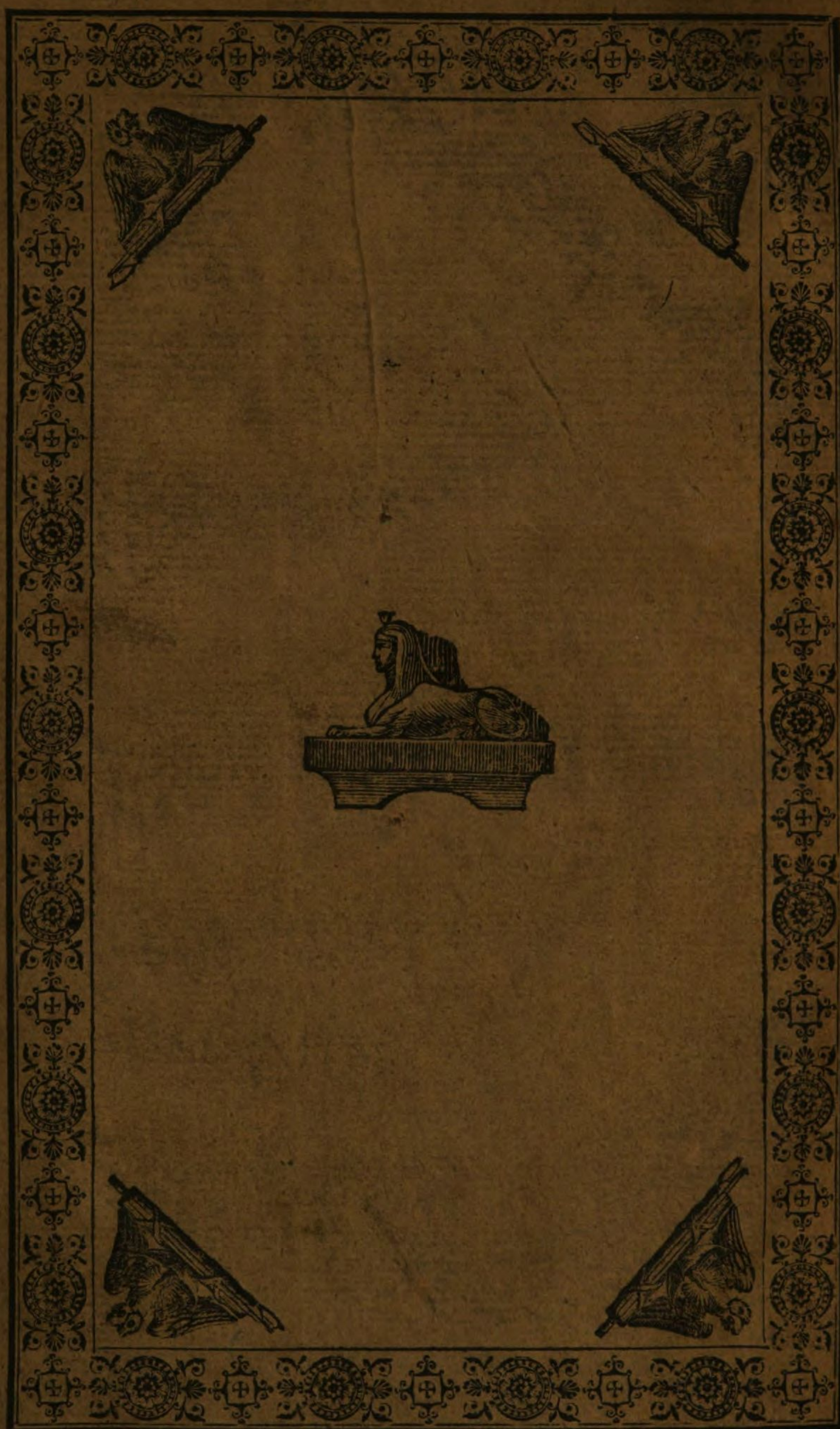
69.

Bei dem Schwanken dieses in Extremen sich gefallenden Zeitalters ist neuerdings wieder gewöhnlich worden, im Gegensatze des weichlichen Philanthropismus, diesen Blutrichter zu erheben. Unlängbar, dass durch ihn die Wissenschaft des peinlichen Rechts neues Leben bekam, aber das einer Hiäne, man erinnere sich nur, dass er die furchtbare Theorie von *delictis exceptis* einführte, der eifrigste Vertheidiger der Folter und Hexenprocesse war, man rechne nur nach der aufs geringste angegebenen Zahl, dass mehr als ein Todesurtheil auf jeden Tag seiner Amtsführung komme, und sichrer, als man einst Herrn von KOTZEBUE nachrechnete, dass er die von ihm recensirten Schriften nicht gelesen haben könne, wird sich diess hinsichtlich der Acten darthun lassen, aus denen jene blutigen Recensionen geschöpft wurden. Man hat dem Kaiser von Frankreich vorgeworfen, und mit Recht, dass er Menschenleben nie geschont habe, dennoch ist bekannt, wie sorgfältig er in Friedenszeiten die Nation des Blutvergiessens zu entwöhnen suchte, LA CASAS z. B. erzählt den Fall, dem er als Augenzeuge beiwohnte, dass der Kaiser sich mit seinem ganze Staatsrathe herumstritt, um einer gemeinen Frau aus Amsterdam, von deren Schuld er sich nicht überzeugen konnte, gesetzlich das Leben zu retten.

70.

P. G. O. Art. 98.

645



Hase, Karl August <<von>>,

Vom Justizmorde ein Votum der Kirche ; Untersuchung über Zulässigkeit der
Todesstrafe aus dem christlichen Standpunkte

Leipzig 1826

Crim. 125 bh

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10394464-0